



POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN



SICHERHEITSBERICHT 2022



POLIZEI
NIEDERSACHSEN

**FLUCHTWAGEN GESTOPPT,
DNA ENTSCHLÜSSELT.**

unddeintag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Editorial

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

hinter uns liegt ein Jahr mit besonderen Herausforderungen und Ereignissen, mit denen vermutlich die wenigsten gerechnet haben. War es zu Beginn des Jahres noch die Corona-Pandemie, die uns nicht loslassen wollte, brach mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ein Krieg los, der schwere Konsequenzen für uns alle nach sich gezogen hat und uns noch immer – mehr als ein Jahr später – beschäftigt. Er hat zu einer Energiekrise geführt, die jeden von uns betrifft.

Flüchtlingsströme, Inflation, die Verknappung von Ressourcen vor dem Hintergrund der Klimakrise und zunehmende antidemokratische Tendenzen – in Teilen besteht Unsicherheit darüber, wie es in unserem Land weitergehen wird, wie unsere Zukunft aussehen wird.

Wir, die Polizei, wollen in dieser Situation vor allem eines sein: Ein verlässlicher Partner, ein Fels in der Brandung, auf den sich die Bürgerinnen und Bürger zu jeder Zeit verlassen können. Dieses Vertrauen in unseren Berufsstand ist seit jeher hoch, und diesem Vertrauen wollen wir gerade in Krisenzeiten gerecht werden.

Der Sicherheitsbericht, den Sie inzwischen in der siebten Auflage in den Händen halten, ist ein Baustein, der dazu beitragen soll, unsere Arbeit transparent und nachvollziehbar zu machen. Wir möchten darüber informieren, was wir im abgelaufenen Jahr geleistet haben und dass gerade wir die Augen vor Demokratiefeinden und Verschwörungstheoretikern nicht verschließen. Im Gegenteil: Wir gehen aktiv dagegen an. Wie Demokratieschutz bei, für und in der Polizei aussieht, ist deswegen eines der Schwerpunktthemen der diesjährigen Ausgabe.



Ein weiteres Thema des vorliegenden Hefts ist die Energiekrise, die auch vor uns als Polizei nicht halt macht. Auch wir müssen einerseits sparsam wirtschaften, andererseits aber auch dafür Sorge tragen, dass unsere Arbeit reibungslos weitergehen kann. Wie Polizei in Zeiten von Ressourcenknappheit arbeitet und welche Maßnahmen wir ergriffen haben, um auch künftig handlungsfähig zu bleiben, darüber möchten wir Sie ebenfalls informieren.

Effizienz – darum geht es auch bei der landesweiten Einrichtung der neuen Fachkommissariate Forensik. Sie sollen helfen, noch bessere Ergebnisse zu erzielen, und Synergien dort nutzen, wo es angebracht ist. In dieser neuen Organisationsstruktur werden Servicebereiche noch stärker und professioneller als zuvor wahrgenommen, zudem soll mit ihr der digitale Wandel in der Polizei vorangetrieben werden. Wie genau das funktioniert und welche Arbeit die neuen Fachkommissariate leisten, ist ein weiteres Thema des Sicherheitsberichts 2022.

Daneben wollen wir Ihnen wieder Einblicke gewähren in die Kriminalitätsbe-

kämpfung, in die Schwerpunkte im Verkehrsbereich, in die Prävention sowie in den Bereich Ausstattung und Technik. Den regionalen Bezug stellen die Polizeiinspektionen her, die ihre Arbeit des vergangenen Jahres umfänglich präsentieren.

Der Fels in der Brandung – dass wir diesem Anspruch im vergangenen Jahr gerecht geworden sind, davon bin ich überzeugt. Wir möchten, dass das auch in Zukunft so bleibt, und sind deswegen besonders bemüht, im Dialog zu bleiben – mit den Kommunen, den Medien und natürlich auch mit den Menschen in der Region.

Ich wünsche Ihnen daher eine interessante Lektüre und einen spannenden Einblick in unsere Arbeit, deren Ziel es immer war und sein wird, für die Sicherheit der Menschen zu sorgen – darauf können Sie sich verlassen.

Tanja Wulff-Bruhn

Tanja Wulff-Bruhn
Polizeipräsidentin

Inhaltsverzeichnis

Organisation

Präsent vor Ort

Die Polizeidirektion Göttingen im Überblick
Die Polizeidirektion Göttingen in Zahlen
Demokratienschutz in der Polizei
Nachwuchs für den Polizeiberuf

Einsatzmanagement

Wir sind da und helfen

Modernes Notruf- und Einsatzmanagement
Schutz der kritischen Infrastruktur
Hunde im Dienst der Polizei

Kriminalitätsbekämpfung

Wir ermitteln und klären auf

Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion Göttingen
Schutz der Demokratie
Hasskriminalität
Fachkommissariate Forensik
Sonderkommission „Cold Case“
Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte
Zentrale Kriminalinspektion

Verkehrssicherheitsarbeit

Sicher auf der Straße unterwegs

Verkehrslagebild
Regionale Kontrollgruppe
Im Einsatz: Gefahrgutunfall auf der Autobahn 7

Im Portrait

Die Polizeiinspektion

Göttingen im Überblick

Vorwort
Die Polizeiinspektion Göttingen im Überblick
Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Göttingen
Demokratienschutz in der Polizeiinspektion Göttingen
Kriminalitätsentwicklung
Verkehrslagebild
Unsere Arbeit 2022
Prävention in der Polizeiinspektion Göttingen
Sicherheitspartnerschaften

Prävention in der PD

Wir klären auf und beraten

Prävention in der Polizeidirektion Göttingen
Präventionspuppenbühnen der Polizeidirektion Göttingen

Technik & Ausstattung

Auf alle Lagen vorbereitet

Moderne Technik im täglichen Einsatz

Schlusswort der Polizeipräsidentin
Impressionen
Impressum



Organisation

Präsent vor Ort

Die Polizeidirektion Göttingen im Überblick

In zwei Abteilungen wird die polizeiliche Arbeit in einer Flächenbehörde organisiert und verwaltet.

Die Polizeidirektion Göttingen ist für die Sicherheit von mehr als 1,2 Millionen Menschen auf einer Fläche von fast 7.800 Quadratkilometern zuständig. Der Zuständigkeitsbereich umfasst dabei sieben Landkreise sowie eine kreisfreie Stadt, in denen fünf Polizeiinspektionen, 20 Polizeikommissariate sowie 66 Polizeistationen zu finden sind. Mehr als 3000 Mitarbeitende sind in der Polizeidirektion Göttingen tätig.

Zur Polizeidirektion Göttingen gehört auch die Wasserschutzpolizei in Nienburg. Sie ist für die Sicherheit auf der Weser, der Aller, der Hamme und dem Dümmer See verantwortlich und betreut etwa 380 Kilometer Wasserstrecke. Für die Bundesautobahnen, die durch den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen verlaufen –



Mathias Schröder.



Lisa Bode.

die A7 und die A38 –, sind die Beamtinnen und Beamten der Autobahnpolizei verantwortlich. Sie sind mit Hildesheim und Göttingen an gleich zwei Standorten vertreten. In der Zentralen Kriminalinspektion, die in Hildesheim angesiedelt



Tanja Wulff-Bruhn.

Korruption sowie Wirtschaftskriminalität bearbeitet.

Präsidentin an der Spitze

Geleitet wird die Polizeidirektion Göttingen von Tanja Wulff-Bruhn. Sie ist seit 1997 bei der Polizei Niedersachsen und war vor ihrem Wechsel nach Göttingen im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport tätig. Tanja Wulff-Bruhn lebt mit ihren beiden Kindern im Süden der Region Hannover und folgte im April 2023 auf Gwendolin von der Osten, die als Präsidentin in die Polizeidirektion Hannover wechselte.

Organisatorisch ist die Polizeidirektion Göttingen in zwei Abteilungen gegliedert. Der Abteilung 1 sind die Dezernate für Kriminalitätsbekämpfung, Einsatz und Verkehr, Personal sowie Führungs- und Einsatzmittel zugeordnet. Hier wird der polizeiliche Aufgabenvollzug verwaltet. Geleitet wird die Abteilung von Mathias Schröder, der im April die Nachfolge von Gerd Lewin als Polizeivizepräsident angetreten hat.

Rechtsangelegenheiten und die Bewirtschaftung der polizeilichen Liegenschaften werden in den beiden

Dezernaten der Abteilung 2 bearbeitet. Neue Leiterin der Abteilung 2 ist Regierungsdirektorin Lisa Bode, die im Januar 2023 die Nachfolge von Karin Gedaschko angetreten hat. Gedaschko war im August 2022 in den Ruhestand verabschiedet worden.

In den sechs Dezernaten sind fast 300 Menschen tätig – sowohl Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte als Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte.

Zentrale Aufgaben

Ein weiteres Dezernat ist der Polizeipräsidentin direkt angegliedert: Die Mitarbeitenden des Dezernats 01 – Zentrale Aufgaben – befassen sich mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Strategie, Controlling und Organisation, dem Interkulturellen Dialog, der Arbeitssicherheit sowie den Sozialen Medien.

Direkt angegliedert sind der Präsidentin zudem die Gleichstellungsbeauftragten, die Schwerbehindertenvertretung und der Datenschutzbeauftragte. Im engen Austausch steht die Präsidentin zudem mit dem Bezirkspersonalrat.

244 km
Nord-Süd-Ausdehnung

Wasserschutzpolizei

7
Landkreise

1,24 Mio.
Bürgerinnen
& Bürger

5
Polizeiinspektionen

20
Polizeikommissariate

2
Leitstellen

1
Zentrale
Kriminalinspektion

66
Polizeistationen

116 km
Ost-West-Ausdehnung

2
Einsatz- und
Streifendienste
Bundesautobahn

7.790 km²
Fläche

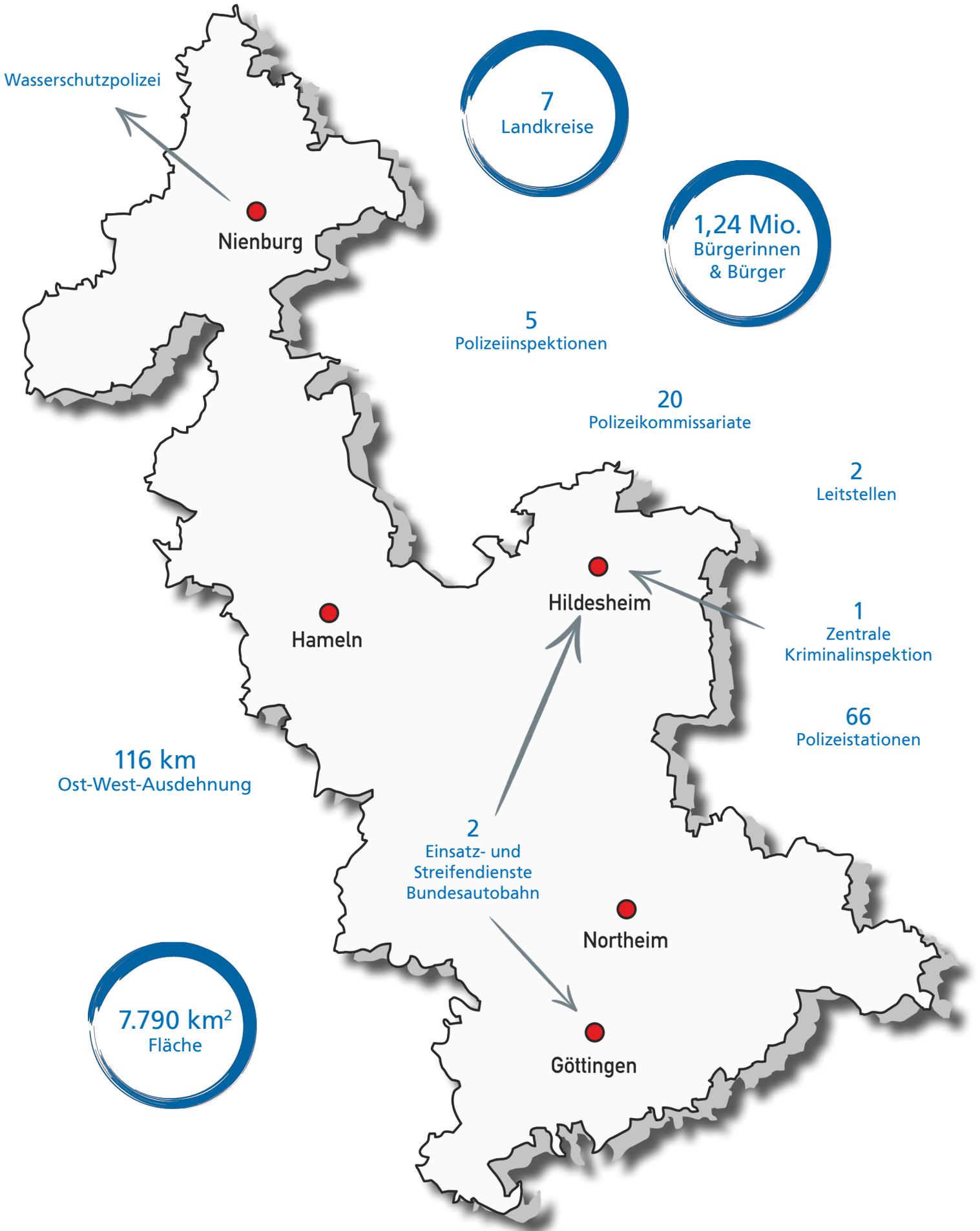
Göttingen

Northeim

Hildesheim

Hameln

Nienburg



Die Polizeidirektion Göttingen in Zahlen

Mehr als 3000 Mitarbeitende sorgen in vielfältigen Bereichen für eine funktionierende Polizeiarbeit.



3071 Mitarbeitende kümmern sich täglich in vielen verschiedenen Bereichen der Polizei um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Neben 2609 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten sind das auch 48 Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie 414 Tarifbeschäftigte, die mit ihrem externen Knowhow und ihrer Erfahrung einen wichtigen Beitrag für die polizeiliche Arbeit leisten. Sie kommen unter anderem aus den Bereichen der Rechtswissenschaften, der Medien- und Kommunikationswissenschaften, der Sozial- und Kulturpädagogik, dem Gesundheitsmanagement, der Infor-

matik, der interkulturellen Kompetenz sowie des Prozessmanagements und der Sozialwissenschaften und sind nicht nur im Behördenstab, sondern auch in den Inspektionen in der Fläche tätig. Das Durchschnittsalter der Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen liegt bei 42,15 Jahre, 38,88 Prozent sind weiblich. Der Frauenanteil steigt kontinuierlich: Im Jahr 2020 lag er bei 35,5 Prozent, im Jahr 2021 bereits bei 37,39 Prozent.

Maximal 20 Minuten Anfahrt

Die Aufgaben der Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen sind ebenso

vielfältig, wie die Menschen, für die sie tätig sind: Neben der Gefahrenabwehr, der Aufklärung von Straftaten sowie der Verkehrssicherheitsarbeit bildet die Prävention einen wichtigen Schwerpunkt polizeilicher Arbeit. Die Bewältigung dieser Aufgaben ist dank der flächendeckenden Verteilung der Dienststellen sowie des „Rund-um-die-Uhr“-Betriebs an 27 Standorten möglich. Rechnerisch betreut eine Polizeivollzugsbeamtin/ein Polizeivollzugsbeamter 511 Bürgerinnen und Bürger. Die nächste Dienststelle ist nicht weiter als 20 Kilometer entfernt, ein Einsatzort wird in maximal 20 Minuten erreicht.

2.496 ausgelöste Alarme
3.093 Hilfeleistungen für hilflose Personen und bei Suizidversuchen
7.048 Streits und Ruhestörungen
2.453 erkennungsdienstliche Behandlungen
1.509 Such- und Fahndungsmaß-

nahmen bei Vermissten und Verschwundenen
3.413 Beseitigungen von Gefahrenstellen im öffentlichen Bereich
88.965 bearbeitete Strafanzeigen
4.352 Fundsachen
863 Brandermittlungen
4.270 Ordnungswidrigkeiten

2.434 Todesursachenermittlungen
30.689 bearbeitete Verkehrsunfälle
39.840 Verkehrsordnungswidrigkeiten Geschwindigkeit
19.966 Anzeigen und Hinweise über die Online-Wache

Aufgaben in Zahlen 2022



Personal

3071 Mitarbeitende

1194 Frauen

2609 Vollzugsbeamtinnen und -beamte

414 Beschäftigte

48 Verwaltungsbeamtinnen und -beamte

42,15
Durchschnitts-
alter

38,88 %
Frauenanteil

Diensthunde

22 Diensthunde

9 Welpen/Junghunde in Ausbildung

28 Diensthundführerinnen und -führer



Fahrzeuge

228 Streifenwagen

134 Spezialfahrzeuge

14 Motorräder

185 zivile Fahrzeuge

20 E-Fahrräder

Demokratienschutz in der Polizei

Mit vielfältigen Maßnahmen will die Polizeidirektion Göttingen gegen antidemokratische Tendenzen vorgehen und ihre Mitarbeitenden weiter stärken und sensibilisieren.

Deutschland ist ein weltoffenes, vielfältiges Land, das allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gibt, sich frei zu entfalten und zu entwickeln und in Frieden und Sicherheit zu leben – unabhängig von Herkunft, Alter oder Geschlecht. Grundlage dafür ist unser Grundgesetz, das keine Selbstverständlichkeit ist, sondern das Ergebnis einer langen Entwicklung und dem Engagement vieler mutiger Menschen zu verdanken, die für ein Wertesystem eingetreten sind, das heute unser gesellschaftliches Fundament bildet.

Die vergangenen Jahre haben jedoch ganz deutlich gezeigt: Nicht alle Menschen haben noch Vertrauen in unsere Demokratie, Skepsis bis hin zu offener Feindseligkeit gegenüber staatlichen Institutionen sowie demokratischen Prozessen sind keine Randerscheinung mehr. Querdenker, Verschwörungsideologen und rechte Populisten er-

freuen sich eines beunruhigenden Zulaufs.

Was hat das mit uns zu tun? Die Polizei ist nicht nur Teil des demokratischen Systems, sondern als Verkörperung der demokratischen Werte und von Recht und Ordnung, in besonderem Maße verpflichtet, die Demokratie zu bewahren und zu verteidigen. Es muss zwingend verhindert werden, dass etwa rechtspopulistische Denkweisen Einzug in die Polizei halten.

Wird dem nicht wirksam vorgebeugt, und wird ihnen nicht wirksam begegnet, droht akute Gefahr für das gelehrte und gelebte berufliche Selbstverständnis ebenso wie für das herausragende Vertrauensverhältnis zwischen den Menschen in diesem Land und der Polizei. Nicht zuletzt bedeutet Demokratienschutz auch Selbstschutz für die Polizei.

Bundesweit einzigartiges Konzept

Die Polizeidirektion Göttingen hat aus

diesem Grund und im Rahmen der niedersachsenweiten Initiative „Polizeischutz für die Demokratie“ bereits Ende 2021 ein Konzept erarbeitet, um die Demokratiefestigkeit aller Mitarbeitenden weiter zu stärken und zu festigen sowie eine große Widerstandskraft gegen demokratiegefährdende Erscheinungen zu entwickeln. Ziel ist es, alle Mitarbeitenden zum „Gegenhalten“ zu ermutigen und zu befähigen und beispielsweise eine diskriminierungsfreie Sprache und die Verinnerlichung demokratischer Werte zu fördern.

Darüber hinaus soll das Konzept dazu beitragen, eine Kultur des Hinschauens und des niederschweligen Einschreitens zu fördern, wenn Verhalten erkannt wird, das von den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abweicht. Inzwischen wurden auch schon die ersten konkreten Maßnahmen im Rahmen dieses Konzepts umgesetzt, etwa Fortbildungen, Vorträge, Exkursionen und Demokratienschutz-Kampagnen.

Demokratienschutzpaten

Unter anderem wurden in allen Inspektionen der Polizeidirektion Göttingen sogenannte Demokratienschutzpatinnen und -paten eingesetzt. Ihre Etablierung ist nicht nur strategisches Ziel des Landes Niedersachsen.

Sie sollen sich in ihren Dienstbereichen besonders für die Werte der demokratisch gelebten Polizeikultur einsetzen und ihren Kolleginnen und Kollegen ganz praktisch Angebote unterbreiten, um die politische Bildung nachhaltig zu fördern. Auch nach außen sollen sie wirken und das Vertrauensverhältnis zwischen der Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern stärken.



Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung mit dem Museum Friedland im Oktober 2022: Gwendolin von der Osten (li.) und Dr. Anna Haut.

Kooperation mit Museum Friedland

Ein weiterer Baustein zur Förderung der Demokratie innerhalb der Polizei ist die im Oktober 2022 geschlossene Kooperation mit dem Museum Friedland im Landkreis Göttingen. Für die ehemalige Präsidentin Gwendolin von der Osten eine Herzensangelegenheit: An keinem anderen Ort lässt sich mehr Verständnis für Flucht und Migration schaffen, als in Friedland. Das Museum und die Polizeidirektion wollen künftig im Bereich der Aus- und Fortbildung zusammenarbeiten.

Migration und Flucht haben in der deutschen Nachkriegsgeschichte immer wieder eine große Rolle gespielt. Menschen aus vielen Ländern der Welt haben in der Bundesrepublik eine neue Heimat gefunden und sind heute fester Bestandteil der Gesellschaft, auch innerhalb der Polizei. Doch wie wirkt sich Migration aus? Welche Effekte hat sie auf unser Zusammenleben? Welche Erfahrungen haben wir bislang mit Zuwanderung gemacht? Und was wird noch auf uns zukommen? Diese und weitere Fragen sollen künftig im Rahmen der Kooperation zentrale Themen in der Aus- und Fortbildung von Polizeikräften der Polizeidirektion Göttingen sein.



Was die Polizei sonst noch tut

Neben all den Bemühungen, die im Zuge des niedersachsenweiten Projekts und des Konzepts der Polizeidirektion Göttingen erarbeitet und vorangetrieben werden, hat die Polizei Niedersachsen schon bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber den Demokratieschutz im Blick: Bewerberinnen und Bewerber, die in ein Beamtenverhältnis eingestellt werden sollen, erhalten nur Zugang in ein öffentliches Amt, wenn bestimmte

Kriterien erfüllt werden, die im Vorfeld der Einstellung überprüft werden. Dazu gehören unter anderem die charakterliche Eignung sowie die im Grundgesetz verankerte Verfassungstreue der Beamtinnen und Beamten. In das Beamtenverhältnis wird nur berufen, wer

zutreten. Damit wird die Gefahr, dass Menschen mit rechtsextremen oder verschwörungsideologischem Gedankengut in die Polizei eintreten, bereits minimiert.

Auch während des Studiums werden die angehenden Nachwuchskräfte er-

mutigt, sich kritisch mit Ihrer Rolle als Polizistin bzw. Polizist in der demokratischen Gesellschaft auseinandersetzen.

Neben historischen und rechtlichen Aspekten

wird dabei auch Wert auf die Vermittlung von interkultureller Kompetenz und Deeskalationstechniken gelegt.

POLIZEISCHUTZ
für die Demokratie

die Gewähr dafür gibt, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ein-

Nachwuchs für den Polizeiberuf

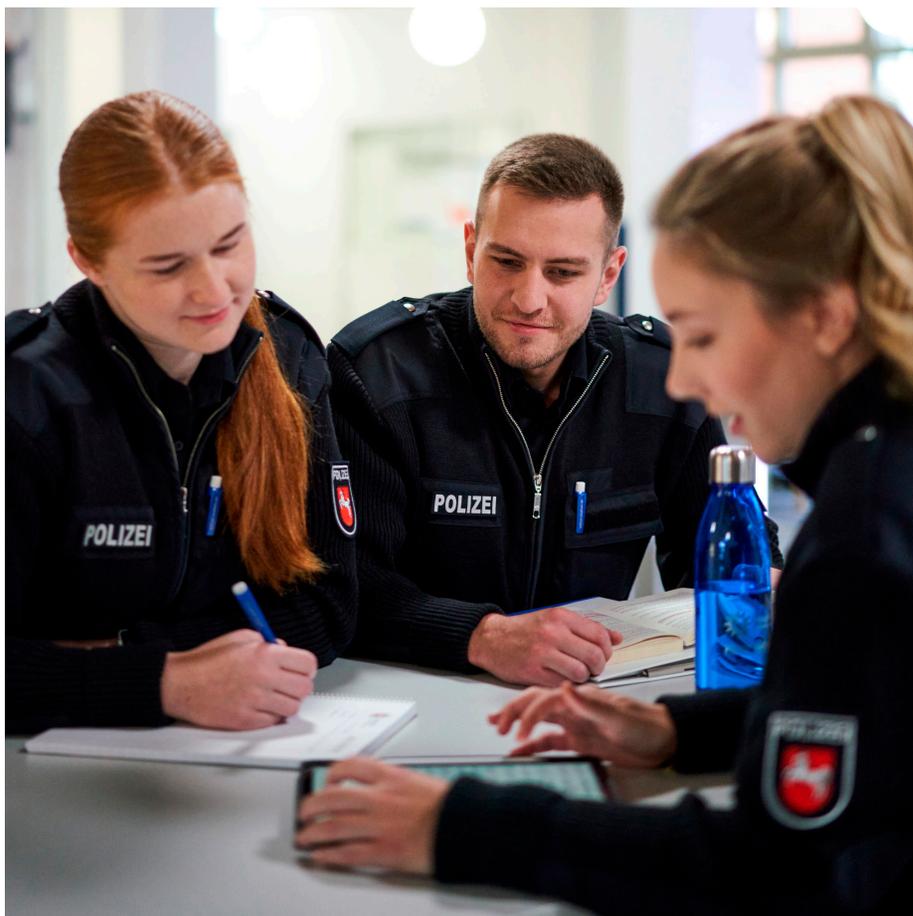
Um junge Menschen zu gewinnen, geht die Polizei neue Wege in der Nachwuchswerbung.

Auch im Jahr 2022 haben sich wieder viele jungen Menschen für eine Zukunft bei der Polizei entschieden. Um geeigneten Nachwuchs zu finden, ist die Polizeidirektion Göttingen dabei auch neue Wege gegangen.

In Zusammenarbeit mit der Polizeiakademie Niedersachsen wurden bzw. werden die Internetseiten der Polizeiinspektionen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen einheitlich und aktuell gestaltet. Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzwinden wurde hierfür als „Best Practice“ ausgewählt. Die Werbeseite wurde bereits überarbeitet und veröffentlicht. Die anderen Inspektionen werden folgen.

Bewerbungen

- **4339 Bewerbungen** für die Polizeiakademie sind im Jahr 2022 eingegangen – 551 davon für die Polizeidirektion Göttingen
- **122 Bewerbende** wurden zum Studium an der Polizeiakademie für die Polizeidirektion Göttingen zugelassen
- **Von den 122 Studierenden** sind 61,47 Prozent weiblich, 38,53 Prozent männlich.
- 107 Jugendliche haben sich im Jahr 2022 um einen Platz bei der Polizei im Rahmen der Fachoberschule beworben – mit sechs von ihnen wurde ein Vertrag geschlossen.



Geworben und informiert wird zudem mit verschiedenen Kooperationspartnerinnen und -partnern. So fand im vergangenen Jahr am Landgericht Göttingen eine Personalwerbeveranstaltung statt, an der sich neben der Polizei auch das Finanzamt, die Justizvollzugsanstalt Rosdorf und die Bundeswehr beteiligt haben. Sie soll in diesem Jahr wiederholt werden.

Die Agentur für Arbeit hat eine aktuelle Präsentation erhalten, damit auch Interessierte, die den Studiengang wechseln möchten oder abgebrochen haben, erreicht werden. Zudem wurde die Polizeidirektion Göttingen als Arbeitgeber auf der Online-Plattform Berry2b gelistet. Hier haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, mit der Nachwuchswerbung in Kontakt zu treten. Weiterhin wird den Bewerbenden ein „Schnuppertag“ angeboten. Ziel hierbei ist auch die Bewerberbindung sowie das Kennenlernen der voraussichtlich zukünftigen Dienststelle. Auch

werden von einzelnen Inspektionen zusätzliche Elternabende angeboten. Um auch im Alltag der Menschen präsent zu sein, wird mit Warentrennern in regionalen Supermärkten um Nachwuchs geworben.

Im vergangenen Jahr haben Interessierte zudem zu einem späten Zeitpunkt noch die Möglichkeit erhalten, sich für das Studium zu bewerben. Im September 2022 wurde erneut das Bewerbungsverfahren geöffnet – mit Erfolg. Um die Bewerbenden weiter zu binden, wurde ein WhatsApp-Account eingerichtet, über den die angehenden Studierenden den Kontakt zu ihrer Behörde halten und Fragen stellen können. 2023 konnten und können sich Interessierte wieder bei der Polizei bewerben – zum 1. September.

Bei all den Bemühungen hat die Polizei aber festgestellt: Die besten Werbepartnerinnen und -partner sind die Mitarbeitenden selbst, die die Nachwuchsgewinnung sehr unterstützt haben.



Einsatzmanagement

Wir sind da und helfen

Notruf- und Einsatzmanagement

Zwei Leitstellen sind dem Dezernat 12 zugeordnet. Hier werden rund um die Uhr Notrufe bearbeitet. Das Dezernat hat aber noch weitere Aufgaben.

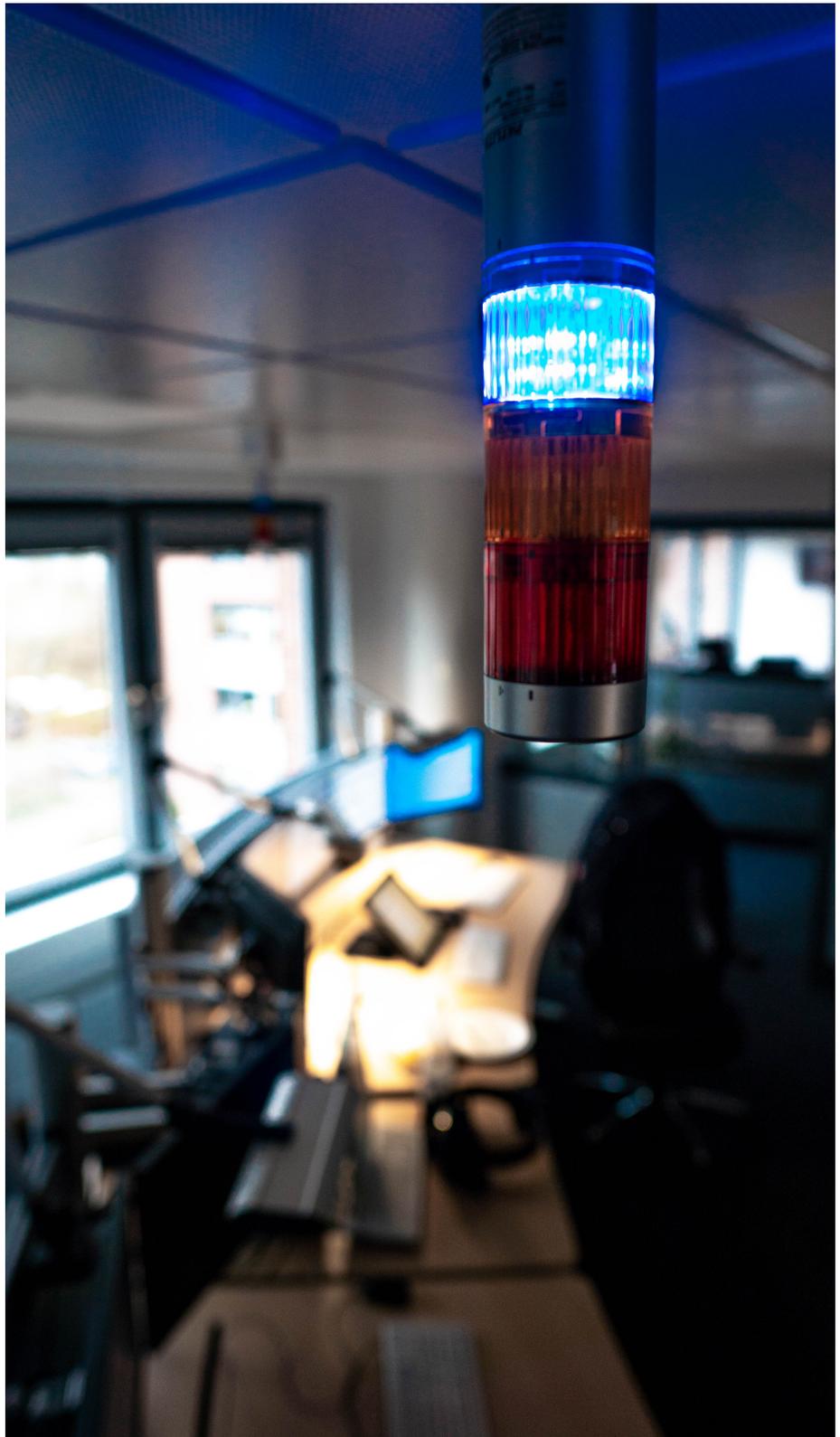
Alle dreieinhalb Minuten geht in den beiden Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen ein Notruf über die 110 ein. Diese Notrufe werden von 85 Mitarbeitenden an 24 Stunden am Tag, an sieben Tagen die Woche und 365 Tagen im Jahr im Schichtdienst professionell abgearbeitet und Hilfe gefunden für jede nur erdenkliche Lebenslage der Bürgerinnen und Bürger. Im Jahr 2022 waren es 156.089 Notrufe.

Kontaktstelle zu anderen Behörden

In der Leitstelle „Weser“ sind 42 Mitarbeitende tätig. Sie ist für den südlichen und östlichen Teil des Direktionsbereichs, also für die Notrufe aus den Polizeiinspektionen Northeim und Göttingen, zuständig und stellt als Behördenleitstelle neben ihrer regulären Aufgaben eine Kontaktstelle zu anderen Behörden dar, etwa bei größeren oder behördenübergreifenden Einsätzen.

Die Leitstelle „Süntel“ ist für Notrufe aus den Bereichen der Polizeiinspektionen Hameln-Pyrmont/Holzwinden, Hildesheim und Nienburg/Schaumburg verantwortlich. 43 Mitarbeitende kümmern sich um die Bearbeitung der Notfälle.

Nicht jeder Einsatz, der von einer der beiden Leitstellen bearbeitet wird, geht auf einen Notruf zurück, sondern auch auf Meldungen auf einer Polizeiwache oder auf eigeninitiierte Feststellungen der Polizistinnen und Polizisten. Letzte-



re leisteten im vergangenen Jahr 76.053 Einsatzstunden im Rahmen besonderer Einsätze außerhalb der Alltagsarbeit. Das waren 1359 Versammlungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen (73.595 Einsatzstunden), 120 Demonstrationen im Themenkomplex Russland-

Ukraine-Krieg (1165 Einsatzstunden) sowie 79 Versammlungen zum Thema Klimakrise (1293 Einsatzstunden). Weitere erwähnenswerte größere Einsätze mit hohem Personaleinsatz waren unter anderem die Bombenräumung in Göttingen sowie die viertägige Be-

setzung des Felix-Klein-Gymnasiums in Göttingen.

Vorbereitet auf den Ernstfall

Die beiden Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen gehören organisatorisch dem Dezernat 12 – Einsatz und Verkehr – an. Hier werden viele weitere Themen rund um das Notruf- und Einsatzmanagement bearbeitet und fachlich entwickelt – unter anderem auch das polizeiliche Vorgehen bei Großschadensereignissen. Hierzu zählen unter anderem Terroranschläge, Amokläufe, Großveranstaltungen und schwere Naturkatastrophen. Diese werden in der sogenannten Besonderen Aufbauorganisation (BAO) bewältigt. Sie wird immer dann ausgerufen, wenn Ereignisse, wie die genannten, die Möglichkeiten der Allgemeinen Aufbauorganisation (AAO) – also dem normalen Alltagsbetrieb – übersteigen und eine Vielzahl von polizeilichen Kräften zur

Bewältigung der Lagen erforderlich ist. Im Dienstgebäude der Polizeidirektion an der Groner Landstraße in Göttingen wurde für derartige Situationen ein spezieller Lageraum eingerichtet, von dem aus die Polizeiführung den Einsatz in einer Großschadenslage koordiniert, begleitet von Führungskräften aus allen Bereichen der polizeilichen Arbeit.

Großangelegte Übung

Wie der Ernstfall aussehen könnte, ob die Konzepte greifen und wo nachgebessert werden kann, war Thema einer großangelegten Übung im November 2022, in die alle Einsatzabschnitte in Echtzeit eingebunden waren und die von einem Gegenstab beobachtet wurde. Darüber hinaus erhielt die Polizeidirektion Göttingen fachliche Unterstützung von externen Beratern. Es war die erste Übung, die in einem größeren Umfang nicht nur den Führungsstab der Behörde, sondern auch die Ein-

satzabschnitte forderte. Angenommen wurde ein Anschlagsszenario an einer Schule im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen. Die besondere Herausforderung lag darin, dass die unterschiedlichsten Teilbereiche bis ins Detail simuliert werden mussten. Hierbei galt es, sich so zu koordinieren, dass trotz verschiedener Einspielungen bei unterschiedlichen Adressaten für den Führungsstab der Polizeiführung ein schlüssiger Sachverhalt entstand. Das Fazit fiel am Ende durchweg positiv aus.

Notruf- und Einsatzmanagement sowie die Bewältigung besonderer Lagen sind nur zwei der Aufgabenbereiche, die im Dezernat 12 bearbeitet werden. Auch die Diensthundführergruppen der Polizeidirektion Göttingen mit Sitz in Göttingen, Hameln, Hildesheim und Nienburg sind hier angegliedert.



Schutz der Kritischen Infrastruktur

Der Ukraine-Krieg und die Energiekrise stellen auch die Polizei vor Herausforderungen. Die Polizeidirektion Göttingen hat frühzeitig Schritte eingeleitet, um auf den Ernstfall vorbereitet zu sein.

Mit Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 rückte die Corona-Pandemie, die bis dahin das Einsatzgeschehen dominierte, immer mehr in den Hintergrund. Die Bevölkerung wurde mit steigenden Energiepreisen konfrontiert. Die Sorge um bezahlbare Energie und die generelle Verfügbarkeit von Ressourcen, insbesondere Erdgas und Strom, bestimmen seitdem in erheblichem Maße das tägliche gesellschaftliche und politische Leben.

Auch die Polizei des Landes Niedersachsen ist in der Pflicht, sowohl interne Energiesparmaßnahmen als auch Schutzmaßnahmen für die kritische Infrastruktur zu initiieren. Zudem sind zukunftsfähige Vorkehrungen für die Aufrechterhaltung der polizeilichen Kernaufgaben sowie die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung zu treffen.

Die Gefahr einer Ressourcenmangel-lage machte das Entwickeln von Notfallkonzepten erforderlich, insbesondere zur Aufrechterhaltung der Mobilität und der Kommunikation sowie der IT-Nutzung. Vor diesem Hintergrund wurden Objektdaten zu Benzin-Gastankanlagen und Energieversorgern erhoben und in die Einsatzleitsysteme der Leitstellen „Weser“ und „Süntel“ eingepflegt. Zudem wurden in mehreren Fällen Schutzmaßnahmen – also eine verstärkte Streifen-tätigkeit – definiert und unter Berücksichtigung des tagesaktuellen Einsatzgeschehens und der zur Verfügung stehenden Personalstärken umgesetzt.

Bereits im Vorfeld einer konkreten ministeriellen oder behördlichen Auftragslage haben die Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen eigeninitiativ Gespräche und Planungen mit

kommunalen Verantwortungsträgern, Katastrophenschutzdienststellen und öffentlichen Verkehrsbetrieben aufgenommen, um im Falle einer Ressourcenmangel-lage die Mobilität und Aufrechterhaltung der Digitalfunkkommunikation und IT-Anwendungen für einen bestimmten Zeitraum gewährleisten zu können.

Eigene Koordinierungsstelle

Auch wurde durch das Niedersächsische Innenministerium ein Konzept zur Ressourcenmangel-lage erarbeitet und zur Stellungnahme in die Polizeibehörden gegeben. Zusätzlich zu den avisierten Regelungen auf Landesebene hat die Koordinierungsstelle (KoSt) des Dezernates 12 der Polizeidirektion Göttingen im Januar 2023 eine Arbeitstagung im Zusammenhang mit der Bewältigung von Krisenszenarien im Zuständigkeitsbereich einberufen. Teil-





nehmende waren Vertreterinnen und Vertreter der Polizeiinspektionen sowie der Fachdezernate. In Anlehnung an den Konzeptentwurf des Niedersächsischen Innenministeriums wurden dabei im Rahmen mehrerer Workshops die Themenfelder Einsatz/Verkehr/Kriminalität, Kommunikation/IT-Strukturen/Mobilität/Logistik sowie Personal/interne Kommunikation/Medienarbeit genauer betrachtet.

Dabei galt es, Problemfelder zu erkennen und zu beschreiben, Lösungsansätze zu finden sowie Verantwortlichkeiten für bestimmte Fragestellungen zu definieren.

Im Ergebnis wurden eine Vielzahl von häuslicheren Aspekten, rechtlichen Grundlagen, Problemstellungen im Zusammenhang mit der Personaldisposition sowie dem allgemeinen Personalmanagement, einsatztaktischen Fragestellungen, Herausforderungen

im Zusammenhang mit der IT/Kommunikation und der Sicherung der Mobilität und Ansprüchen an die interne und externe Öffentlichkeitsarbeit diskutiert.

Anschließend konnten die Resultate der einzelnen Arbeitsgruppen in konkrete Auftragslagen für die Inspektionen und die Fachdezernate der Polizeidirektion Göttingen zusammengefasst und in die

Die Polizei hat frühzeitig zukunftsfähige Vorkehrungen für die Aufrechterhaltung der polizeilichen Kernaufgaben sowie die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung getroffen.

weitere Bearbeitung durch die beteiligten Stakeholder gegeben werden. Parallel dazu hat die Koordinierungsstelle des Dezernates 12 – aufwachsend und regelmäßig an die aktuelle Lageentwicklung sowie den Fortgang der Maß-

nahmenumsetzung angepasst – eine Rahmenkonzeption zur Bewältigung von Krisenszenarien in der Polizeidirektion Göttingen erstellt.

Tagung mit Städten und Kreisen

Des Weiteren fand Ende Februar 2023 eine Tagung der Behördenleitung der Polizeidirektion Göttingen sowie der Inspektionsleitungen mit den Hauptver-

waltungsbeamtinnen und -beamten der Städte und Landkreise im Zuständigkeitsbereich

statt, in deren Rahmen die Beteiligten durch Vorträge und bilaterale Gespräche über die seitens der Polizei kurz-, mittel- und langfristig geplanten Maßnahmen zur Bewältigung von Krisenszenarien informiert wurden.



Hunde im Dienst der Polizei

Polizeihunde sind heutzutage kein reines „Einsatzmittel“ mehr – sondern auch Familienmitglieder.

Wer erinnert sich nicht an die vielen netten Welpenfotos, die es in der jüngsten Vergangenheit vermehrt in den Sozialen Medien zu sehen gab. Ja, das Diensthundwesen befindet sich seit geraumer Zeit im Wandel. Aber nicht nur die Diensthundführerinnen und -führer unterliegen der Veränderung unter dem wachen Auge der Bevölkerung und den kontinuierlichen Weiterentwicklungen wissenschaftlicher kynologischer Ansätze, sondern eben auch der Diensthund an sich.

Früher noch suchte der „Hundeinkäufer“ erwachsene selbstbewusste starke Hunde, die dann nur zu häufig im Einsatz schwierig zu händeln waren und im Privatleben oftmals im Zwinger lebten. Heute sollen die Diensthunde gut im Gehorsam stehen, denn nur die Diensthundführerinnen oder der Diensthundführer kann und muss den Zwangsmittel Einsatz nach Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen jederzeit bestimmen und beenden können. Darüber hinaus sollen die Diensthunde in allen anderen

Lagen dem Menschen gegenüber eher neutral eingestellt sein.

Novellierung der Tierschutzhundeverordnung

Mit der Novellierung der Tierschutzhundeverordnung zum 1. Januar 2022 und der Einordnung des Stachelhalsbandes als verbotenes Ausbildungsmittel kippte der letzte Stein und machte den Weg frei für eine moderne Ausbildung, die mit der Anschaffung von Welpen einhergeht, um diese von Anfang an spielerisch und freudig auf ihre spätere Aufgabe stressfrei vorzubereiten.

2022 waren das als Newcomer die zwei Deutschen Schäferhunde „Emma“ und „Nova“ und die sechs Belgischen Schäferhunde „Kira“, „Chief“, „Mojo“, „Devil“, „Floki“ und „Emmi“. Ebenfalls in der Junghundausbildung ist nun auch die Labradorhündin „Donna“ als jüngstes Mitglied.

Die Welpen und Junghunde bekommen nach ihrer Ankunft ausreichend Zeit, sich an ihr „neues Zuhause“ zu gewöhnen und ihre Diensthundführer

Schon gewusst?

Im Jahr 2022 übernahmen die Spezialhunde der Polizeidirektion Göttingen 685 Einsätze.

Allein die Banknotenspürhunde erschnüffelten knapp 400.000 Euro, wobei „Crash“ in einer Matratze die gut versteckte Einzelsumme von 125.000 Euro fand.

Die Diensthundführerinnen der Polizeidirektion Göttingen übernahmen 2022 insgesamt 2420 Einsätze.

Alte Diensthunde bleiben nun auch nach ihrem Eintritt in den Ruhestand Eigentum der Polizei Niedersachsen. Eine formelle Aussonderung findet also nicht mehr statt.

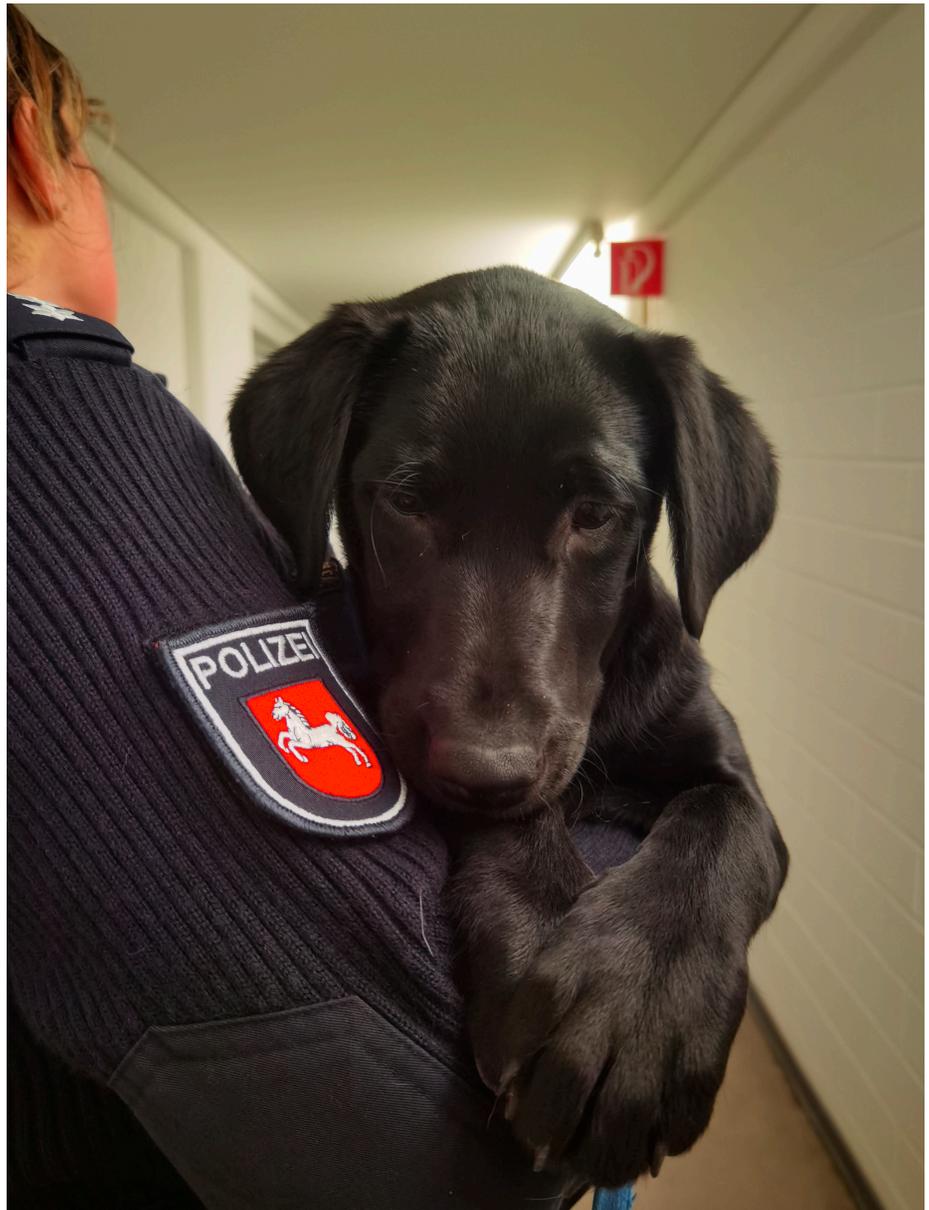
kennenzulernen. In der Regel wächst dann der Welpen im familiären Umfeld auf, lernt die täglichen Abläufe und alle anderen Familienmitglieder kennen.

Umweltgewöhnung und Sozialverhalten

Am Anfang stehen Umweltgewöhnung und Sozialverhalten im Vordergrund, später dann schon die Impulskontrolle und erste Ausbildungsschritte. Auch der Hundeführerin oder dem Hundeführer wird in dieser Zeit äußerst viel abverlangt, denn die meiste Zeit des Tages haben sie den Welpen außerhalb des Dienstes bei sich. Aber die Arbeit und die entbehrungsreiche Anfangszeit lohnen sich in jedweder Hinsicht.

Die späteren Junghunde werden schonend und altersgerecht ausgebildet. Sie machen grundsätzlich keine negativen Erfahrungen und lernen nach dem Motto: Erwünschtes Verhalten lohnt. Ein nicht erwünschtes Verhalten wird in der Regel durch den Diensthundführer ignoriert, sodass es sich in der Folge für den Hund nicht lohnt und daher nicht mehr gezeigt wird.

Alle Junghunde werden vor allem auch im (Such-)Spiel gefördert, damit im Rahmen der dualen Verwendung auch möglichst jeder Schutzhund ein Spezialhund wird. Dabei ist es unerheblich, für welche Spezialisierung er später ausge-



bildet wird. Die Basis ist einfach ein ausgeprägter Such- und Findewille – und diese Motivation wird ausschließlich durch positive Bestätigung gefördert.

Zulassung zum Schutzhund

Die Zulassungsprüfung zum Schutzhund haben im vergangenen Jahr „Hugo“ und „Alma“ bestanden. Als Spezialhunde sind 2022 „Helvi“ als Brandmittelspürhund, „Mette“ als Leichenspürhund, „Fang“ als Rauschgiftspürhund und „Lux“ als Banknotenspürhund fertig ausgebildet und erfolgreich in den Einsatz gegangen.

Alle Hunde sind dabei als Welpen oder Junghunde zu ihren Hundeführerinnen und -führern gekommen – ein Konzept,

das sich hoffentlich auch die nächsten Jahre durchsetzen wird.

Die Erfolgsstory „Helvi“

Helvi zog im Alter von 8 Wochen Mitte November 2019 bei ihrem Diensthundführer und seiner Familie ein. Ende Januar 2021 bestand sie ihre Zulassungsprüfung als Schutzhund und bereits Ende Dezember 2021 die Prüfung zum Brandmittelspürhund.

Dieser glatte Durchmarsch ist nur einer tollen Vorbereitung im Welpenalter zu verdanken und einer exzellenten Bindung zum Hundeführer. Bei einem solch unproblematischen Werdegang strahlen nicht nur die Hundeaugen.





POLIZEI
NIEDERSACHSEN



ENKELTRICK VERHINDERT,

TASCHENDIEB GESTELLT.

und deintag?

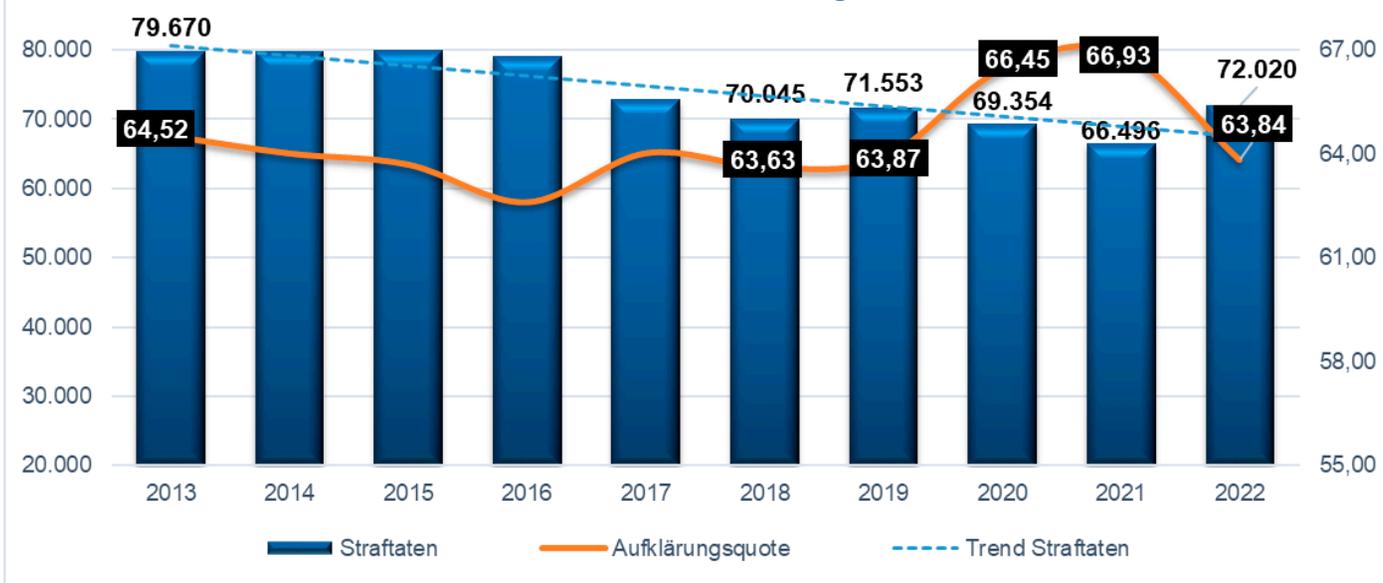
BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE



Kriminalitätsbekämpfung
Wir ermitteln und klären auf

Straftaten und Aufklärungsquote (Polizeidirektion Göttingen)



Kriminalitätsbekämpfung

Nach Corona: Zahl der Straftaten steigt auf höchsten Stand im 5-Jahres-Vergleich

Die Anzahl der Straftaten im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen ist im vergangenen Jahr um 8,3 Prozent gestiegen und liegt damit auf dem höchsten Stand im 5-Jahres-Vergleich. Das geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2022 hervor. Insgesamt wurden mit 72.020 Delikten 5.524 Straftaten mehr als 2021 registriert.

Im Wesentlichen ist der Anstieg der Gesamtstraftaten auf die Entwicklung der Körperverletzungs- und der Diebstahlsdelikte zurückzuführen. Durch den Wegfall der Beschränkungen im Kontext der Corona-Pandemie scheint sich in einigen Deliktgruppen, die zuvor teils massiv rückläufig waren, eine Trendwende anzudeuten.

Es wurde gegen insgesamt 33.105 Tatverdächtige ermittelt (+2.497 Personen). Wie im Jahr 2021 waren rund 75 Prozent der Straftäter männlich. Bei 3.429 Täterinnen und Tätern (10,4 Prozent) wurde bei Tatbegehung eine Beeinflussung durch Alkohol festgestellt, 1.426 Tatverdächtige (4,3 Prozent) standen unter dem Einfluss von Drogen. Die

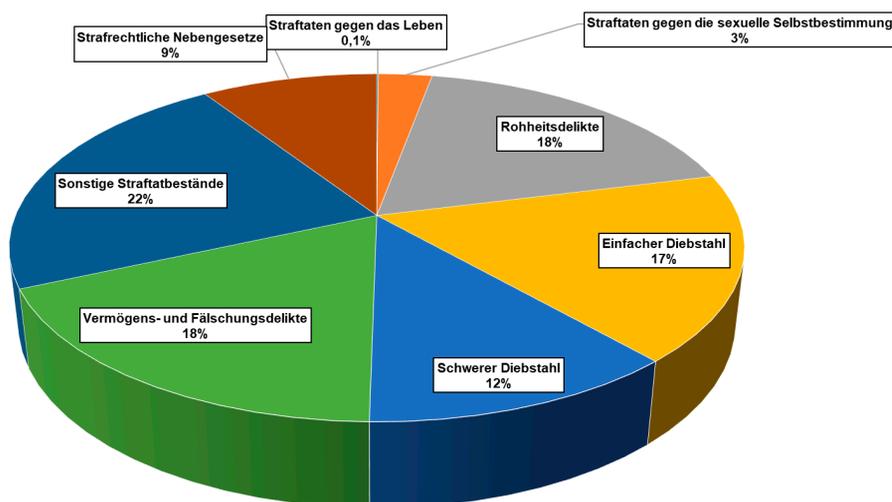
Anzahl der minderjährigen Tatverdächtigen ist im Jahr 2022 um 30,1 Prozent auf 4.410 Personen gestiegen. Dabei wurde gegen 1.359 Kinder (+34,6 Prozent, +349 Tatverdächtige) und 3.051 Jugendliche (+28,1 Prozent, +670 Personen) ermittelt.

Die Gesamtaufklärungsquote liegt mit 63,84 Prozent rund zwei Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt von 61,73 Prozent. Jede Polizeiinspektion im Zuständigkeitsbereich der Polizei-

direktion Göttingen erreichte auch in diesem Jahr ein Ergebnis über dem Landesdurchschnitt: In der Polizeidirektion Göttingen kann man weiterhin sehr sicher leben.

Tötungsdelikte

Straftaten gegen das Leben sind 2022 erfreulich deutlich um 27,3 Prozent (-21 Taten) auf 56 Delikte zurückgegangen. Davon blieben 62,5 Prozent der Taten (35 Delikte) im Versuchsstadium.



Dabei hat sich leider die Anzahl der als „Mord“ klassifizierten Tötungsdelikte von 9 auf 18 Delikte verdoppelt. Aufgeklärt wurden bislang 16 Taten (89 Prozent). In 72,2 Prozent der Mordtaten (13 Delikte) ist es zum Glück nicht zur Tötung der Opfer gekommen, so dass die Taten als Versuch gewertet wurden.

Sexualdelikte

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind erneut deutlich um 13,6 Prozent (+244 auf jetzt 2.034 Delikte) angestiegen. Mehr als 92 Prozent der Taten konnten jedoch aufgeklärt werden. Große Sorgen bereitet dabei der anhaltend massive Anstieg der Delikte im Kontext des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen. Diese Taten sind im Jahr 2022 auf bereits hohem Niveau nochmals um +21,6 Prozent (+167 Taten) angestiegen. In 84 Prozent der Taten wurde das Internet als Tatmittel erfasst. Damit bleibt das Internet das beherrschende Medium zur Verbreitung von Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen.

Zum Beispiel werden vom National Center for Missing and Exploited Children (NCMEC) kontinuierlich Straftaten auf nordamerikanischen Servern aufgedeckt und an deutsche Ermittlungsbehörden, und damit auch an die Polizeidirektion Göttingen, weitergeleitet, damit vor Ort täterorientierte Ermittlungen initiiert werden können. Mit dieser



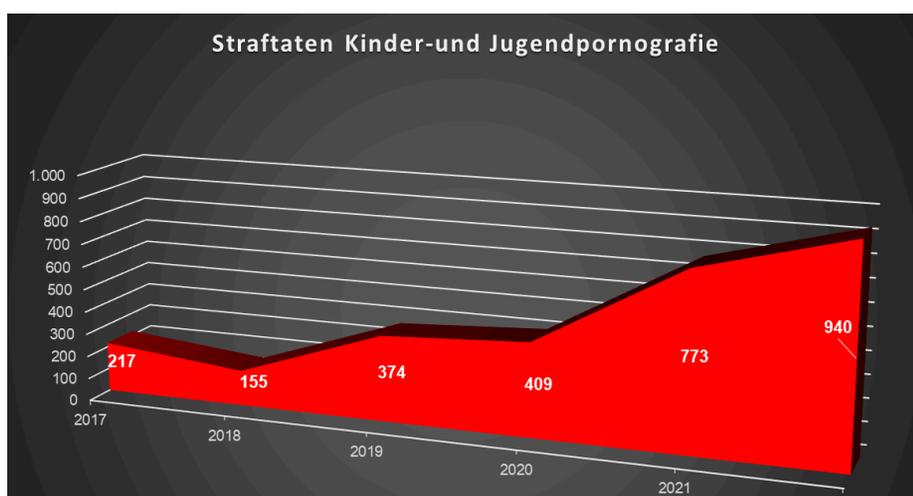
Entwicklung geht für die Polizei ein deutlich höherer Ermittlungsaufwand unter steigendem Einsatz personeller und technischer Ressourcen einher, der für die Mitarbeitenden eine hohe psychische Belastung bedeutet. Dieser Herausforderung als polizeilichem Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung ist die Polizeidirektion Göttingen bereits im Jahr 2020 durch die Einrichtung sogenannter Ständiger Ermittlungsgruppen begegnet, die nochmals personell verstärkt werden. So werden – je nach Größe der Polizeiinspektion – 5 bis 6 Ermittler in den Gruppen eingesetzt. In der Folge konnten 97,8 Prozent der Straftaten (919 Delikte) unter hohem persönlichen Einsatz der Kolleginnen

und Kollegen aufgeklärt werden. Täterinnen und Täter sind in der Anonymität des Internets nicht sicher vor Strafverfolgung.

Es kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erwartet werden, dass die Anzahl der Straftaten dieser Deliktgruppe perspektivisch noch deutlicher ansteigen wird. Deshalb wird die weitere Entwicklung weiterhin einem Monitoring unterliegen, damit die Anzahl der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter angepasst und der Einsatz technischer Unterstützung weiter forciert werden kann.

Rohheitsdelikte

Rohheitsdelikte sind im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr um 14,4 Prozent bzw +1.647 Taten und damit auf den höchsten Wert seit 15 Jahren angestiegen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Körperverletzungsdelikte um +14 Prozent (+1.032 auf 8.222 Taten) und der Bedrohungen, als mögliche Vorstufe zur Körperverletzung, um +28,8 Prozent (+694 auf 3.103 Taten) erklärlich. Auch an dieser Stelle dürfte sich die Aufhebung der Corona-Beschränkungen negativ ausgewirkt haben. Menschen begegnen sich bei – auch



alkoholgeneigten – Anlässen wieder häufiger und daraus entwickeln sich Streitereien, die zunächst verbal und dann körperlich ausgetragen werden.

Häusliche Gewalt

Seit Beginn des Jahres 2021 wurde in Niedersachsen die bundesweit geltende Erfassung von Delikten im Kontext häuslicher Gewalt eingeführt. Deshalb können aufgrund der Änderung der Datengrundlage längerfristige retrograde Betrachtungen nicht angestellt werden.

Im Vergleich zum Jahr 2021 ist die Anzahl der Delikte häuslicher Gewalt um +8,3 Prozent bzw. 321 Taten angestiegen. In 77,1 Prozent (3.222) der Fälle wurden Männer als Tatverdächtige erfasst. In 22,5 Prozent der Fälle standen Tatverdächtige unter dem Einfluss von Alkohol. In 2.579 Fällen (62 Prozent) wurden Frauen Opfer von Gewalt. 18 Fälle in diesem Kontext wurden als Tötungsdelikt (Mord oder Totschlag) eingestuft. 13 Taten blieben im Versuchsstadium, leider wurden fünf dieser Delikte vollendet. In 1.723 Fällen wurden Opfer leicht, in 25 Fällen schwer und in sechs Fällen tödlich verletzt, wobei ein Delikt als Körperverletzung mit Todesfolge klassifiziert wurde. Die Polizeidirektion Göttingen wirkt durch die Umsetzung des Konzepts zur Bekämpfung von Gewalt im häuslichen Umfeld auf eine verstärkte Aufhellung des Dunkelfelds hin, insbesondere durch



eine Professionalisierung des „ersten Angriffs“ bei der polizeilichen Aufnahme der Delikte.

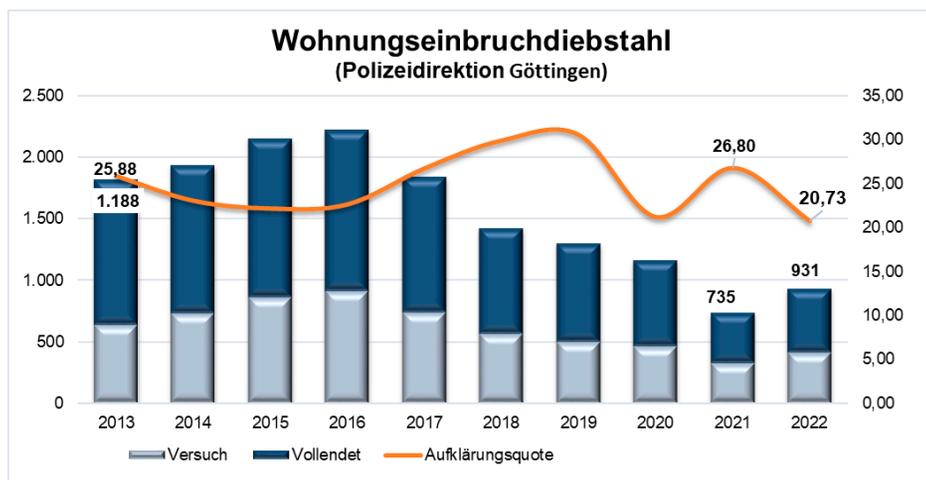
Diebstahlsdelikte

Diebstahlsdelikte insgesamt sind um +3.402 Taten oder +19,3 Prozent auf 21.014 Taten angestiegen. Bei etwa 60 Prozent (+2.382 auf 12.500 Taten) handelte es sich um sogenannte „einfache Diebstähle“, wie Laden- oder Taschendiebstähle. Rund 40 Prozent (+1.020 auf 8.514 Taten) waren Diebstähle unter erschwerenden Umständen, also zum Beispiel Wohnungs- oder Geschäftseinbrüche.

Für Betroffene besonders belastend

sind die Wohnungseinbruch-/Tageswohnungseinbruchdiebstähle (WED/TWE), weil sie gleichbedeutend mit einem Eindringen in den höchstpersönlichen Lebensbereich sind. Deshalb unterliegt diese Deliktsgruppe auch einem besonderen Monitoring.

Zu Beginn der Corona-Pandemie waren Wohnungseinbrüche teils deutlich zurückgegangen. Mit dem Wegfall der Beschränkungen scheint sich eine Trendwende anzudeuten, wenn auch noch auf niedrigem Niveau: Im Jahr 2022 sind WED/TWE um 26,6 Prozent angestiegen (+196 Delikte). Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote dieser Deliktsgruppe um -6,07 Prozentpunkte auf den niedrigsten Stand im Langzeitvergleich zurückgegangen.



Geldautomaten-Sprengungen

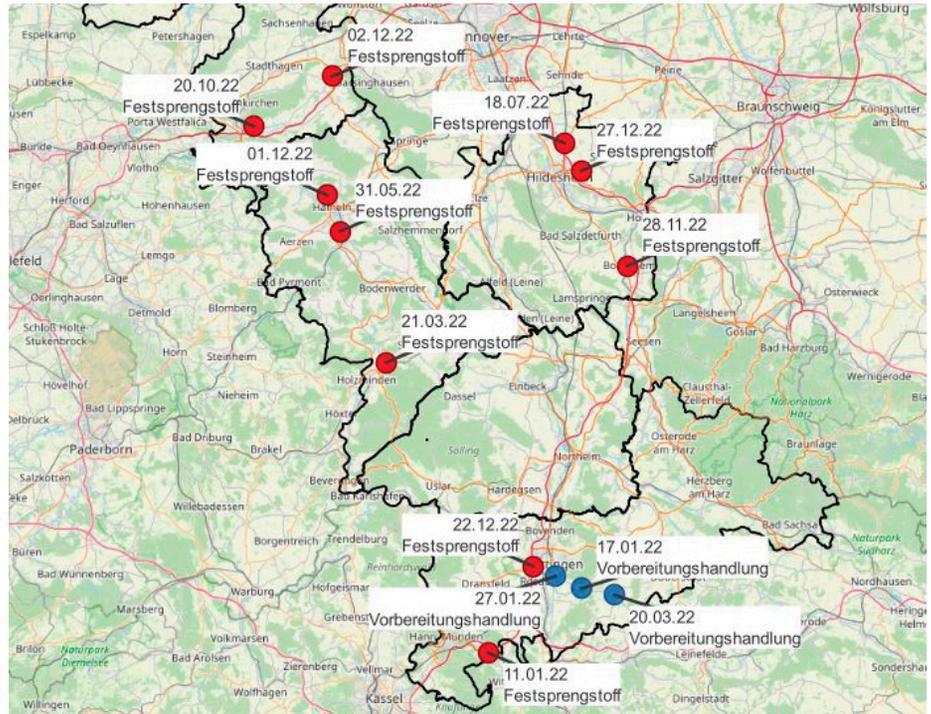
Auch im Jahr 2022 stellte das Phänomen der Geldautomatensprengungen die Polizeidirektion Göttingen vor Herausforderungen. So wurden von 68 Taten landesweit, 13 Geldautomaten im hiesigen Zuständigkeitsbereich angegangen (siehe Grafik rechts). In lediglich drei Fällen wurden die Täter offenbar bei der Vorbereitung gestört und flüchteten. In zehn Fällen kam es

zur Vollendung, wobei jeweils von den Tätern selbst hergestellter Festsprengstoff verwendet wurde. Bislang wurde dazu ein Gesamtschaden von rund 1,5 Millionen Euro erfasst. Es ist lediglich dem Zufall zu verdanken, dass bislang noch keine Person zu Schaden oder gar ums Leben gekommen ist.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Im Jahr 2022 sind die Straftaten in diesem Kontext um rund 30 Prozent auf eine mittlere 4-stellige Anzahl angestiegen. Rund 84 Prozent der Taten blieben im Versuchsstadium. In den wenigen verbleibenden 16 Prozent der Taten ist ein Schaden von rund 3.000.000 Euro erfasst worden (+147 Prozent).

Diese Entwicklung dürfte damit erklärt werden können, dass dieses Phänomen trotz aller medialer Befassung und (polizeilicher) Präventionsarbeit noch immer funktioniert und Täter weiterhin genug Geld bei geringem Entdeckungsrisiko generieren können. Als Variante des „Enkeltricks“ werden potentielle Opfer von „Verwandten“ via Messenger angeschrieben, dass sich die Handy-Nummer geändert habe und man nur noch unter dieser Nummer erreichbar sei. Es wird eine Notlage vorgetäuscht und „kleinere“, also unauffällige Geldsummen (1.000 bis 5.000 Euro) gefordert, die in der Regel auch ohne Zögern online überwiesen werden. Im Jahr 2022 wurden in der Polizeidirektion Göttingen Taten mit dieser Begehungsart im hohem 3-stelligen Bereich erfasst, von denen etwa ein Viertel vollendet wurden. Allein mit dieser Masche wurden ältere Menschen um einen mittleren 6-stelligen Betrag gebracht.



gen Taten mit dieser Begehungsart im hohem 3-stelligen Bereich erfasst, von denen etwa ein Viertel vollendet wurden. Allein mit dieser Masche wurden ältere Menschen um einen mittleren 6-stelligen Betrag gebracht.

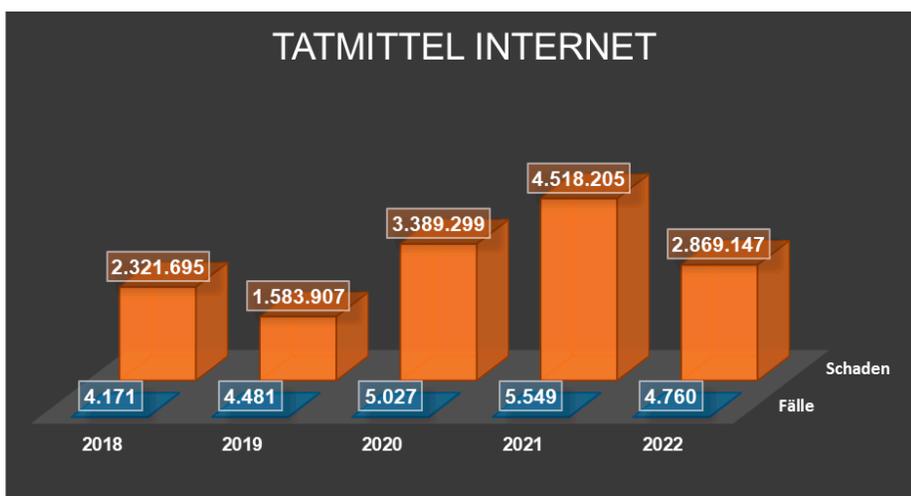
Strafrechtliche Nebengesetze

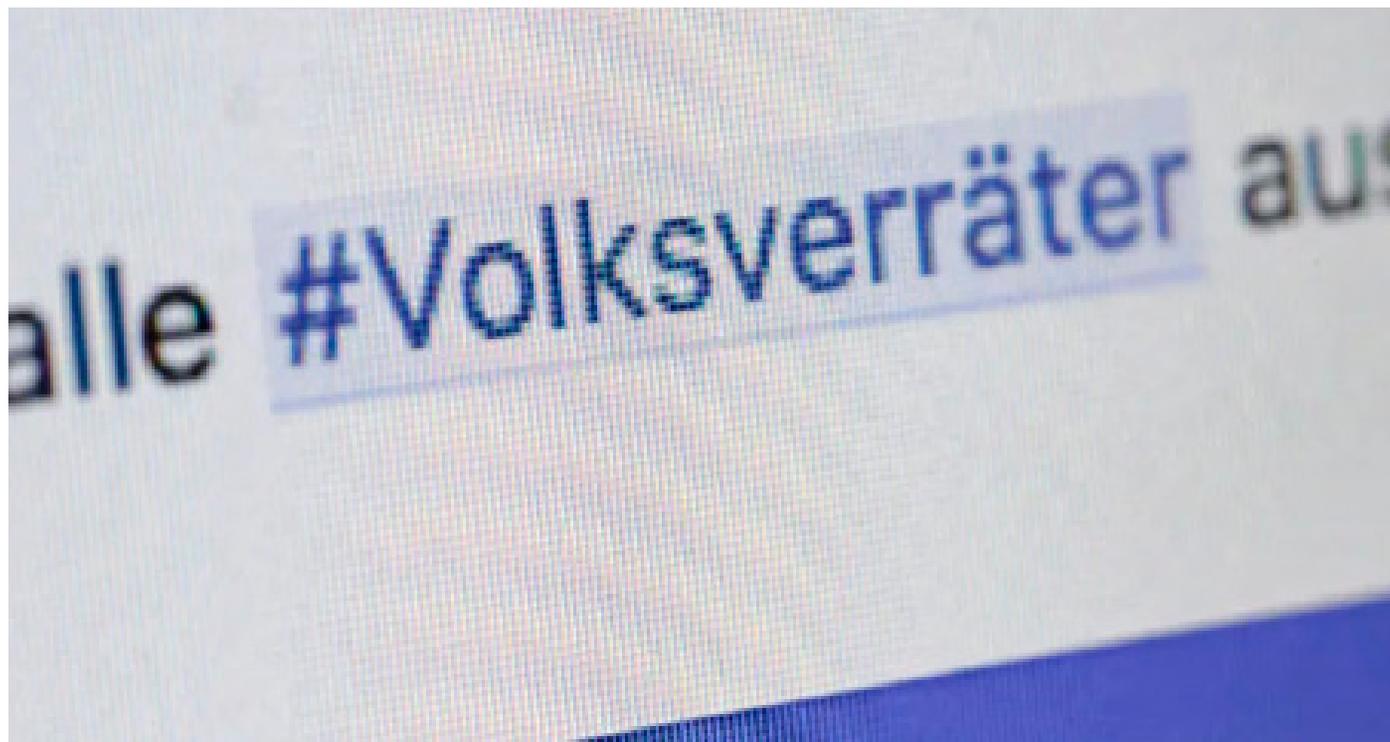
Straftaten aus den sogenannten „strafrechtlichen Nebengesetzen“ sind im Jahr 2022 um -5,2 Prozent (-369 auf 6.668 Delikte) zurückgegangen. Im Wesentlichen ist dieser Rückgang auf die Entwicklung der Rauschgiftdelikte zurückzuführen, die um -7,3 Prozent (-404 auf noch 5.114 Taten) rückläufig waren.

Tatmittel Internet

Straftaten, in denen das Internet zur Begehung genutzt wurde, sind im vergangenen Jahr um 14,2 Prozent (-789 Taten) rückläufig gewesen. Auch an dieser Stelle dürfte sich die Aufhebung der Corona-Maßnahmen ausgewirkt haben, weil die Menschen wieder häufiger im „realen Leben“ einkaufen, bot sich auch weniger Gelegenheit, Betrüger und Fake-Shops auf den Leim zu gehen.

Aber auch die Polizei zeigt ihre Präsenz im Internet: So haben in mehr als 17.000 Fällen die Bürgerinnen und Bürger von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Strafanzeigen über die Online-Wache zu erstatten oder Hinweise an die Polizei zu übermitteln. Das zeigt deutlich, dass die Online-Wache akzeptiert wird und die Polizei den Bürgerinnen und Bürgern auch auf dieser Plattform zur Verfügung steht. Weiterhin hat die Polizeidirektion Göttingen in Kooperation mit dem Verein für Cybersicherheit Südniedersachsen eine Broschüre herausgegeben, die insbesondere Wirtschaftsunternehmen Tipps und Hinweise zum Thema Cybersicherheit gibt.





Schutz für die Demokratie

Ziel der Polizei ist es weiterhin, als Beitrag zum Demokratieschutz Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger weiter zu stärken und sie gegen Angriffe zu schützen.

Nicht nur im Bundestagswahljahr 2021 stand die Sicherheit von Amts- und Mandatstragenden im Fokus der polizeilichen Aufgaben. Auch im Jahr 2022 wurde ein besonderes Augenmerk auf eine effektive Strafverfolgung und wirksame Präventionsarbeit in diesem Bereich gelegt.

Politikerinnen und Politiker, von Bundes- und Landtagsabgeordneten bis hin zu Ehrenamtlichen auf Kommunalebene, werden weiterhin belästigt, beleidigt, bedroht und sogar körperlich angegriffen. Dieser Konfrontation mit verbaler und körperlicher Gewalt sowie Gewalt gegen Sachen sehen sich zunehmend auch ehrenamtlich engagierte Menschen und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker ausgesetzt.

DDerartige Straftaten sind im Jahr 2022 jedoch im Vergleich zum Vorjahr um

-24,5 Prozent (-24 auf 74 Taten) erfreulich deutlich zurückgegangen. Es wurde überwiegend wegen Beleidigung, Bedrohung, übler Nachrede zum Nachteil von Personen des öffentlichen Lebens und Nötigung ermittelt. 29 Taten (39 Prozent) wurden unter Verwendung des Internets begangen.

Zum Vergleich: Im Land Niedersachsen wurden 582 Straftaten zum Nachteil von Amts- und Mandatstragenden erfasst, in 63 Prozent der Fälle (367 Taten) wurde als Tatmittel das Internet erfasst.

Durch das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität aus dem Jahr 2021 sind Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger, auch im Bereich der Kommunalpolitik, jetzt besser geschützt. Die Polizei hat zudem gezeigt, dass sie als zuverlässiger und kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung steht. Dieses gewonnene Ver-

trauen gilt es unter allen Umständen zu erhalten und weiter aufzubauen. An der Unterstützung von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern sind der polizeiliche Staatsschutz und die Prävention beteiligt.

Stärkung des Sicherheitsverhaltens

Im Jahr 2022 konnten dank des Rückgangs der Pandemielage wieder vermehrt verschiedene Veranstaltungen mit dem Ziel der Stärkung des Sicherheitsverhaltens und des Sicherheitsgefühls dieses Personenkreises stattfinden.

Dabei reichte das Angebot von persönlichen Beratungsgesprächen mit Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern über die Teilnahme an Podiumsdiskussionen und Gesprächsrunden bis hin zu Präventionsveranstaltungen sowie Teilnahme an bestehenden Netzwerkaktionen.

Hasskriminalität

Maßnahmenpaket zeigt Wirkung bei der flächendeckenden Bekämpfung eines sich schnell fortentwickelnden Kriminalitätsphänomens.

Die Bekämpfung von Hasskriminalität stellt die Polizei vor große Herausforderungen. Gerade die vergangenen beiden Jahre zeigten aber auch, dass es durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen gelingen kann, diesem Phänomen effektiv entgegenzutreten.

Die Einrichtung einer „Zentralen Meldestelle für Hasskriminalität im Internet“ (ZMI) beim BKA, einer „Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ beim LKA Niedersachsen sowie bei der Staatsanwaltschaft Göttingen, die Meldeverpflichtung für Provider und das Maßnahmenpaket des Bundeskabinetts sind nur einige der Aspekte, die verdeutlichen, wie umfassend bei der Bekämpfung der Hasskriminalität agiert wird.

Im Jahr 2022 wurden in der Polizeidirektion Göttingen 150 Taten aus dem Themenfeld Hasskriminalität bearbeitet.

Davon wurden 50 Taten unter Nutzung des Internets begangen, 34 Taten wurden als „Hassposting“ gekennzeichnet. Der Gesetzesänderung 2021, durch die Hetze und Drohungen mit einer deutlichen Strafverschärfung belegt worden sind und eine effektivere Verfolgung gesichert werden konnte, folgte im April 2022 die Landesrahmenkonzeption (LRK) „Hasskriminalität“ des Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. Die LRK „Hasskriminalität“ soll landesweite, einheitliche Standards gewährleisten und implementieren. Daher zielt sie auf einen ganzheitlichen Bekämpfungsansatz unter Verzahnung des Analyse-, Ermittlungs- und des Präventionsbereiches der Polizei Niedersachsen ab.

Das Ziel ist die Gewährleistung einer effektiven und effizienten Bekämpfung der Hasskriminalität in all ihren Erscheinungsformen. Daneben soll die LRK

zum frühzeitigen Aufdecken von Netzwerk- und Szenestrukturen sowie zum Erkennen von Gefahrenpotenzialen und deren Abwehr dienen. Natürlich steht daneben auch die Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung durch eine konsequente Umsetzung dieser Konzeption im Vordergrund.

Hohe Bedeutung für die Polizei

Das Straftatenaufkommen im Bereich der Hasskriminalität in den vergangenen Jahren belegt die flächendeckende Relevanz und hohe Bedeutung für die niedersächsische Polizei, aber auch die übrigen Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie weitere zuständige Behörden und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure. Nur gemeinsam kann es gelingen, der schnellen und fortschreitenden Entwicklung von Hasskriminalität entgegenzuwirken.





Fachkommissariate Forensik

Die Polizei reagiert auf die Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung. Neue Organisationseinheiten sollen die polizeiliche Analysefähigkeit in der Breite stärken.

Die Herausforderungen und Auswirkungen einer zunehmenden Digitalisierung in allen Lebensbereichen, einer wachsenden gesellschaftlichen Vernetzung sowie die Verbreitung und Nutzung verschiedenster sozialer Netzwerke und Medien, die sich auch in allen Kriminalitätsphänomenen widerspiegeln, erfordern eine organisatorische Reaktion der Polizei, um weiterhin die gesetzlichen Kernaufgaben erfolgreich und konsequent zu erfüllen.

Deshalb wurden in den Inspektionen der Polizei des Landes Niedersachsen die Fachkommissariate (FK) Forensik eingerichtet und haben am 1. März 2022 ihren Betrieb aufgenommen. Der zentrale Leitgedanke zur Einführung der FK Forensik in den Inspektionen der niedersächsischen Polizei war und ist die Stärkung der polizeilichen Analysefä-

higkeit in der Breite. In den FK Forensik wurden die Kompetenzen und Aufgaben der FK 5, der ehemaligen Analysestellen und der IT-Spezialisten zusammengeführt. Ziel ist es, den anderen Organisationseinheiten – also Ermittlung, Einsatz und Stab – des jeweiligen Inspektionsbereiches größtmöglichen Service und Support aus einer Hand zu bieten und damit die Sachbearbeitung von Analyse- und Recherchetätigkeiten zu entlasten.

Das bedeutet, eine polizeiliche Fragestellung oder ein Komplex werden in einem Fachbereich aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet, aufbereitet und in schriftlicher Form zusammengefasst an die beauftragende Stelle zurückgegeben. Das FK ist in zwei Kommissariatsteile untergliedert: Sichernde Forensik sowie Daten-Forensik. In der Zentralen Kriminalinspektion wurde

statt der Sichernden Forensik der Bereich der Finanzermittlungen angegliedert. Diese Organisationsform bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Unterstützung aus einer Hand.

Die wesentlichen Unterstützungsleistungen sind die digitale und analoge Spurensuche und -sicherung, OSInt-Recherche durch IT-Spezialisten, Massendatenauswertung und -aufbereitung, Funkzellen- und Verkehrsdaten, erkennungsdienstliche Behandlungen, elektronische Kriminalaktenhaltung, Personenauskünfte, fallbezogene Beratung durch die Sachbearbeitung Zentrale Dienste, Analyse in polizeilichen Datenbanken sowie Datenqualitätsmanagement und vieles mehr.

Sachbearbeitung Zentrale Aufgaben

Die Sachbearbeitung Zentrale Aufgaben (SB ZA) in den FK Forensik stellt

nicht nur eine echte Neuerung im Verständnis polizeilicher Analysefähigkeit dar, ihr kommt auch eine entscheidende Rolle zu: Die SB ZA kennt die Leistungsfähigkeit und das Portfolio ihres Aufgabenbereiches und bietet fachkompetente Beratung bei Ermittlungsverfahren zu operativen Maßnahmen sowie den weiteren Möglichkeiten der FK Forensik. Sie bündelt die Anfragen, gibt sie zielgerichtet in die Fachbereiche und fasst das Ergebnis schriftlich zusammen.

Arbeiten im Verbund

Die Polizeidirektion Göttingen ist eine Flächenbehörde, deren Ausdehnung von Südniedersachsen bis nach Hoya reicht. Deshalb ist es wichtig, die fachlich-operative Zusammenarbeit der einzelnen Inspektionen weiter zu forcieren. Aus diesem Grunde wurde für die Polizeidirektion Göttingen ein Verbund-

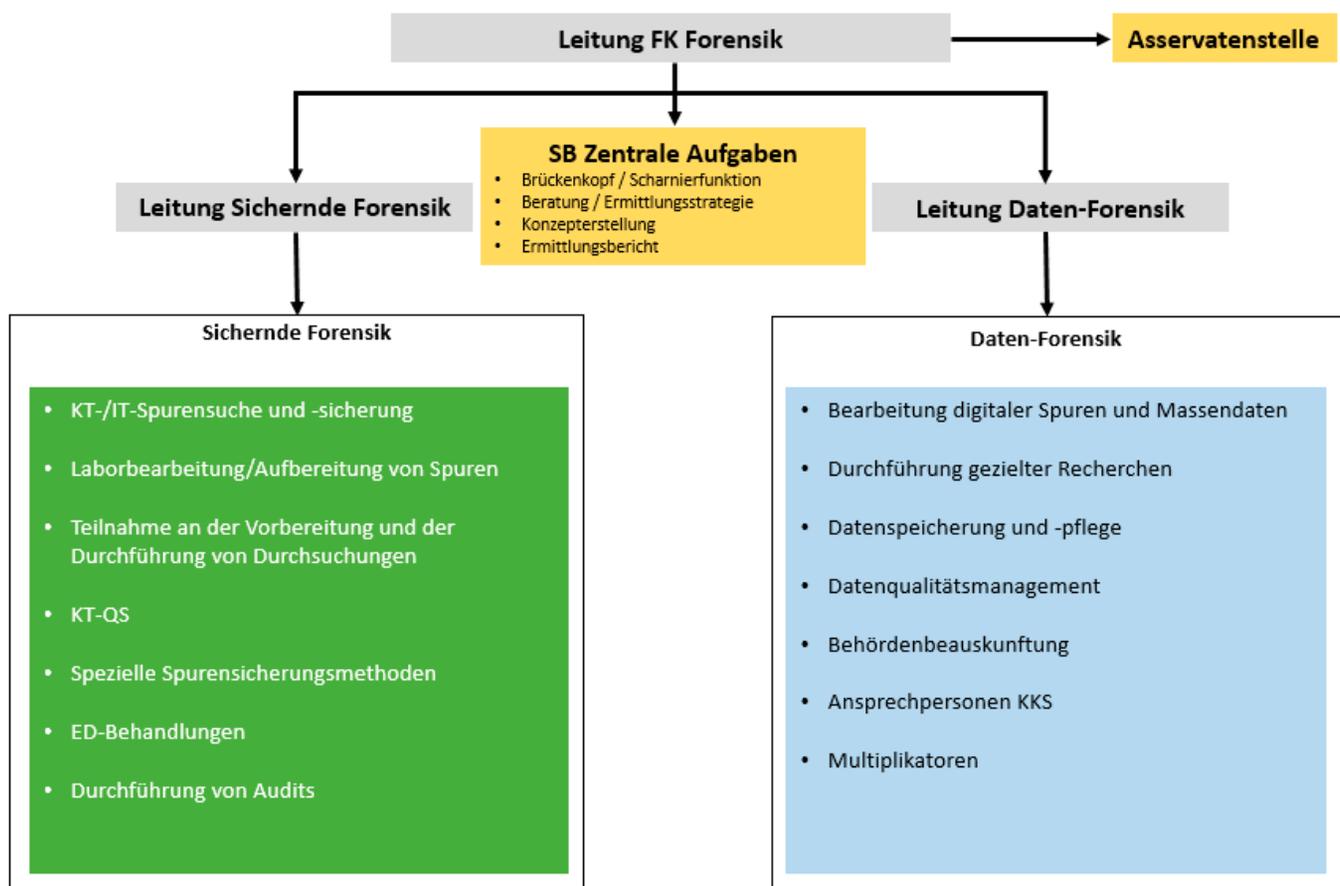
system eingeführt, in dem einige Fachbereiche inspektionsübergreifend Aufgaben bearbeiten und sich gegenseitig bei der Aufgabenwahrnehmung unterstützen, wenn es zum Beispiel aufgrund Krankheit zu personellen Engpässen oder zu Arbeitsspitzen kommt.

Durch die eingeführten Fachverbünde verschiedener Arbeitsbereiche in den FK Forensik wurde ein standardisiertes Berichtswesen – Anforderung und Ergebnisbericht – für die Dienststellen der Polizeidirektion Göttingen als erforderlich erachtet, um flächendeckend die Qualität der Arbeitsergebnisse der FK Forensik nachhaltig auf ein hohes Niveau zu bringen und gleichzeitig die fachlichen Kompetenzen, das Know-How, vor Ort zu halten.

Für die neu eingerichteten FK Forensik und die damit verbundenen Serviceleistungen wurde ein landesweiter Fach-

verbund Forensik eingerichtet. Dort werden im regelmäßigen Austausch interne Abläufe, Aufgaben sowie genutzte oder benötigte Softwarelösungen und weiteres durch Fachexpertise begleitet und auch kritisch hinterfragt. Im Sinne eines lebenslangen Lernens und dem Prinzip der „best practice“, im Sinne des gemeinsamen polizeilichen Erfolgs, sollen so erforderliche Veränderungen – auch im Kleinen – kontinuierlich konstruktiv begleitet und zukunfts-fähig vorangetrieben werden.

Die wesentlichen Punkte sind: Verbundgedanken leben, Austausch fördern und Mehrwert für die Organisation anerkennen. Damit ist die Polizeidirektion Göttingen gut gerüstet, sich den kommenden, ständig verändernden Herausforderungen der Kriminalitätsbekämpfung mit Fachkompetenz und persönlichem Einsatz zu stellen.





Sonderkommission „Cold Case“

Neuer Blick auf weit zurückliegende Todes- und Vermisstenfälle.

Am 1. April 2019 richtete die Polizeidirektion Göttingen die Soko „Cold Case“ an den Standorten Göttingen und Hessisch Oldendorf ein. Aufgabe der Soko ist die einheitliche Erfassung und strukturierte Bearbeitung von ungeklärten Tötungsdelikten oder Vermisstenfällen, bei denen ein dringender Verdacht auf ein Tötungsdelikt besteht, bei denen die Strafverfolgungsbehörden die Akten jedoch „geschlossen“ haben. Aktuell gehören der Soko sechs Polizei-beamtinnen und -beamte an.

Jeder Cold Case wird digitalisiert und einer genauen Betrachtung unterzogen. Am Ende steht ein Untersuchungsbericht mit Ermittlungsempfehlungen. Zur Beurteilung der Erfolgswahrscheinlichkeit, einen Fall aufzuklären und wiederaufnehmen zu können, kategorisiert und bewertet die Soko die „Cold Cases“. Erfasst werden alle ungeklärten, vollendeten und versuchten Tötungsdelikte und alle ungeklärten Vermisstensachen, bei deren Betrachtung der Gesamtsachlage mit hoher Wahr-

scheinlichkeit von einem Tötungsdelikt auszugehen ist.

Morddelikte unterliegen keiner Verjährung. Daher ist die polizeiliche Ermittlungsarbeit auch nach Auflösung einer gegebenenfalls eingerichteten Mordkommission nicht beendet. Die Ermittlungen ruhen, sofern keine Ermittlungsansätze mehr bestehen. Sollten sich durch beharrliche und akribische Ermittlungsarbeit und mithilfe der

über die Jahre fortentwickelten Kriminaltechnik, insbesondere im Bereich der DNA-Untersuchungen, neue Ermittlungsansätze ergeben, ist die Aufklärung eines Verbrechens auch nach Jahrzehnten noch möglich.

Aktuell sind im Bereich der Polizeidirektion Göttingen rund 70 ungeklärte Tötungsdelikte und Vermisstenfälle als „Cold Cases“ identifiziert worden. Ungeklärt bedeutet dabei nicht, dass es keine Tatverdächtigen gibt. In den meisten Fällen konnten diese ermittelt werden, die Verdachtsmomente reichten dann aber nicht für die Begründung eines dringenden Tatverdachts und somit einer Anklage aus.

Die häufigste Frage an die Soko lautet: „Wieviel Fälle habt ihr schon gelöst?“ Bislang sind etwa die Hälfte der Cold Cases durch die Soko untersucht und kategorisiert worden. In einigen Fällen verfügte die Staatsanwaltschaft die Wiederaufnahme des Verfahrens. Bislang reichten die durch die Wiederaufnahme initiierten Ermittlungen jedoch

Doppelmord im Walde an der Autobahn zwischen Kassel und Hann. Münden

3000 DM Belohnung

Am Sonntag, dem 18. Juni 1962, erlöschten im Alter von 45 und 37 Jahren im Wald bei Hann. Münden in Höhe der Bundesautobahn (Friedrich-König-Graben) ein Pöckelwagen mit 2 Toten.

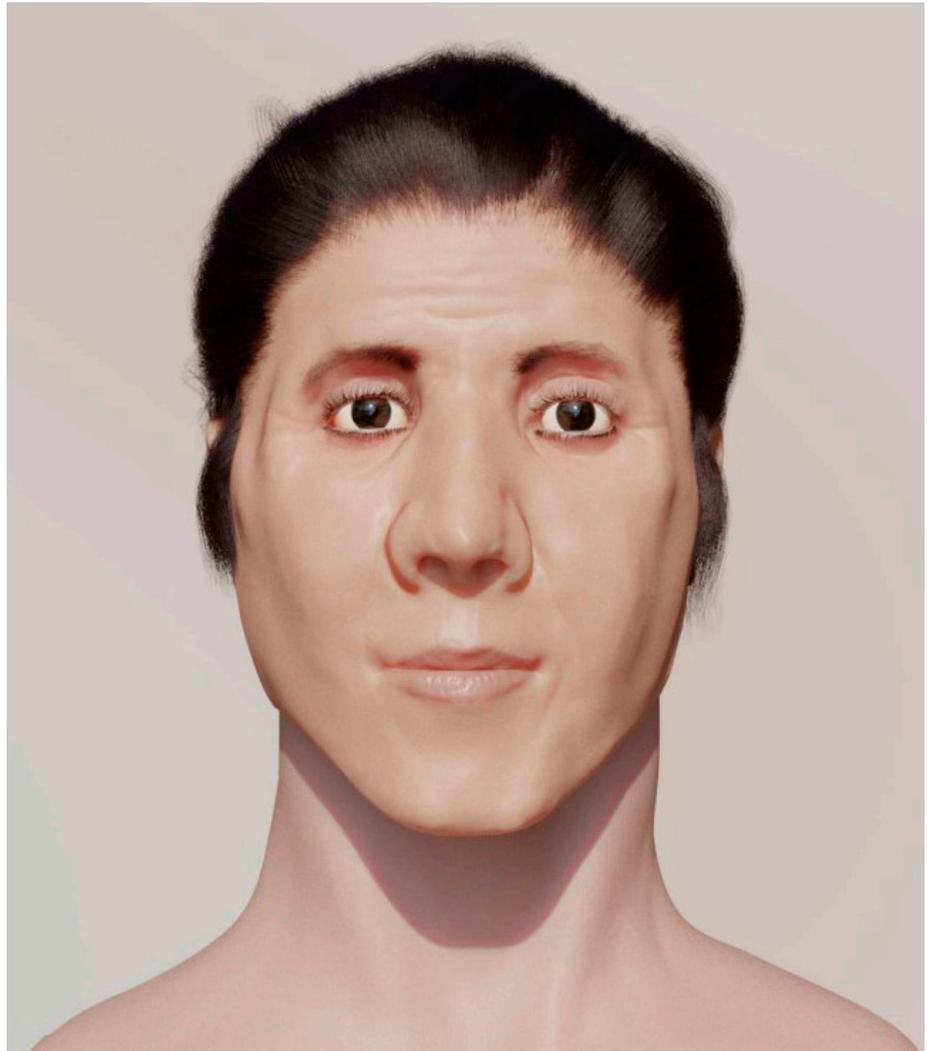
1) Wer hat die beiden abgetöteten Personen (Opfer) am Tatort oder davor gesehen?
2) Wer kann sonstige Angaben machen, die der Aufklärung des Verbrechens dienlich sein könnten?

Die Belohnung wird unter Ausschluss der Besteuerung verteilt.

in keinem Fall aus, um einen dringenden Tatverdacht zu begründen.

Der Erfolg der Soko definiert sich jedoch nicht ausschließlich an dem Ziel einer Verurteilung. Es muss als Erfolg angesehen werden, dass durch die Einrichtung der Soko Fälle digitalisiert und archiviert werden. Bereits seit Jahrzehnten weggelegte Ermittlungsakten sind teilweise in einem schlechten Zustand und drohen zu zerfallen. Zu den Ermittlungsakten gehören, sofern vorhanden, auch Asservate und Spuren. Die Soko findet in einigen Fällen mit viel Aufwand Asservate und Spuren, die bislang nicht bekannt waren oder als vernichtet galten. Beispielsweise bei Angehörigen von Opfern, in Archiven der Staatsanwaltschaften und der Polizei sowie rechtsmedizinischen Instituten. Asservate und Spuren werden nach dem heutigen Standard erfasst und verpackt. Bei Vermisstenfällen aktualisiert die Soko die Datensätze, beispielsweise durch die Speicherung von Opfer- oder Angehörigen-DNA, in der Datei Vermisste/unbekannte Tote. Für die Angehörigen ist es besonders wichtig, dass die Opfer und Taten nicht vergessen werden. Insofern ist die Einrichtung und Arbeit der Soko ein Erfolg.

Am Anfang der Betrachtung steht das Zusammentragen von staatsanwaltlichen Ermittlungsakten und polizeilichen Durchschriften und deren Prüfung auf Vollständigkeit. Gleiches gilt für Asservate und Spuren. In der Folge werden die Akten, in einigen Fällen mehrfach, gelesen. Bei einem umfangreichen Spurenaufkommen wird ein Spurencontrolling vorgenommen. Die Soko diskutiert anschließend über den Fall. Es werden Tathypothesen aufgestellt oder alternative Tatverdächtige herausgearbeitet. Spuren, insbesondere solche, die noch nicht auf DNA untersucht worden sind, unterliegen einer aufmerksamen Bewertung. Möglicherweise gelingt es, Fremd-DNA, beispielsweise an Opferbekleidung, zu sichern



und somit einen bereits bekannten Tatverdächtigen näher an das Tatgeschehen heranzubringen oder einen bislang unbekanntem Tatverdächtigen zu identifizieren. In der Gesamtbetrachtung werden Ermittlungsvorschläge herausgearbeitet. Die Verschriftung des Ergebnisses kommt zur Vorlage bei der sachleitenden Staatsanwaltschaft.

Die Soko wird bei ihrer Arbeit durch die Polizeiakademie Niedersachsen und andere Institutionen unterstützt. Die Polizeiakademie bietet ein Wahlpflichtfach „Cold Case“ an. Die Studierenden nehmen in geeigneten Fällen ein Spurencontrolling vor oder erarbeiten Tathypothesen.

Seit einigen Jahren besteht zwischen der Polizeidirektion Göttingen und der Hochschule Mittweida ein Kooperationsvertrag. Bei einem unbekanntem Toten erstellte die Hochschule eine digi-

tale Weichteilrekonstruktion des Kopfes mittels innovativer Soft- und Hardware. Geeignete Fälle werden auch in der Fernsehsendung „AktENZEICHEN XY“ vorgestellt. Mittlerweile gibt es dort Sondersendungen zum Thema Cold Cases.

Kontakt

Die Sonderkommission Cold

Case ist erreichbar über die Polizeidirektion Göttingen, Dezernat 11, Telefon 0551/491-1181 oder 05152/69872-41 (Standort Hesisch Oldendorf) sowie per Mail an dirk.jenne@polizei.niedersachsen.de, heiko.meusel@polizei.niedersachsen.de oder coldcase@pd-goe.polizei.niedersachsen.de.



Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte

Die Zahl der Straftaten zum Nachteil von Polizistinnen und Polizisten ist auf ein Allzeithoch gestiegen. Im Jahr 2022 fielen Polizeikräfte an 462 Tagen verletzungsbedingt aus.

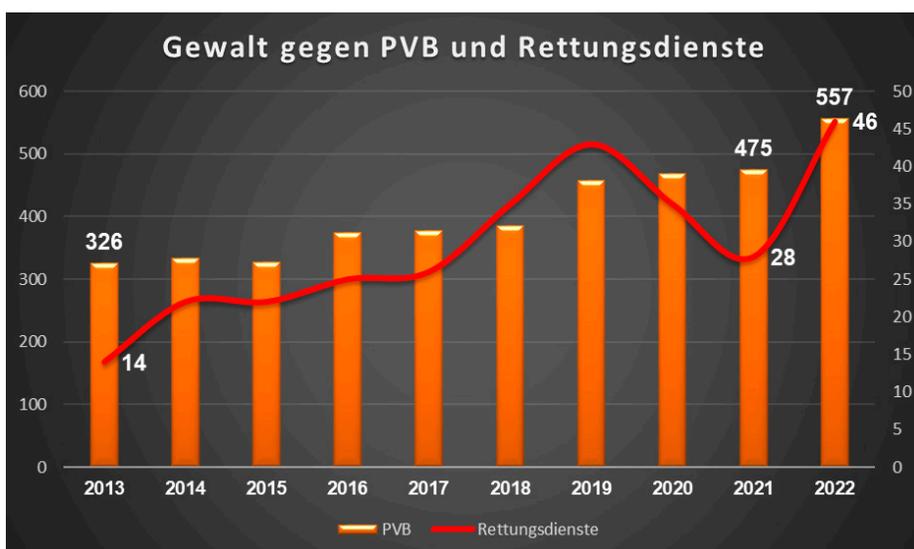
Die Zahl der Straftaten zum Nachteil von Polizeikräften ist im Jahr 2022 um +17,3 Prozent (+82 Taten) erneut auf ein Allzeithoch angestiegen. Dabei sind Delikte, die zum Jahreswechsel 2022/2023 begangen wurden, noch nicht berücksichtigt und werden erst 2023 in die Statistiken einfließen. Durch die Einwirkung Dritter wurden 81 Beamtinnen und Beamten verletzt, 29 davon so schwer, dass sie an insgesamt 462 Tagen nicht für den Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung standen.

Aufgrund dieser Taten wurde gegen 524 Tatverdächtige ermittelt, 84 Prozent waren Männer (440 Personen). Unter Alkoholeinfluss standen bei Tatbegehung 237 Personen, 23 Personen standen unter dem Einfluss von Drogen (4,4 Prozent), Mischkonsum von Alkohol und Drogen wurde bei 36 Personen (6,9 Prozent) festgestellt. Bei einem Anteil von nahezu 60 Prozent der Tatverdächtigen kann gesagt werden, dass die Wirkung von Alkohol und Drogen

durch Steigerung der Aggressivität und gleichzeitigem Senken der Hemmschwelle als Tauslöser weiterhin eine entscheidende Rolle spielt. Bei 78 Prozent der Tatverdächtigen (410 Personen) wurde die deutsche Staatsangehörigkeit erfasst. In 146 Fällen war eine Identitätsfeststellung bzw. die schlichte Sachverhaltsklärung bereits Anlass für ein Gewaltdelikt gegen die einschreitenden Beamtinnen und Beamten. In 46 Fällen wurden Angriffe auf Ret-

tungskräfte (Sanitäter und Feuerwehr) erfasst, und damit um 64,3 Prozent mehr Taten, als noch im Jahr 2021.

Diese Entwicklung von Gewalt gegen Polizei und Rettungsdienste gibt umso mehr Anlass zur Besorgnis, weil dabei Menschen verletzt werden, deren Aufgabe darin besteht, Bürgerinnen und Bürgern in teilweise extremsten Notlagen zu helfen und das häufig unter Einsatz der eigenen Gesundheit.





Zentrale Kriminalinspektion (ZKI)

Ermittlerinnen und Ermittler arbeiten im Verborgenen an komplexen Verfahren

Eine bedeutsame Rolle in der Bekämpfung organisierter Kriminalitätsstrukturen nimmt die Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) der Polizeidirektion (PD) Göttingen ein. Abgeschottet vom täglichen Geschäft der Polizeiinspektionen arbeiten hier Ermittlerinnen und Ermittler gemeinsam an Umfangsverfahren – also langwierigen und arbeitsintensiven Verfahren –, verhindern den Ausbau krimineller Strukturen und tragen damit zu einem maßgeblichen Teil der Sicherheit in den Landkreisen der Polizeidirektion Göttingen bei.

Zu den Aufgaben der ZKI zählen neben der Bekämpfung organisierter Kriminalität vor allem die Bearbeitung überörtlicher Tatserien, wie Raubserien, Sprengungen von Geldautomaten sowie Verfahren im Bereich der Clan- und Rockerkriminalität. Im Laufe der Jahre wurde zusätzlich ein weiterer Themenschwerpunkt in der Bekämpfung von Cyberkriminalität durch Strukturermitt-

lungen im digitalen Raum gesetzt.

Dem Leitsatz „Verbrechen darf sich nicht lohnen“ entsprechend werden zudem verfahrensbegleitende und eigenständige Vermögensermittlungen mit dem Ziel der Vermögensabschöpfung sowie umfangreiche Verfahren aus dem Wirtschaftssektor, insbesondere im Bereich der strukturellen Korruption geführt. Die Zentrale Kriminalinspektion nimmt zudem eine Zentralstellenfunktion im Bereich der Analyse/ IT- Datenforensik für die PD Göttingen wahr. Die Leitung der Zentralen Kriminalinspektion obliegt seit dem 1. Juni 2022 Kriminaldirektor Thomas Breyer. Zuvor wurde die ZKI viele Jahre von Kriminaldirektor Matthias Schweg geleitet.

Um Ermittlungserfolge nicht zu gefährden, arbeiten die Ermittlerinnen und Ermittler überwiegend im Verborgenen. Eine Öffentlichkeitswirksamkeit ergibt sich aufgrund der Größenordnung der geführten Verfahren jedoch

spätestens bei Abschluss der Verfahren. Von der ZKI geführte Ermittlungskomplexe, wie das erste Rockerverbotsverfahren des Landes Niedersachsen, oder erfolgreiche Ermittlungen im Ermittlungskomplex um den Göttinger Organspende-Skandal sorgten für eine länderübergreifende mediale Präsenz der ZKI.

Zentrale Rolle

Zuletzt konnten die Ermittlerinnen und Ermittler im Dezember 2022 mit der Aufdeckung eines außergewöhnlichen Drogenlabors im Landkreis Göttingen dem organisierten Kokainhandel einen empfindlichen Schlag versetzen. Diese Beispiele zeigen: Die ZKI Göttingen ist zwar nicht immer sichtbar, jedoch ständig präsent. Sie nimmt seit mehr als 15 Jahren eine zentrale Rolle für die erfolgreiche Bekämpfung der organisierten Kriminalität innerhalb der Polizeidirektion Göttingen ein und ist ein wichtiger Partner der Polizeiinspektionen.

ZKI

Der „neue Bankraub“: Sprengungen von Geld- automaten beschäftigen Ermittelnde im ganzen Land

Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik und die Pressemeldungen zeigen es deutlich: Die Anzahl der Geldautomaten-Sprengungen bundesweit, aber auch in der Polizeidirektion Göttingen erreichten 2022 einen Höchststand.

Allgemein bekannt ist das Offensichtliche: Bei den Täterinnen und Tätern handelt es sich meist nicht um lokal agierende Einzelpersonen, sondern überwiegend um internationale, überörtlich handelnde Tätergruppen.

In der Polizeidirektion Göttingen übernimmt eine spezialisierte Ermittlungsgruppe aus dem Fachkommissariat „Organisierte Kriminalität/Komplexe Kriminelle Strukturen“ der Zentralen Kriminalinspektion (ZKI) die Ermittlungen zu versuchten und vollendeten Sprengungen von Geldausgabeautomaten (GAA).

Die Ermittlungen beginnen dabei mit dem Einsatz am Tatobjekt. Um ein ganzheitliches Bild zu den Taten zu erhalten, agieren die Ermittlerinnen und Ermittler eng verzahnt mit den erstein-schreitenden Polizistinnen und Polizisten sowie der Spurensicherung der Tat-



ortgruppen.

Vor Ort ergibt sich ein Blick auf das vollumfängliche Schadensausmaß der Sprengungen und die Vorgehensweise der Täter (Modus Operandi). Alle zehn in der Polizeidirektion Göttingen verübten, vollendeten Taten wurden im Jahr 2022 mit dem Einsatz von Fest-sprengstoffen durchgeführt. Aus dieser Tatausführung resultieren extreme Schadensbilder am Tatobjekt und den angrenzenden Gebäuden. Zusätzlich entstehen durch herumfliegende Trümmerteile und teilweise Beschädigung der Statik einzelner Gebäude unkalkulierbare Gefahren für Anwohnende und Passanten, die eine Evakuierung und Sperrung ganzer Straßenbereiche notwendig machen.

Bei der Tatortaufnahme ist unter diesen Umständen mit großer Achtsamkeit vorzugehen. Neben der möglicherweise angegriffenen Statik stellen auch nicht umgesetzte Sprengstoffreste eine hohe Gefahr für die am Tatort arbeitenden Personen dar. Vor Ort wird eng mit den Feuerwehren und den De-

laborierern des Landeskriminalamtes zusammengearbeitet. Zudem werden im Bedarfsfall externe Statiker hinzugezogen, um zu beurteilen, ob eine Einsturzgefahr besteht. Nach Abschluss der Ermittlungen vor Ort verknüpfen die Ermittlerinnen und Ermittler unter anderem Hinweise aus der Bevölkerung und vergleichen Tathergänge. Besonders wichtig ist dabei die enge Verbindung zu den äquivalent in anderen Bundesländern und Ländern agierenden Ermittlungsgruppen im Bereich der Geldautomaten-Sprengungen.

Bundesweit wird deutlich, dass vor allem Präventionsmaßnahmen ein Lösungsansatz zur Handhabung der Tätergruppierungen sind. In einem am 8. November 2022 beschlossenen Maßnahmenkonzept zur Verhinderung derartiger Sprengungen des Bundesministeriums des Innern und für Heimat wurde den Kreditinstituten daher die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen, wie der Einsatz von Nebel-, Einfärbe- oder Klebesystemen zur Minimierung des Diebesgutes, nahegelegt.

Korruption in Wirtschaft und Verwaltung: Die Zentrale Kriminalinspektion bietet Beratung und Unterstützung an und steht als Ansprechpartner zur Verfügung

Viele Fälle der Korruption, der Wirtschaftskriminalität und der Steuerhinterziehung werden nur durch den mutigen Einsatz von „Whistleblowern“ aufgedeckt. CumEx, PanamaPapers und Dieselgate zeigten die Tragweite eines Hinweises auf und beschäftigten die internationalen Sicherheitsbehörden und Medien über einen langen Zeitraum hinweg.

Es sind nicht nur die internationalen Fälle, auch in der Polizeidirektion Göttingen führen regelmäßig Hinweise zu der Aufdeckung von Korruptionshandlungen oder Straftaten im Wirtschaftssektor.

Ein Mitarbeiter des Ordnungsdienstes, der gastronomische Vorteile für Nachsicht bei Parkverstößen annimmt. Ein Taxi-Unternehmen, das sich mit Geschenken an eine Klinik Fahrdienste im großen Umfang sichert oder ein Bürgermeister, der auf Personalauswahlverfahren unredlich Einfluss nimmt: Die Aufklärung jeder dieser genannten Fälle im Bereich der Polizeidirektion Göttingen ist auf mutige Hinweisgeber zurückzuführen.

Wie auch durch die EU-Richtlinie 2019/1937 bestätigt, sind diese Hinweisgeberinnen und -geber in Deutsch-



land nicht ausreichend geschützt und müssen Gehaltsminderung, Suspendierung oder gar Entlassung befürchten. In Anerkennung dieser Schutzbedürfnisse und des essenziellen gesellschaftlichen Beitrags von Whistleblowern hat der Bundestag im Dezember 2022 ein Hinweisgeberschutzgesetz verabschiedet, das nach Inkrafttreten und Umsetzung in Landesrecht auch große Auswirkungen auf niedersächsische Behörden und Unternehmen haben dürfte.

Verpflichtung im Gesetz ist die Einrichtung von internen und externen Meldestellen, die auch eine anonyme Meldung von Verstößen in Unternehmen und Behörden ermöglicht.

Neben der Einrichtung eines Meldesystems ist zudem der Umgang mit den eingegangenen Hinweisen geregelt. Priorität hat demnach eine schnelle Be-

arbeitung der eingegangenen Meldungen, um in engen zeitlichen Fristen die Ergreifung von Folgemaßnahmen, wie interne und externe Untersuchungen, oder auch der Einstellung „aus Mangel an Beweisen“ auf den Weg zu bringen. Dabei ist ein gutes Netzwerk zur Polizei und Staatsanwaltschaft essenziell, um in solchen Fällen sachgerecht, rechtsicher und schnell reagieren zu können. Um es gar nicht erst zu Meldeerfordernissen kommen zu lassen, sollte in den Institutionen schon vorher der Aufbau eines Compliance-Managementsystems und die regelmäßige Umsetzung von Präventionsmaßnahmen, insbesondere im Bereich der Korruptionsprävention erfolgen. Damit kann potentiellem Zweifel an den behördlichen oder betrieblichen Bemühungen zur Verhinderung von rechtswidrigem Verhalten und Schadensersatzansprüchen vorgegriffen werden.

Die fachlich zuständige Zentrale Kriminalinspektion der Polizeidirektion Göttingen steht Behörden und Unternehmen aus den Landkreisen der Direktion als Ansprechpartner zur Verfügung und bietet Unterstützung bei der Einführung und Umsetzung von Compliance- und Präventionsmaßnahmen an.

Was ist Korruption?

Wir verstehen darunter den Missbrauch einer amtlichen Funktion, einer vergleichbaren Funktion in der Wirtschaft oder eines politischen Mandats mit dem Ziel, einen persönlichen Vorteil für sich oder einen Dritten zu erlangen. Unter anderem Bestechung/ Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung/Vorteilsannahme, wettbewerbsbeschränkende Absprachen und Untreue

Wir sind für Sie da, wenn

- Sie sich über das Thema Korruption informieren wollen.
- Sie Präventionsangebote für Ihre Organisation
- oder ihren Betrieb in Anspruch nehmen wollen.
- Sie Hinweise auf Korruption oder wirtschaftskriminelle Handlungen haben.
- Sie selbst in Korruption verstrickt sind und sich aus der Abhängigkeit lösen wollen

Ansprechstellen

ZKI Göttingen, FK Wirtschaftskriminalität/Korruption,
Telefon 05121-20620-411

PI Hildesheim,
Telefon 05121-939-332

PI Hameln-Pyrmont/Holzminden,
Telefon 05151/933-432

PI Nienburg/Schaumburg,
Telefon 05021/9778-339

PI Northeim,
Telefon 05551/7005-331

PI Göttingen
Telefon 0551/491-3332

ZKI

Betrug über Amazon Prime:
Ein Täter ergaunerte
mithilfe von mehr als
10.000 Accounts etwa
400.000 Euro.

In der Finanzauswertung (FEG) der ZKI Göttingen wurde 2022 ein beispielhaftes Verfahren wegen Verdachts der Geldwäsche und des gewerbsmäßigen Computerbetrugs abgeschlossen. Dieses endete für einen der zwei Beschuldigten mit einem Haftbefehl.

Im Rahmen der Bearbeitung von Geldwäscheverdachtsmeldungen fiel zwei Ermittlerinnen der ZKI Göttingen auf, dass sie Strafanzeigen mit ähnlich gelagertem Modus Operandi bearbeitet hatten. Dabei ging aus den Anzeigen hervor, dass unterschiedliche Identitäten an einem Tag jeweils bis zu 100 Gutscheine in Höhe des Mitgliedsbeitrags von Amazon Prime auf ihre Konten bei derselben niederländischen Online-Bank erhielten. Das Geld wurde in allen Fällen unmittelbar nach erfolgter Gutschrift an Dritte weitergeleitet.

Im Jahr 2022 sind bei der ZKI Göttingen insgesamt 480 Geldwäscheverdachtsmeldungen eingegangen.

Die Vernehmungen der Kontoinhaber erbrachten kaum Erkenntnisse, denn diese wussten nicht einmal, dass sie auf ihren Namen ein Konto bei der Online-Bank führten.

In Kooperation mit der für Deutschland zuständigen Mitarbeiterin für Behördenanfragen bei Amazon in Seattle (USA) konnten die Ermittler nach zahlreichen Videokonferenzen und regelmäßigem Datenaustausch einen 32-jährigen Hildesheimer als Tatverdächtigen ermitteln.

Nach umfassenden Ermittlungen konnte die Arbeitsweise des Tatverdächtigen



rekonstruiert werden: Dieser erstellte unter Angabe fiktiver Personalien in regelmäßigen Abständen Amazon-Accounts. Parallel „rekrutierte“ er Personen aus dem Drogenmilieu, die unter falschem Vorwand mittels Video-Ident-Verfahren Girokonten bei der Online-Bank eröffneten und dem Hildesheimer zur Verfügung stellten. Die Amazon-

Accounts wurden dann mit den leichtfertig erstellten Kon-

ten verknüpft und eine kostenpflichtige Amazon Prime-Mitgliedschaft abgeschlossen. Da die Konten jedoch nicht gedeckt waren, konnte der Mitgliedsbeitrag nicht abgebucht werden.

Sicherheitslücke von Amazon

Der Tatverdächtige nutzte dann eine inzwischen geschlossene Sicherheitslücke von Amazon aus, indem er die zuvor abgeschlossene Mitgliedschaft kündigte, die Erstattung des Mitgliedbeitrags auf das hinterlegte Konto erhielt, es von dort über diverse Finanzdienstleister weiter transferierte und es schlussendlich auszahlen ließ. Eine Prüfung

seitens Amazon, ob der Beitrag zuvor überhaupt eingezogen worden war, erfolgte bis zu diesem Zeitpunkt nicht. Das Gesamtvolumen der Rückerstattungen von Amazon im ausgewerteten Zeitraum von dreieinhalb Jahren beläuft sich auf ca. 400.000 Euro bei mehr als 10.000 abgeschlossenen Amazon Prime-Buchungen.

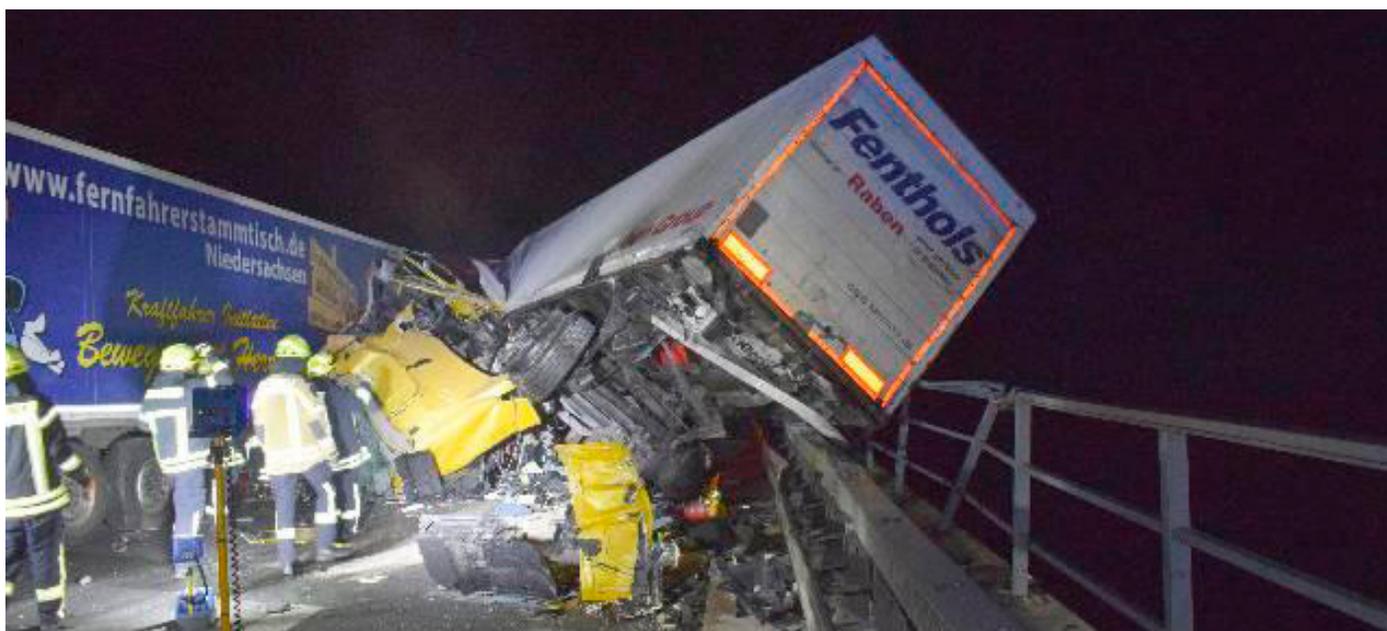
Arbeitsweise des Beschuldigten

Nach Abschluss der Ermittlungen konnte aus sichergestellten Datenträgern die Arbeitsweise des Beschuldigten anhand von Nachrichten wie „Wir brauchen immer neue Konten, dann können die die alten dichtmachen“ und „Ich mache wieder neues Geld über Amazon“ bestätigt werden.

Nicht zuletzt aufgrund einer noch bestehenden Bewährung wurde der Beschuldigte Ende September vergangenen Jahres aufgrund eines Haftbefehls festgenommen. Er befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Gegen die „rekrutierten“ Inhaber der Girokonten wurden im Weiteren insgesamt 72 Verfahren wegen Geldwäsche eingeleitet.



Verkehrssicherheitsarbeit
Sicher auf der Straße unterwegs



Verkehrslagebild

Der Fokus der Verkehrssicherheitsarbeit liegt auf dem Güter- und Personenverkehr.

Jedes Opfer eines Verkehrsunfalls ist eines zu viel. Daher hat die Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen einen hohen Stellenwert und orientiert sich unter anderem an der europäischen Verkehrssicherheitsphilosophie „Vision Zero“, die das Ziel hat, bis 2050 die Straßen und Verkehrsmittel so sicher zu gestalten, dass keine getöteten und schwerverletzten Personen mehr im Straßenverkehr zu beklagen sind.

Eine Herausforderung hierbei wird unter anderem die Einführung des automatisierten Fahrens sein, das die größte Disruption seit Einführung des motorisierten Straßenverkehrs darstellt. Dies erfordert zwangsläufig die Ausei-

nersetzung mit neuartigen Formen des Risikos. So lässt sich unter anderem nicht testen, ob durch das automatisierte Fahren ab Stufe 3 der Straßenverkehr wirklich sicherer wird, da diese Fahrzeuge vor der Markteinführung nur in kleinen, ausgewählten Bereichen im öffentlichen Verkehrsraum getestet werden können. Erst wenn die Fahrzeuge auf dem Markt eingeführt sind, wird sich zeigen, ob sie Unfallgefahren – aufgrund ihrer Softwareprogrammierung – frühzeitig erkennen und dann auch vermeiden werden können.

Dieser Entwicklung versucht die Polizei Niedersachsen seit 2021 mit der Fachstrategie Verkehr zu begegnen. Deren Zielsetzung lautet: Wir wollen mehr

Verkehrssicherheit in Niedersachsen.

Für die sechs Umwelttrends neue Mobilitätsformen, gewerblicher Güter- und Personenverkehr, altersspezifische Risikogruppen, Radverkehr, risikobehaftetes Verhalten und Automotive IT, die in der Fachstrategie Verkehr identifiziert wurden, werden nun in den Polizeidirektionen Konzepte entwickelt und diese den sich wandelnden Herausforderungen immer wieder angepasst.

Die Polizeidirektion Göttingen hat die Themenpatenschaft für den Umwelttrend „gewerblicher Güter- und Personenverkehr“ inne. In den vergangenen Jahren hat der Güterverkehr unter an-

Verkehrsunfallstatistik 2022

30.799 Verkehrsunfälle gesamt	120 davon mit Fahrradbeteiligung	934 Unfälle mit beteiligten Kindern/Jugendlichen
1.327 davon mit Radfahrerbeteiligung	40 davon mit Pedelec-beteiligung	1.008 unfallbeteiligte Biker
109 davon mit Beteiligung von Elektrokleinstfahrzeugen	14 davon mit Beteiligung von Elektrokleinstfahrzeugen	515 Unfälle unter Alkoholeinfluss
730 schwere Verkehrsunfälle	53 Getötete	101 Unfälle unter Drogen- oder Alkoholeinfluss
	794 Schwerverletzte	

derem aufgrund des fortschreitenden Onlinehandels immer mehr an Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang fallen häufig auch die Worte „Just in time“. Lagerbestände werden sukzessiv kleiner und die Waren werden auf deutschen Straßen zwischengelagert und passend zur Produktion geliefert.

Dies hat zur Folge, dass immer mehr Berufskraftfahrende auf deutschen Straßen unterwegs sind. Fehlender ausreichender Sicherheitsabstand und Ablenkung stellen bei Lkw-Unfällen zumeist die Hauptunfallursachen dar. Allein die Verkehrsunfälle in Niedersachsen, die aufgrund zu geringen Abstands durch einen Lkw-Fahrenden verursacht wurden, sind innerhalb des vergangenen Jahres um 14 Prozent gestiegen (2021: 2.500; 2022: 2.858).

Schätzungsweise 80 Prozent der Verkehrstoten bei Lkw-Unfällen auf deutschen Autobahnen sind auf Unfälle an einem Stauende zurückzuführen. Um der Vielzahl von Unfällen an Stauenden entgegenzuwirken, müssen seit November 2018 EU-weit alle Neufahrzeuge ab 3,5 Tonnen mit einem Notbremssystem ausgestattet sein. Es vermeidet Kollisionen mit fahrenden oder stehenden Hindernissen, wodurch schwerwiegende Unfallfolgen vor allem an Stauenden vermieden werden können.

Allerdings hat der Fahrende derzeit noch die Möglichkeit, das System abzuschalten, sodass die Schutzwirkung des Systems unterlaufen werden kann. Eine Reaktivierung des Systems erfolgt derzeit nur durch aktives Handeln des Fahrers oder der Fahrerin oder nach Neustart des Fahrzeugs. Hier gilt es nachzubessern und eine automatische, systemeigene Reaktivierung als Grundsatz im Verkehrsrecht zu verankern.

Prävention

Die polizeiliche Präventionsarbeit im Bereich des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs (GGPV) bietet sich unmittelbar nach einem festgestellten



Verstoß in einem Gespräch, aber eben auch ohne entsprechenden Anlass an. Eine Kommunikation auf Augenhöhe ist dabei angeraten. Eine Herausforderung bei Lkw-Kontrollen sind häufig jedoch die sprachlichen Barrieren, da viele Berufskraftfahrende aus dem europäischen Ausland kommen und der deutschen Sprache nur bedingt mächtig sind. Hier hat sich der Grundsatz „Keep it short and simple“ bewährt. Neben den Gesprächen vor Ort gibt es innerhalb der Polizeidirektion Göttingen auch die Trucker-Stammtische, die turnusmäßig stattfinden und einen Austausch in den unterschiedlichsten Themenbereichen zwischen Polizei, Truckern und auch weiteren Netzwerkpartnerinnen und -partnern ermöglichen. Auch aktuelle Kampagnen, wie beispielsweise #Fahrklar werden im Bereich des GGPV aufgegriffen und die Lkw-Fahrenden im Rahmen von Kontrollen für diese Thematik sensibilisiert.

Hauptunfallursachen

Die Hauptunfallursachen sind nach wie vor überhöhte sowie nicht angepasste

Geschwindigkeit, falsches Überholen, Alkohol- und Drogenbeeinflussung im Straßenverkehr, Ablenkung durch mobile Endgeräte sowie Vorfahrt, Vorrang und Abstand. Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen stehen neben den genannten Hauptunfallursachen jedoch auch die Überprüfung der Gurtpflicht bzw. der Rückhaltesysteme. Das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes kann bei einem Verkehrsunfall bekanntermaßen schwerwiegende oder auch tödliche Verletzungen nach sich ziehen.

Verstöße & Ahndungen

2.765	Blutentnahmen aufgrund von Alkohol, Drogen oder Medikamenten
39.840	Geschwindigkeitsüberschreitungen
8.746	Ablenkung durch elektronische Geräte
10.153	Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes

Die Regionale Kontrollgruppe

Fachleute für den gewerblichen Güter- und Personenverkehr

Der Bestand an Güterkraftfahrzeugen orientiert sich an der Dynamik des internationalen Handels. Prognosen besagen, dass die Transportleistung von Gütern bis zum Jahr 2030 um 39 Prozent steigen wird. Mehr Fahrzeuge, mehr Verkehr – das bedeutet auch mehr Verkehrsunfälle und Verstöße. Die Fachleute der Regionalen Kontrollgruppe der Polizeidirektion Göttingen haben diese Entwicklung sehr genau im Auge.

Steigender Wettbewerb und Termin- druck im gewerblichen Güter- und Personenverkehr sind in der Folge häufig Ursache für Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitverstöße, für Überladungen, technische Mängel und andere Verstöße, die die Verkehrssicherheit erheblich beeinträchtigen und sich auch in der Unfallbilanz widerspiegeln: Die Zahl schwerer Verkehrsunfälle mit Fahrzeugen des Straßengüter- und Personenverkehrs

hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen bzw. stagniert auf hohem Niveau. Zusätzlich ist festzustellen, dass Nutzfahrzeuge immer häufiger als Tatmittel bei der Begehung von Straftaten eingesetzt werden. Festgestellt werden etwa Verstöße im Zusammenhang mit Ausländer- und Aufenthaltsrecht, Umweltkriminalität oder Eigentumsdelikte.

Um diesen Phänomenen zu begegnen, hat die Polizeidirektion Göttingen die Regionale Kontrollgruppe (RKG) eingerichtet.

Aufrufeinheit der Polizeidirektion

Die RKG ist eine Aufrufeinheit, das heißt, die Mitglieder kommen aus allen Polizeiinspektionen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen. Die RKG ist in unterschiedliche Gruppen aufgeteilt: Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenver-

kehr (GGPV) und zur Kriminalitätsbekämpfung (KB). Die Gruppen nehmen überörtlich an geeigneten Kontrollorten Schwerpunktkontrollen vor.

Die Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs umfasst unter anderem die Bereiche gewerbliche Personenbeförderung, Gefahrgut, Ladungssicherung und Überladung, Großraum- und Schwertransporte (GST), Sozialvorschriften/EG-Kontrollgerät/Fälschung technischer Aufzeichnungen, technische Mängel, gewerblicher Transport von Lebensmitteln, Tieren und Abfall sowie Vermögensabschöpfung.

Die Kriminalitätsbekämpfung konzentriert sich auf Deliktsbereiche, die im Zusammenhang mit überörtlichen Verkehrsstraßen (z.B.: Verbringungs- und Fluchtwege) stehen, wie qualifizierte Eigentumsdelikte (Planenschlitzer, TWE/WED, Metaldiebstähle), Drogenkriminalität, Schleuserkriminalität und illegale Migration, Menschenhandel, Verstöße gegen das Ausländer- und Aufenthaltsrecht, Urkunden- und Fälschungsdelikte, Schmuggel von beispielsweise Waffen oder Zigaretten sowie Umweltkriminalität, wie etwa illegale Abfallentsorgung.

Die Regionale Kontrollgruppe nimmt neben den zentral vorgegebenen EU-, bundes- und landesweiten Kontrollen – unter anderem ROADPOL Truck-Kontrollen – zusätzlich jährlich mehrere eigenständig geplante Kontrollen unter anderem zu Ausbildungszwecken vor. Roadpol steht für „European Roads Policing Network“ und ist ein Netzwerk aus Verkehrspolizeidirektionen der EU-Mitgliedsstaaten. Ziel ist es, die





Straßen Europas gemeinsam sicherer zu machen und die Zahl der schwerverletzten und getöteten Unfallbeteiligten nachhaltig zu senken. Weiterhin soll die Zusammenarbeit gefördert und die gesammelten Erfahrungswerte ausgetauscht werden. Die gemeinsamen europaweiten Kontrollwochen sowie unterschiedlichste Verkehrskampagnen

unterstützen dieses Vorhaben. Darüber hinaus erfolgen bei Bedarf weitere, zielgerichtete Schwerpunktkontrollen auf Grundlage örtlicher oder überörtlicher Lagebilder. Bei den Kontrollen wird die Regionale Kontrollgruppe zumeist von anderen Kontrollorganen, wie beispielsweise dem Bundesamt für Logistik und Mobilität

(BALM ehemals Bundesamt für Güterverkehr – BAG), Gewerbeaufsichtsdirektoren, Veterinärämtern und dem Zoll durch deren Fachwissen und Expertise unterstützt.

Die umfangreichen Kontrollen erfordern umfassende, aktuelle und komplexe Fach- und Spezialkenntnisse, sodass regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen für die Angehörigen der Regionalen Kontrollgruppe unverzichtbar sind. Dabei erfolgt neben der zentralen Aus- und Fortbildung auch eine dezentrale Beschulung in eigener Zuständigkeit. Für spezialisierte Kontrollkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden weiterhin zentrale Fortbildungslehrgänge an der Polizeiakademie Niedersachsen angeboten. Die Soll-Stärke der Regionalen Kontrollgruppe beträgt 60 Mitarbeitende im Bereich gewerblicher Güter- und Personenverkehr sowie 20 Mitarbeitende im Bereich Kriminalitätsbekämpfung.





Im Einsatz

Unfallursache Unachtsamkeit: Junge Lkw-Fahrerin übersieht Stauende an einer Nachtbaustelle – Autobahn 7 bei Seesen muss zwei Tage lang voll gesperrt werden

Ein besonders schwerer Unfall auf der Autobahn 7 bei Seesen hat im September vergangenen Jahres die Einsatzkräfte der Polizeidirektion Göttingen sehr gefordert und zu einer zweitägigen Vollsperrung eines Teilstücks der wichtigen Nord-Süd-Achse geführt. Ein Lkw war hier schwer verunglückt. Unfallursache: Auffahren auf ein Stauende.

Aufgrund einer Nachtbaustelle war die A7 ab der Anschlussstelle Seesen in Fahrtrichtung Kassel voll gesperrt. Die Vollsperrung hatte einen Rückstau von etwa einem Kilometer Länge zur Folge. Eine 22 Jahre alte Lkw-Fahrerin bemerkte das Stauende gegen 22 Uhr zu spät und versuchte noch vom Hauptfahrstreifen auf den ersten Überholfahrstreifen auszuweichen. Bei dem Ausweichmanöver touchierte sie je-

doch hinten links einen Sattelzug, der am Stauende auf dem Hauptfahrstreifen stand.

Durch diese Berührung geriet der Lkw der 22-Jährigen ins Schleudern und fuhr vom ersten Überholfahrstreifen wieder nach rechts auf den Hauptfahrstreifen, und kollidierte dort mit einem dritten Lkw, der vor dem zweiten Lkw stand. Der Fahrzeugführer des dritten Lkw wurde dabei leicht verletzt. Sein Sattelzug wurde durch den Aufprall nach rechts verschoben und kam auf der Außenschutzplanke und dem Brückengeländer zum Stehen.

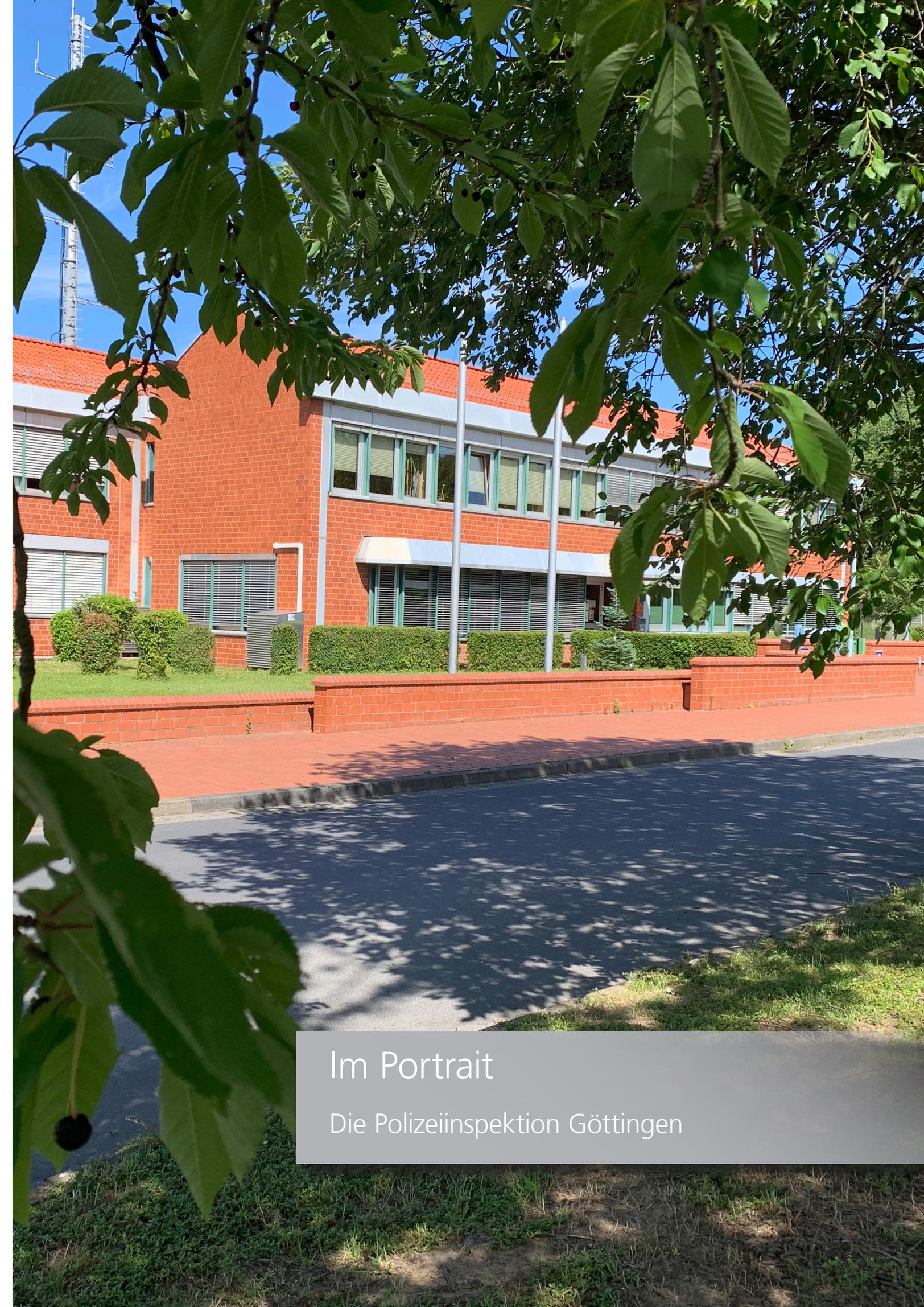
Abschließend stieß die 22-Jährige mit ihrem Fahrzeug noch mit dem vierten Sattelaufleger zusammen und kam zum Stehen.

Der Sattelzug der Lkw-Fahrerin wurde durch den Unfall vollkommen zerstört

und die Frau im Fahrzeug eingeklemmt. Sie wurde von der Feuerwehr schwer verletzt aus ihrem Fahrzeug geborgen und ins Krankenhaus gebracht.

Alle anderen Sattelzüge wurden ebenfalls stark beschädigt. Einer der unfallbeteiligten Lkw war zudem mit 20 Fässern Motoröl beladen. Das Öl, das als Gefahrgut eingestuft wird, trat aus einigen beschädigten Fässern aus und verunreinigte die Fahrbahn erheblich. Dies hatte zur Folge, dass der Straßenbelag angefräst und neu aufgetragen werden musste.

Die Autobahn musste in diesem Bereich dafür zwei Tage lang gesperrt bleiben. Insgesamt waren zwei Streifenwagen und 64 Mitglieder von Feuerwehr, Rettungsdienst und Notarzt vor Ort.



Im Portrait

Die Polizeiinspektion Göttingen

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wir blicken auf ein Einsatzjahr zurück, das uns wieder vor ganz unterschiedliche polizeiliche Herausforderungen gestellt hat. Mit einer kleinen Auswahl an Beiträgen möchten wir Ihnen auf den kommenden Seiten die Themen näherbringen, die Ihre Polizei in Stadt und Landkreis in den letzten Monaten beschäftigt haben.

Als herausragende Einsatzanlässe seien hier nur beispielhaft die Besetzung und anschließende Räumung der ehemaligen Göttinger Justizvollzugsanstalt (JVA) sowie die Bombensondierungen in der Göttinger Weststadt erwähnt. Letztere werden uns auch in den kommenden Jahren nicht nur personell weiterfordern.

Doch auch klassische Kriminalitätsphänomene, darunter Cybercrime oder Straftaten zum Nachteil älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger, umfangreiche

Ermittlungskomplexe und vielfältige Kontroll- und Präventionsmaßnahmen, beispielsweise auf dem Waageplatz, waren wieder Schwerpunkte unserer täglichen Arbeit. Zunehmend an Bedeutung gewinnen darüber hinaus die Bereiche Nachwuchsgewinnung und Demokratieschutz. Und auch bei der Bekämpfung der „Häuslichen Gewalt“ gibt es eine neue, maßgebliche Neuerung zu berichten. Die kommenden Seiten versprechen also Informatives.

Bevor Sie jetzt in die Lektüre einsteigen, ist es mir ein Bedürfnis, mich bei den Kommunen, den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben und den vielen anderen Unternehmen, Institutionen und Organisationen, für die unkomplizierte, immer professionelle Zusammenarbeit zu bedanken. Ohne gegenseitige Unterstützung auf Augenhöhe wäre unser Ziel, das Sicherheitsgefühl unserer Bürgerinnen und Bürger sowie die objektive Sicherheit weiter zu erhöhen, nur schwer erreichbar gewesen. Passend dazu haben wir

im November unsere seit 2020 bestehende „Vereinbarung zur Stärkung der Zusammenarbeit und Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Göttingen“ mit der Stadt Göttingen erneuert und thematisch noch vertieft. Dafür bin ich allen Beteiligten sehr dankbar.

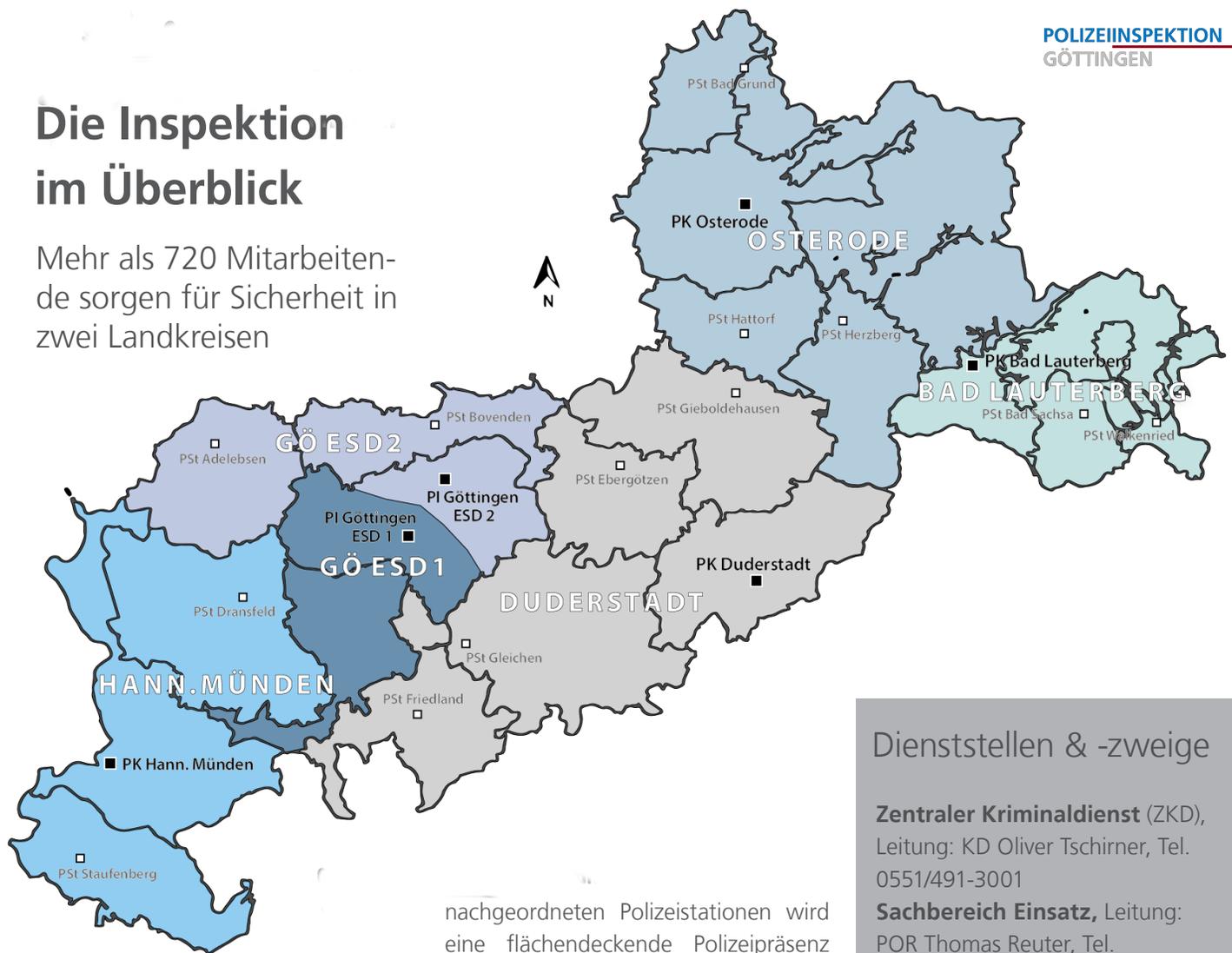
Liebe Leserinnen und Leser, Ihnen allen in Stadt und Landkreis sichere ich an dieser Stelle die Unterstützung Ihrer Polizeiinspektion Göttingen zu!

Meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich für Ihr ungebrochenes Engagement und ihre stete Einsatzbereitschaft zum Wohle der Gemeinschaft im Jahr 2022.

Rainer Nolte
Leiter der Polizeiinspektion Göttingen

Die Inspektion im Überblick

Mehr als 720 Mitarbeitende sorgen für Sicherheit in zwei Landkreisen



nachgeordneten Polizeistationen wird eine flächendeckende Polizeipräsenz gewährleistet.

Die Polizeiinspektion Göttingen hat ihren Sitz in der Otto-Hahn-Straße 2, und steht unter der Leitung des Leitenden Polizeidirektors Rainer Nolte. Insgesamt 726 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen rund um die Uhr für die Sicherheit von ca. 326.000 Einwohnern in Stadt und Landkreis Göttingen.

Die Mitarbeiterschaft besteht aus 647 Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamten (davon ca. 33 Prozent weiblich), sechs Verwaltungsbeamtinnen und -beamten und 73 Tarifbeschäftigten. Der Zuständigkeitsbereich erstreckt sich auf ein Gesamtgebiet von 1.753 Quadratkilometern.

Neben weiteren Liegenschaften im Stadtgebiet von Göttingen befinden sich Polizeikommissariate in Hann. Münden, Duderstadt, Osterode und Bad Lauterberg. Zusammen mit den

Die Bundesautobahnen 7 und 38 werden auf einer Strecke von insgesamt 186 Kilometern vom Einsatz- und Streifendienst (ESD) BAB betreut. Die Aurobahnpolizei ist jüngst von Mengershausen in ein neues Dienstgebäude gezogen: Seit Februar 2023 wird der Dienstbetrieb des ESD BAB von der neuen Dienststelle in der Robert-Bosch-Breite 14 im Göttinger Stadtteil Grone, versehen.

Die Polizeiinspektion Göttingen ist auch online erreichbar und stellt unter www.pd-goe.polizei-nds.de/dienststellen/pi-goettingen/ weitere Informationen zur Verfügung. Des Weiteren können über die Twitter-Accounts @Polizei_GOE und @Polizei_OHA, den Instagram-Account [polizei.goettingen.wv](https://www.instagram.com/polizei.goettingen.wv) sowie über die Facebookseite Polizei Göttingen aktuelle polizeiliche Geschehnisse verfolgt werden.

Dienststellen & -zweige

Zentraler Kriminaldienst (ZKD),
Leitung: KD Oliver Tschirner, Tel. 0551/491-3001

Sachbereich Einsatz, Leitung:
POR Thomas Reuter, Tel. 0551/491-2012

Sachbereich Verwaltung,
Leitung: Ariane Tyralla, Tel. 0551/491-2881

ESD I, Leitung: EPHK Andreas Momberg, Tel. 0551/491-2122

ESD II, Leitung: EPHK'in Silke Otte, Tel. 0551/491-2222

ESD BAB, Leitung: EPHK Ingo Siese, Tel. 0551/491-6521

Verfügungseinheit, Leitung:
EPHK Markus Jankowski, Tel. 0551/491-4401

PK Hann. Münden, Leitung:
EPHK Dirk Schneider, Tel. 05541/951-121

PK Duderstadt, Leitung: EPHK Karl-Hubert Wüstefeld, Tel. 05527/8461-121

PK Osterode, Leitung: EPHK Heiko Fette, Tel. 05522/508-121

PK Bad Lauterberg, Leitung:
EPHK Guido Schwarze, Tel. 05524/963-121



Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion

Ein ganzes Team wirbt in der Inspektion für den Beruf und steht für Fragen zur Verfügung. Ziel ist es, die Polizei als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren.

Die Polizei Göttingen als attraktiven Arbeitgeber vorzustellen, darüber hinaus auch zukünftige Kolleginnen und Kollegen für den Polizeiberuf zu gewinnen und zu begeistern, ist eine der Kernaufgaben des Teams „Nachwuchsgewinnung“ der Polizeiinspektion Göttingen. Die Aufgaben beinhalten unter anderem das Besuchen von Berufsmessen, wie beispielsweise dem Göttinger Berufsinformationstag, der im Jahr 2022 wieder in Präsenz stattfand und mehr als 1.000 Besucherinnen und Besucher anlockte. Weiterhin betreiben die Mitarbeitenden der Nachwuchsgewinnung Werbestände und planen eigene Werbeveranstaltungen, organisieren Schülerpraktika und stehen auch für Einzelberatungen und spezielle Fragen zur Verfügung. Letztere finden sowohl

telefonisch als auch digital oder direkt bei der Kontaktaufnahme statt.

Auch die Betreuung von Fachoberschülerinnen und -schülern gehört in den Aufgabenbereich der Nachwuchsgewinnung – also der angehenden Nachwuchskräfte, die nach dem Realschulabschluss die Fachoberschule besuchen und damit die Fachhochschulreife erreichen, um dann das Polizeistudium aufnehmen zu können.

Im Jahr 2022 wurde das Team Nachwuchsgewinnung der Polizeiinspektion Göttingen neu aufgestellt. Es umfasst mittlerweile neben den Koordinatorinnen Daniela Diener und Polizeihauptkommissarin Tanja Meyer weitere zwölf Mitglieder, die auf verschiedenen Dienststellen als Ansprechpartnerinnen und -partner zur Verfügung stehen.

Infos & Kontakt

Weitere Infos erhalten Interessierte bei Polizeihauptkommissarin Tanja Meyer, Telefon 0551/491-2055, E-Mail tanja.meyer1@polizei.niedersachsen.de, und Daniela Diener, Telefon 0551/491-2051, E-Mail daniela.diener@polizei.niedersachsen.de.

Erreichbar ist die Nachwuchsgewinnung auch unter personal-auf@pi-goe.polizei.niedersachsen.de

Das Team Nachwuchsgewinnung ist unter genannten Erreichbarkeiten für alle Interessierten montags bis donnerstags von 7 bis 15.30 Uhr sowie freitags von 7 bis 12 Uhr ansprechbar.

Zurück in Präsenz: Die Nachwuchsgewinnung der Polizeiinspektion war nach Wegfall der pandemiebedingten Einschränkungen wieder bei vielen Berufsinfortagen vertreten.

Mit dem Wegfall einer Vielzahl der Pandemie-Beschränkungen im Jahr 2022 freute sich das Team der Nachwuchsgewinnung der Polizeiinspektion Göttingen seine Arbeit wieder uneingeschränkt aufnehmen, aber vor allem Schülerinnen und Schüler sowie Besucherinnen und Besucher bei Veranstaltungen persönlich begrüßen und beraten zu dürfen.

Zur Freude zahlreicher Besucherinnen und Besucher konnten im Jahr 2022 viele Berufsmessen und Informationstage wieder in Präsenz stattfinden. Herausragend sind hier der „GöBit“ – Göttinger Berufsinformationstag – in der Lokhalle mit mehr als 1.000 Besucherinnen und Besuchern, der „Berufsinfo-Tag“ der IGS Bovenden, der „Tag der Bewerber“ des Polizeikommissariates Duderstadt und die „Behörden

Kirmes“, die gemeinsam mit anderen Behörden des Landes Niedersachsen und der Bundeswehr veranstaltet wurden.

Im Jahr 2023 ist geplant, an weiterführenden Schulen Elternabende anzubieten. Auch bei dieser Zielgruppe soll aktiv für den Polizeiberuf geworben werden.

Die hohe Nachfrage sowie starke Resonanz vonseiten vieler Gäste an diesen Informationsveranstaltungen zeigte deutlich, welch hohen Stellenwert die Nachwuchsarbeit in Präsenz hat und in digitaler Form nur schwer aufzufangen ist.

Auch im laufenden Jahr 2023 wird ein besonderes Augenmerk in der Polizeiinspektion Göttingen auf dem Bereich der Nachwuchsgewinnung liegen. Geplant ist, auch in diesem Jahr wieder an

Veranstaltungen teilzunehmen. Zusätzlich ist die Polizeiinspektion Göttingen Ende Juni bei einer großen öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung unter dem Motto

„Schule, aber sicher!“ für Schulanfängerinnen und -anfänger im Jahnstadion

vertreten, um dort Eltern von älteren Geschwisterkindern oder Begleitpersonen über den Beruf als Polizeivollzugsbeamtin und -beamten zu beraten.

Weiterhin werden viele direkte Schulbesuche in Form von Informationstagen geplant. Darüber hinaus ist es angedacht, Elternabenden an weiterführenden Schulen anzubieten, um auch hier umfassend über den Polizeiberuf zu informieren.



Demokratienschutz in der Polizei Göttingen

Die Polizeiinspektion stärkt mit vielfältigen Angeboten die Demokratiefestigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt öffentlich und aktiv Zeichen gegen Populismus.

In der Bundesrepublik Deutschland schützt die Polizei die grundrechtlich festgeschriebene Demokratie – sowohl als politisches System als auch in der konkreten Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger. Doch der sukzessiv zunehmende (Rechts-)Populismus mit seinem intoleranten und ausgrenzenden Weltbild sowie die daraus resultierende Gewalt gegen vermeintlich Fremde gefährdet unsere Gesellschaft und unsere freiheitliche Demokratie in einem Maße, wie es noch vor wenigen Jahren nicht denkbar gewesen wäre.

Den Schutz der Demokratie und die Stärkung ihrer Widerstandskraft hat sich die Polizei Niedersachsen vor diesem Hintergrund als strategisches Ziel gesetzt und setzt damit zugleich ein aktives Zeichen für die Demokratie, für den Rechtsstaat sowie für eine offene und pluralistische Gesellschaft.

Ein Baustein ist dabei die Ausbildung von sogenannten Strategiepatinnen und -paten, die in Kooperation mit dem

zivilgesellschaftlichen Verein „Gegen Vergessen, für Demokratie“ fortgebildet werden. Diese besondere Qualifikation wird vom Landespräventionsrat gefördert und unterstützt. Gemeinsame Aufgabe der Strategiepatinnen und -paten ist es, die Demokratie durch vielfältige Maßnahmen zu schützen, zu gestalten und weiterzuentwickeln. Ziel hierbei ist nicht nur die Potenzierung des demokratischen Selbstverständnisses der Polizeiangehörigen, sondern auch die stärkere Wahrnehmung der Polizei als Akteur im Kreise der um den Schutz unserer Demokratie engagierten Institutionen.

In der Polizeiinspektion Göttingen zählen Polizeihauptkommissarin Katharina Hottenrott, Polizeikommissarin Pia Weber und Polizeioberkommissar Tilo Henniges als Strategiepatinnen und -pate für Demokratie zu den Fortgebildeten in diesem Bereich. Im vergangenen Jahr konnte das Trio diverse Projekte innerhalb der Polizeiinspektion Göttingen

initiieren. Neben Fachvorträgen von Dr. Debbie Coetzee-Lachmann von der Universität Osnabrück zum Thema „Polizeischutz für die Demokratie: Was bedeutet das auf der individuellen Ebene?“ und Dipl. Psychologin Bettina Zietlow vom kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen zur Thematik „Verschwörungstheorien“ konnten die Mitarbeitenden auch an internen Fortbildungen zur Entstehung und Wirkung von Stereotypen teilnehmen. Weiterhin stellte der Verfassungsschutz Niedersachsen seine Arbeit sowie aktuelle Entwicklungen im Bereich der Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung vor.

Interkulturelle Kompetenz

Zudem unterzeichnete die Polizeidirektion Göttingen mit dem Museum Friedland am 28. Oktober 2022 einen Kooperationsvertrag. Das Museum erinnert und dokumentiert die Geschichte des Grenzdurchgangslagers im Süden Niedersachsens. Neben einer Dauerausstellung und Vorträgen bietet es als lebendiger Lern- und Erfahrungsort verschiedene Workshops an. In diesen setzen sich die Teilnehmenden mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen rund um die Themenfelder Flucht und Migration auseinander. Primärer Fokus ist dabei unter anderem die Förderung der interkulturellen Kompetenz.

Mitarbeitende der Polizei Göttingen nahmen im Jahr 2022 an dem Workshop „Das wird man doch noch sagen dürfen! Über Migration sprechen“ teil. Der Workshop ging der Frage nach, wie über Migration gesprochen wird und wurde. Dabei sensibilisierte er für Diskriminierungserfahrungen und zeigte die Wirkungsmacht von Sprache auf. Die Zusammenarbeit zwischen dem





Museum Friedland und der Polizei wird auf Grundlage des Kooperationsvertrages in den nächsten Jahren weiter ausgebaut. So soll ein Schwerpunkt zum Thema „Polizei und Migration“ gesetzt werden.

Als besonderes Zeichen für die Beteiligung an der aktiven Göttinger Erinnerungskultur übernahm die Polizeiinspektion Göttingen im vergangenen Jahr darüber hinaus die Patenschaft für die Stolpersteine von drei Jüdinnen und Juden, die den Verbrechen der Nationalsozialisten zum Opfer fielen. Die Stolpersteine – in Gedenken an Margarete Meyerstein, Lucie Meyerstein und Kurt Meininger – wurden Ende September 2022 in der Wöhlerstraße in Göttingen verlegt – dem letzten freigewählten Wohnsitz der im Jahre 1942 deportierten Familie. Die Polizei nahm im Rahmen einer Gedenkstunde

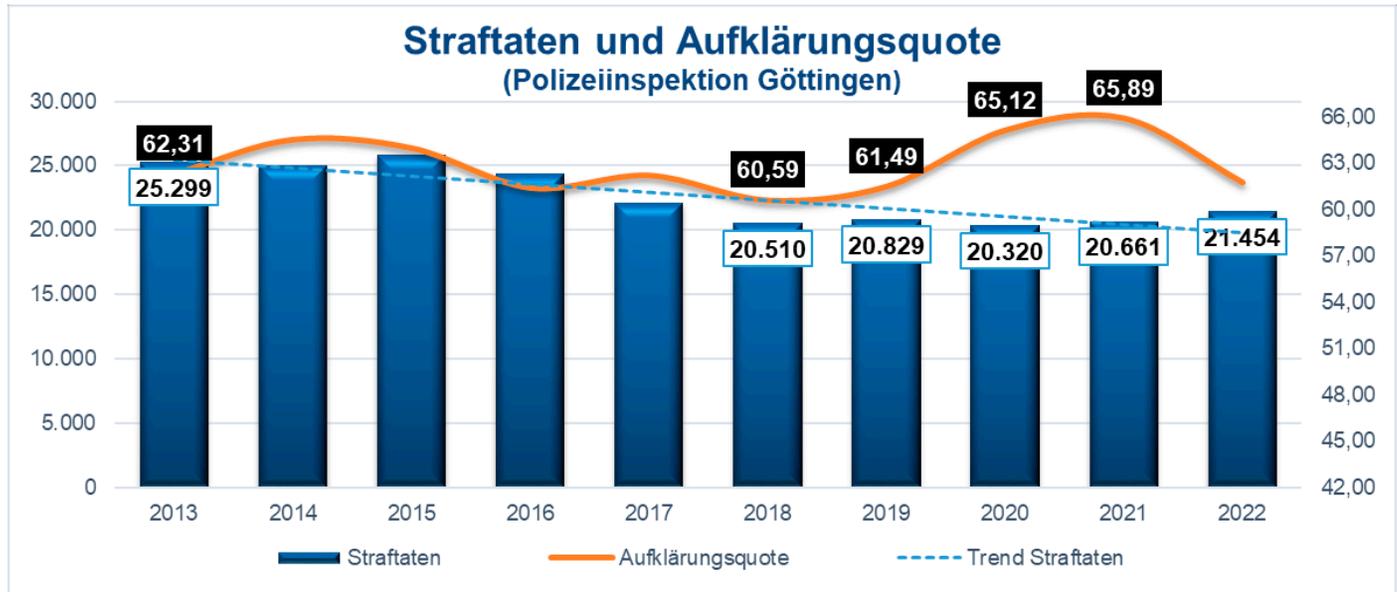
Anteil und bekannte sich ihrer historischen Verantwortung: „Wir, die Polizei Göttingen, wir sind uns bewusst, dass diese staatlichen Verbrechen an Millionen von unschuldigen Menschen auch unter der Beteiligung der Polizei im Dritten Reich erfolgten. Aus diesem Grund stehen wir geschlossen hier, um Ihnen zu zeigen, dass wir diese Verbrechen nicht vergessen werden und sie für uns immer ein Mahnmal bleiben – ein Mahnmal an die dunkelsten Jahre der deutschen Geschichte“, sagte Kriminaldirektor Oliver Tschirner in seiner Rede in der Wöhlerstraße. Gleichzeitig mahnte er mit den Worten des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier: „Was sich nicht wiederholen soll, darf niemals vergessen werden.“

Die Polizeiinspektion Göttingen ist die erste Polizei in Deutschland, die die Patenschaft für die europaweit verlegten

Stolpersteine, die an das Schicksal der im Nationalsozialismus verfolgten, deportierten, vertriebenen und ermordeten Menschen erinnern, übernommen hat.

Gedenken am Mahnmal

Als weiteres Zeichen für die Teilnahme an der Erinnerungskultur begleiteten Inspektionsleiter Rainer Nolte sowie Kolleginnen und Kollegen die Gedenkstunde am 9. November 2022 am Mahnmal der Göttinger Synagoge: „Die Polizei war an den Verbrechen der Nationalsozialisten beteiligt, auch hier unmittelbar in Göttingen. Wir können es nicht rückgängig machen, aber wir können dafür Sorge tragen, dass es sich nicht wiederholt. Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Hasskriminalität müssen wir gesamtgesellschaftlich konsequent entgegentreten“, so der leitende Polizeidirektor.



Kriminalitätsentwicklung

Aufklärungsquote sinkt leicht, liegt aber immer noch über dem Landesdurchschnitt.

Die Anzahl der Straftaten ist im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen: Waren es im Jahr 2021 noch 20.661 registrierte Straftaten, wurden für das vergangene Jahr 793 Taten mehr erfasst – insgesamt 21.454, ein Anstieg von 3,84 Prozent. Dabei wurde gegen 9.339 Tatverdächtige ermittelt. Rund 75 Prozent waren Männer.

Die Gesamtaufklärungsquote ist nach einem hohen Niveau im Jahr 2021 von 66,93 Prozent auf 61,75 Prozent im Jahr 2022 gesunken, liegt damit aber immer noch über dem Landesdurchschnitt.

„Der Anstieg der Fallzahlen und die Senkung der Aufklärungsquote ist unter anderem mit den Lockerungen und den Aufhebungen der Corona-Maßnahmen zu begründen, die seit 2020 die Fallzahlen beeinflusst haben. Somit haben wir uns wieder den Fallzahlen vor der Pandemie angenähert“, erläutert der Leiter des Zentralen Kriminaldienstes (ZKD) der Polizeiinspektion Göttingen, Kriminaldirektor Oliver Tschirner.

Körperverletzung

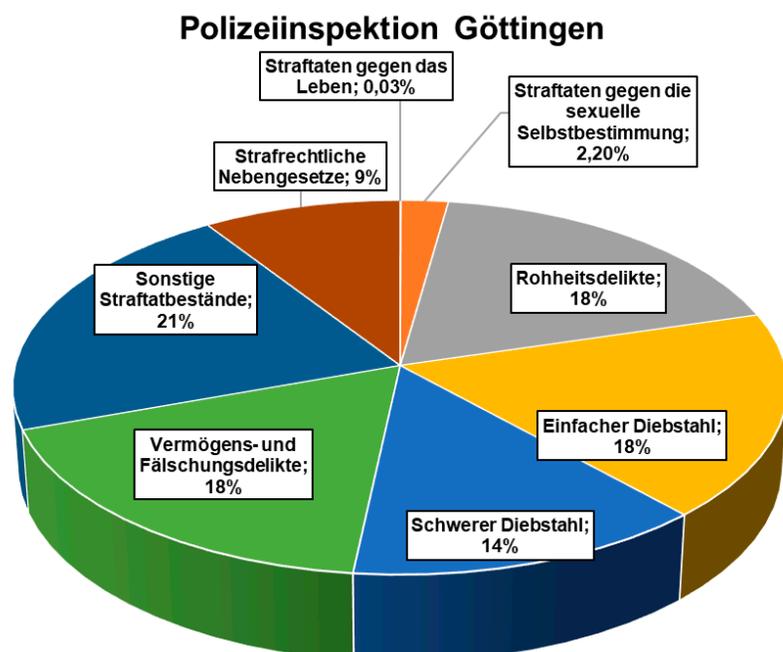
Die Zahl der Körperverletzungsdelikte

ist im vergangenen Jahr um 375 auf 2.536 Taten gestiegen (2020 und 2021: 2.200).

Einen starker Einfluss wird auch hier, wie bereits erwähnt, der Umstand gehabt haben, dass nahezu sämtliche Beschränkungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie im öffentlichen Raum aufgehoben worden sind.

Häusliche Gewalt

Die Fallzahlentwicklung im Kontext der häuslichen Gewalt im Bereich der Polizeiinspektion Göttingen ist stetig ansteigend. Im Jahr 2022 wurden in der gesamten PI Göttingen insgesamt 1.215 Fälle in diesem Deliktsbereich bearbeitet (2021: 1.042). Die Erhöhung begründet sich zum Großteil durch eine Neudefinierung: Demnach zählt

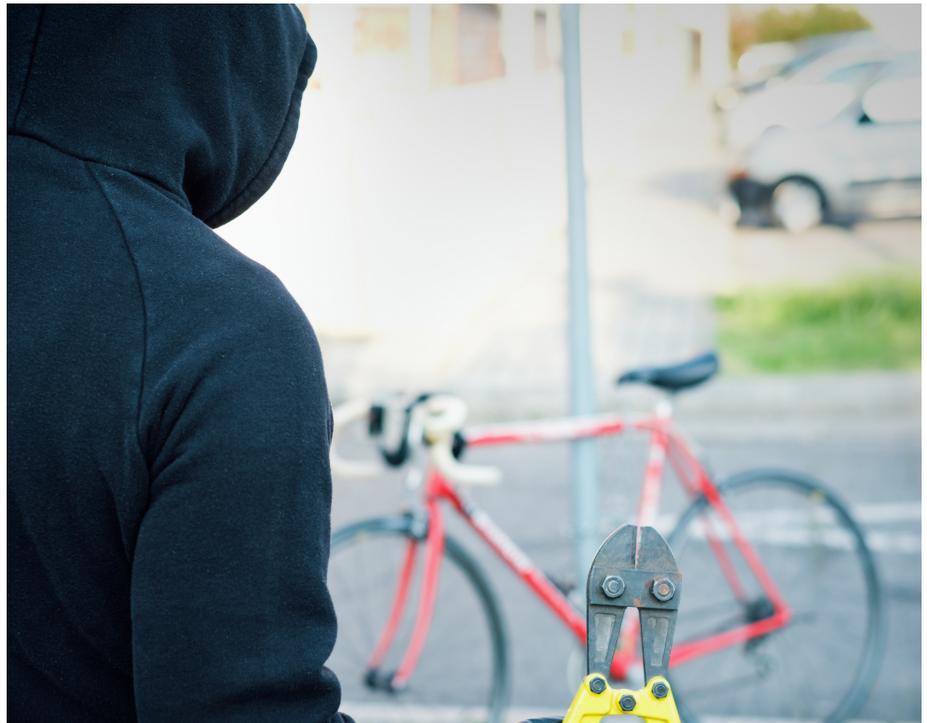


seit dem 29. August 2022, neben der partnerschaftlichen Gewalt (695 Delikte), nun auch familiäre Gewalt (349 Delikte), sowie Nicht-Opfer-Delikte (188 Delikte), wie beispielsweise Diebstahl, zum Themenkomplex der häuslichen Gewalt. Die Opfer sind in 70 Prozent der Fälle weiblichen Geschlechts.

In der Polizeiinspektion Göttingen wurden im Jahr 2022 zudem zwei Hochrisikofälle bearbeitet. Ein Hochrisikofall ist immer dann anzunehmen, wenn sich Frauen und ihre Kinder subjektiv von (auch wiederholter) schwerer Gefahr bzw. einer Tötung durch ihren (Ex-) Partner bedroht fühlen und den involvierten Behörden und Einrichtungen tatsächliche Anhaltspunkte für diese Bedrohung vorliegen. „Häusliche Gewalt steht im Fokus unserer Arbeit und findet sich in der Schwerpunktsetzung der Polizeiinspektion Göttingen auch im Jahr 2023 wieder“, so Tschirner.

Fahrraddiebstahl

In der Polizeiinspektion Göttingen ist die Zahl der Fahrraddiebstähle im Vergleich zum Jahr 2021 stark gestiegen – um 533 Taten (41,25 Prozent). Hierbei handelt es sich überwiegend um den Diebstahl von E-Bikes. Die Schadenshöhe für 2022 liegt bei mehr als 2,1 Mio. Euro. Die Polizeiinspektion Göt-



tingen ist diesem Problem mit einer Ermittlungsgruppe begegnet, die sich intensiv mit der Thematik beschäftigt hat. „Auch im Jahr 2023 steht die Problematik des Fahrraddiebstahls im Fokus der Ermittlerinnen und Ermittler“, sagt Tschirner.

Wohnungseinbruchdiebstahl

Wohnungseinbruchdiebstähle sind weiterhin auf einem niedrigen Niveau mit 209 Fällen in der Region. Die Aufklärungsquote liegt bei 17,7 Prozent.

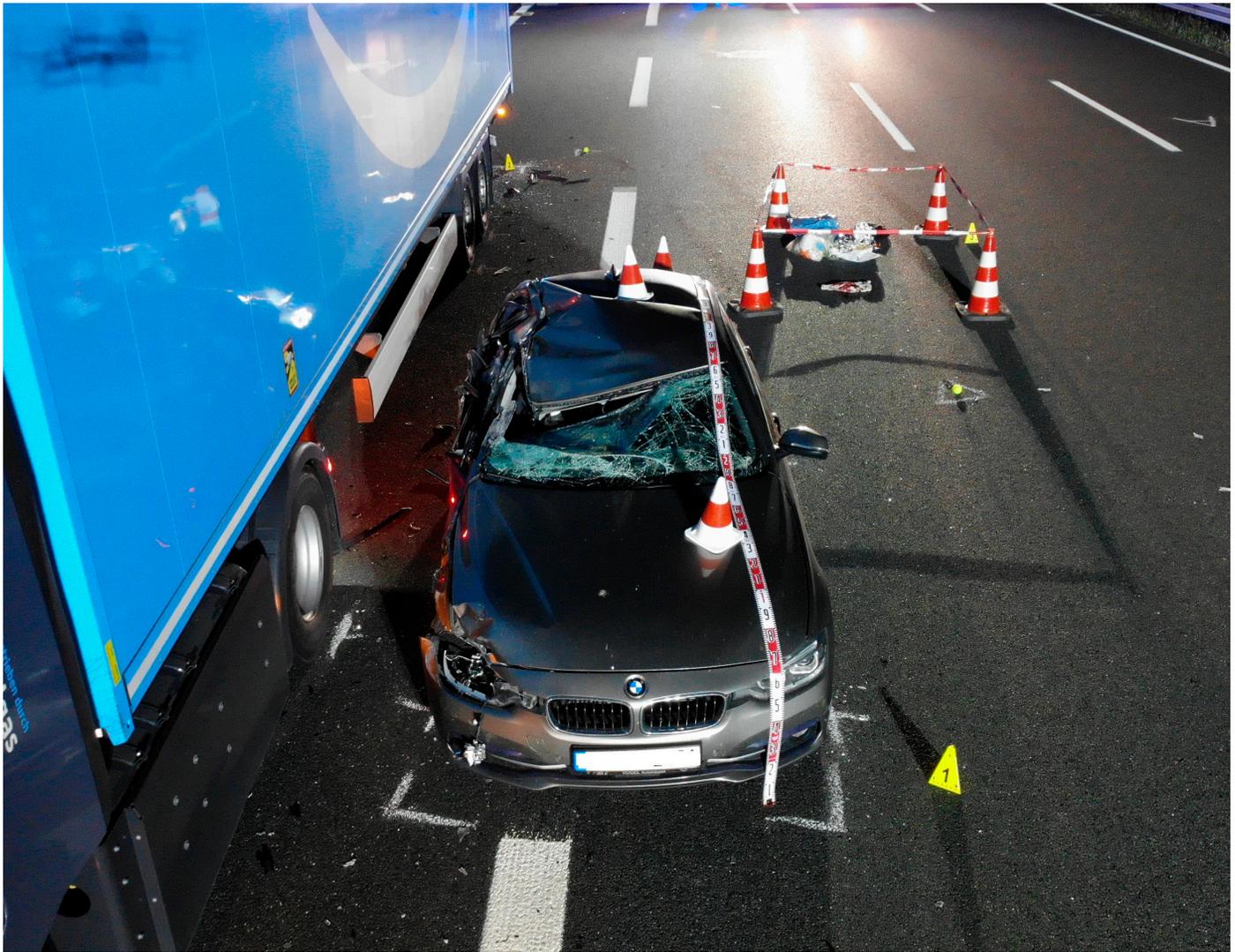
Rauschgiftkriminalität

Bei der Rauschgiftkriminalität ist eine Senkung der Fallzahlen von 1.760 Taten (2021) auf 1.545 (2022) festzustellen. Die Aufklärungsquote ist mit etwa 94 Prozent deliktenspezifisch gleichbleibend hoch.

Gewalt gegen Polizei und Rettungsdienste

Die Fallzahlen sind in diesem Bereich um vier Prozent gestiegen. 2021 wurden 166 Taten zur Anzeige gebracht, im Folgejahr 173 Taten. Unter der Begrifflichkeit wird neben der Bedrohung und der Körperverletzung unter anderem auch der Widerstand und der tätliche Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen subsumiert. Unter den Opfern sind drei Feuerwehrleute, elf Kräfte des Rettungsdienstes und 167 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte. Oliver Tschirner: „Dieser Anstieg ist nicht tolerierbar. Wir begegnen diesem Umstand unter anderem mit erweiterten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und dem Einsatz von technischem Gerät (Bodycams) im Bereich der Beweis- und Eigensicherung, um die eingesetzten Kräfte zu stärken.“





Verkehrslagebild

Die Zahl der Verkehrsunfälle ist im vergangenen Jahr gesunken. Oberstes Ziel bleibt es auch 2023, Unfälle mit schwerem Personenschaden zu verhindern.

Die Polizeiinspektion Göttingen ist für die Verkehrssicherheit in der Stadt und im Landkreis Göttingen sowie für die Autobahn 38 bis zur Anschlussstelle Arenshausen und die Autobahn 7 zwischen Lutterberg und Seesen zuständig. Jährlich werden in dem gesamten Bereich – ohne die beiden Autobahnen – zwischen 7.200 und 9.000 Unfälle aufgenommen. Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden schwankte in den vergangenen Jahren zwischen 900 und 1.200.

Eines der wichtigsten Ziele der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit ist

es, die Anzahl der Unfälle mit schwerem Personenschaden (getötete und schwerverletzte Verkehrsteilnehmende) zu reduzieren. Diese Unfälle werden polizeiintern als „VUSP“ bezeichnet. Der Mittelwert der registrierten VUSP

Auffällig ist die steigende Anzahl der verletzten Nutzerinnen und Nutzer von E-Scootern bei Unfällen. 2022 wurden 21 Personen leicht und drei schwer verletzt (2021: zwölf leicht und vier schwer Verletzte).

der vergangenen fünf Jahre (2018 bis 2021) beträgt 151. Insgesamt registrierte die Polizei Göttingen im vergan-

genen Jahr 7.540 Unfälle (2021: 7.631). Davon mussten 133 Verkehrsunfälle mit schweren Personenschäden (2021: 131) aufgenommen werden. Im Jahr 2022 wurden bei zehn schweren Unfällen elf Personen getötet (2021: 12).

Bei den Opfern handelt es sich um einen alleinbeteiligten Fahrer eines Leichtkraft-

rades, einen Kradfahrer, einen Pkw-Fahrer, einen Fahrer eines Transporters, zwei Radfahrer, drei Beifahrerinnen und -bei-

fahrer im Auto sowie in zwei Fällen die transportierten Personen eines Krankentransportfahrzeuges. Oftmals sind unangepasste Geschwindigkeit, Alkohol- und Drogeneinfluss, Vorfahrtsverstöße und fehlende Aufmerksamkeit am Steuer, beispielsweise durch Nutzung von Smartphones, für die schweren Verkehrsunfälle ursächlich.

Fahrradunfälle

Im Weiteren hat sich die Anzahl der Fahrradunfälle erhöht. Im Jahr 2022 sind 356 Fahrrad- und 68 Pedelecunfälle (2021: 322 Fahrräder und 59 Pedelecs) zu verzeichnen.

Auffällig ist die steigende Anzahl der verletzten Nutzerinnen und Nutzer von E-Scootern bei Unfällen. 2022 wurden 21 Personen leicht und drei schwer verletzt (2021: zwölf leicht und vier schwer Verletzte).

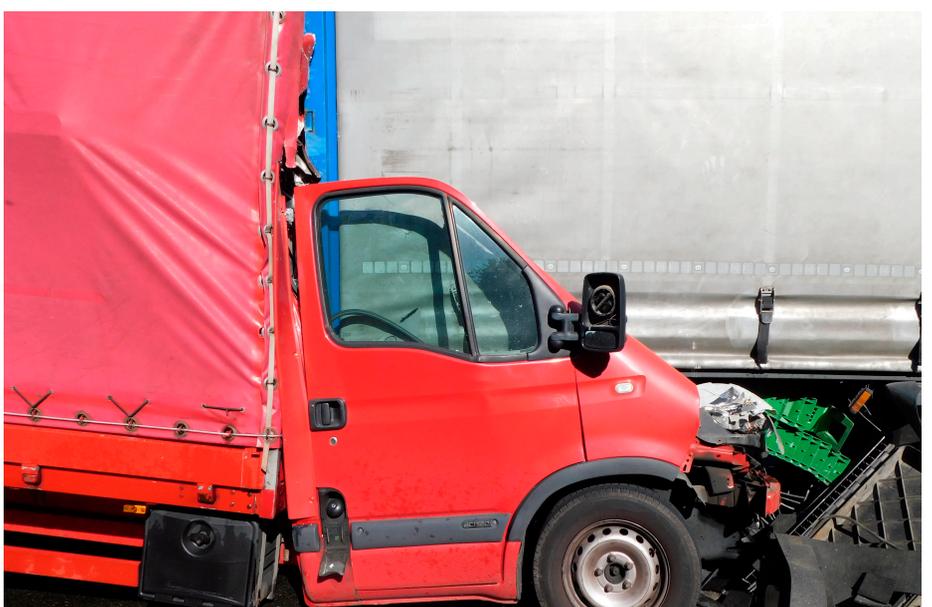
Bei polizeilichen Kontrollen dieser zweirädrigen Verkehrsteilnehmenden wurde oftmals festgestellt, dass die Fahrerinnen und Fahrer entweder unter dem Einfluss von Alkohol standen oder sich rechtswidrig verhalten haben.

Unfallgeschehen nahezu unverändert

Insgesamt hat sich das Gesamtunfallgeschehen im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich verändert. Die Anzahl der Unfälle mit verunglückten Personen sind weiterhin niedriger als vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019.

Auf den beiden Autobahnen im hiesigen Bereich wurden 1.004 Verkehrsunfälle registriert (2021: 1.003). Die Anzahl der Unfälle mit schwerem Personenschaden ist mit 20 im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben.

Ein 30-jähriger Lkw-Fahrer und ein 17-jähriger Mitfahrer in einem Auto verloren bei zwei schweren Unfällen ihr Leben (2021: ein tödlich verlaufender Unfall).





Unsere Arbeit

Besetzung der alten JVA: Gebäude muss durchsucht und geräumt werden

Mit einem Großaufgebot hat die Polizei am 6. Oktober 2022 das zu diesem Zeitpunkt seit drei Tagen besetzte Gebäude der ehemaligen Justizvollzugsanstalt (JVA) in der Obere-Masch-Straße geräumt. Der sich über mehrere Stunden hinziehende Einsatz verlief letztlich friedlich und ohne nennenswerte Zwischenfälle. Die Gesamtbilanz ist übersichtlich.

Das Gebäude war von Aktivistinnen und Aktivisten besetzt worden, die von der Stadtverwaltung forderten, es nicht zu verkaufen, sondern zu einem sozialen Zentrum umzubauen. Die Stadt hatte den Besetzern zuvor ein Ultimatum gesetzt, das Objekt zu verlassen, das diese hatten verstreichen lassen. Neben den wegen Hausfriedensbruchs

festgestellten Personalien wurden Verfahren wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Die Stadt Göttingen hatte zuvor Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gegen die sich widerrechtlich im Gebäude aufhaltenden Personen gestellt. Zusätzlich lag der Polizei ein von der Staatsanwaltschaft Göttingen wegen Diebstahls mehrerer Gartenmöbel aus dem gemeinsamen Innenhof von Staatsanwaltschaft und ehemaliger JVA erwirkter, richterlicher Durchsuchungsbeschluss vor. Die besagten Möbel konnten im Rahmen der Räumung im leicht beschädigten Zustand aufgefunden werden.

Für den Einsatz forderte die Polizeiinspektion Göttingen auch Unterstützung von der Zentralen Polizeidirektion

an. Insgesamt waren mehrere hundert Beamte verschiedener Dienststellen in Göttingen eingesetzt. Im Rahmen der Absuche stießen die Einsatzkräfte im 2. Obergeschoss des Gebäudes auf fünf Personen. Diese begaben sich anschließend freiwillig in Begleitung in den Innenhof. Drei von ihnen wurden sofort nach Personalienfeststellung vor Ort entlassen. Die beiden anderen wurden zunächst zur Dienststelle transportiert und dort nach Feststellung der Identität ebenfalls entlassen.

Im Anschluss stellte man außerdem noch zwei weitere Personen fest, die sich vermutlich während der Durchsuchungsmaßnahmen in einer Zwischendecke versteckt gehalten hatten. Am frühen Abend galt das ehemalige JVA-Gebäude als geräumt.

Ermittlungskomplex „Waage“: Polizei rückt Drogendealern am Waageplatz auf den Pelz

Im Rahmen der Analyse von Straftaten im Sinne der Straßenkriminalität konnte in der Kernstadt von Göttingen, explizit am Waageplatz/Robert-Gernhardt-Platz, eine offensichtlich etablierte Drogenszene festgestellt werden. Diese Erkenntnisse deckten sich mit den Wahrnehmungen zahlreicher Anwohnerinnen und Anwohner, die die Situation im Bereich des Waageplatzes als prekär und interventionsbedürftig bezeichneten. Um dieser Lage entgegen zu wirken, wurde zum Mai 2022 vom Fachkommissariat 2.3, in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft Göttingen, der Ermittlungskomplex (EK) „Waage“ in Zusammenarbeit mit der Verfügungseinheit und der Fahndung eingerichtet.

31 Kontrolltage

Bei den folgenden Kontrollen an 31 Tagen wurde eine mehrköpfige Täterstruktur sondiert, die sich im Wesentlichen um zwei Haupttäter formierte. Ein Ermittlungsverfahren wegen des gewerbsmäßigen Drogenhandels wurde eingeleitet und mittels operativer Maßnahmen begleitet.

Letztendlich wurde im September 2022 einer der beiden Hauptakteure vorläufig festgenommen. Insgesamt konnten über 100 fertig verpackte Konsumeinheiten Marihuana, sieben abgepackte Konsumeinheiten Kokain und 1.785 Euro Bargeld in szenetypischer Stückelung an diesem Tag beschlagnahmt werden. Der U-Haftbefehl gegen den anderen Haupttäter wurde erst Anfang 2023 vollstreckt, da sich dieser für mehrere Monate ins Ausland abgesetzt hatte.

Die Täterstruktur setzte sich aus jungen, ortsansässigen Tätern zusammen, die mehrheitlich einschlägig in Erscheinung



getreten sind. Durch zurückliegende Einsatzmaßnahmen konnte jedoch zunehmend festgestellt werden, dass bis dahin gänzlich unbekannte Personen in die Täterstruktur aufgenommen wurden, um Gefälligkeiten als sogenannte „Läufer“ oder „Gegenaufklärer“ polizeilicher Maßnahmen zu leisten. Dies unterstreicht den strukturierten Aufbau der Tätergruppierung.

Die Täter reagierten auf die polizeilichen Maßnahmen, indem sie ihre Drogengeschäfte professionalisierten. Kontaktaufnahmen und Verkaufsgespräche fanden weiterhin auf der Promenade entlang des Robert-Gernhardt-Platzes statt.

Die Übergabe wurde jedoch auf anliegende, schlecht einsehbare Örtlichkeiten, wie die angrenzende Wallanlage, verlagert. Dieses konspirative Verhalten dürfte einzig und allein dazu gedient haben, sich der Polizei zu entziehen. Das schloss den Verkauf „aus der Tasche“ jedoch nicht aus, der nach wie vor beobachtet werden konnte.

Ungeachtet dessen traten weiterhin Einzel-, sowie Ersttäter in Erscheinung. Trotz der polizeilichen Maßnahmen schien das Kaufinteresse unverändert hoch zu sein: Waren die Händler einmal abwesend, bildeten sich Schlangen. Unter den Käuferinnen und Käufern waren auch teilweise Minderjährige, die durch eine offensive Verkaufsofferte zum Kauf der Drogen gebracht worden sind. Die Drogenhändler nahmen dabei keine Rücksicht auf das Alter oder die offensichtliche Minderjährigkeit ihrer Kundschaft.

Zunehmend gereizt

Im Verlauf der letzten Kontrollen stellten die Beamtinnen und Beamten fest, dass das Klientel zunehmend gereizt auf die polizeilichen Maßnahmen reagiert. Die Einhaltung elementarer Benimmregeln nahm zusehends ab. Nicht zu unterschätzen ist hier der Einfluss berauschender Mittel, die die Hemmschwellen sinken lassen. Stark alkoholisierte Personengruppen selbst in der Vormittagszeit sind keine Seltenheit.

Unsere Arbeit

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen – die Maschen der Betrüger

Ältere Menschen sind aufgrund verschiedener Faktoren eine immer beliebtere Zielgruppe perfider Betrügerinnen und Betrüger. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, wurde zum 1. Januar 2022 die Ermittlungsgruppe (EG) SäM Südniedersachsen im Zentralen Kriminaldienst der Polizeiinspektion Göttingen gegründet. Die Abkürzung SäM steht für Straftaten zum Nachteil älterer Menschen.

Die EG ermittelt ausschließlich in diesem Phänomenbereich, um einerseits Strukturen und Bandennetzwerke aufzulegen und andererseits fallbezogen Straftaten aufzuklären. Im Jahr 2022 wurden Taten im vierstelligen Bereich aus dem SäM-Phänomen in einer Gesamtschadenshöhe von ca. 500.000 Euro angezeigt. Davon konnten neun Taten operativ durch Kräfte der Polizeiinspektion Göttingen unter Führung der EG SäM begleitet werden. Von Mai bis August wurden fünf Geldabholerinnen und Geldabholer festgenommen. Aufgrund der steigenden Anzahl von Straftaten in diesem Deliktsfeld ist eine Sensibilisierung potentieller Opfer von enormer Bedeutung. Unter die typischen kriminellen Vorgehensweisen fallen falsche Polizeibeamtinnen und -beamte, der Enkeltrick, Schockanrufe und der kürzlich hinzugekommene WhatsApp- oder SMS-Betrug.

Falsche Polizeibeamte

Die Täterinnen und Täter melden sich in der Regel telefonisch bei den Opfern und geben sich als Polizeibeamtinnen und oder -beamte der örtlichen Dienststelle aus. Dabei schildern sie eine fingierte Tat in der Nachbarschaft, wie etwa einen Einbruch, und fragen nach



im Haushalt befindlichem Bargeld sowie Wertgegenständen. Sind diese vorhanden, wird eine sichere Verwahrung bei der Polizei empfohlen. Im Anschluss erscheint ein Abholer oder eine Abholerin, um das Vermögen entgegenzunehmen. Bei diesem Phänomen wird das Vertrauen in die Institution Polizei ausgenutzt.

Enkeltrick

Ebenfalls telefonisch melden sich angebliche Angehörige und berichten von einer finanziellen Notlage. Das Ziel ist, Bargeld und/oder Wertgegenstände zu erlangen. Die Übergabe erfolgt zumeist durch eine dritte Person.

Schockanruf

Hierbei steht der Schockmoment im Vordergrund. Oftmals wird folgende Legende verwendet: Zunächst meldet sich der/die angeblich emotional betroffene Verwandte und berichtet von einem schwerwiegenden Ereignis. Anschließend übernimmt die vermeintliche Polizei oder Staatsanwaltschaft das Telefongespräch mit dem Opfer und teilt diesem mit, dass die Tochter/der Sohn einen schweren Verkehrsunfall verursacht und dadurch einen Menschen getötet habe. Zur Vermeidung einer Haftstrafe werde eine „Kaution“ in

Form von Vermögenswerten benötigt. Bei diesem Phänomen handelt es sich um eine erweiterte Kombination aus falschen Polizeibeamten (Vertrauen) und dem Enkeltrick (Hilfsbereitschaft für die Familie), kombiniert mit einem schrecklichen Ereignis und strafrechtlichen Konsequenzen für die Verwandtschaft.

Hallo Mama/Papa, mein Handy ist kaputt gegangen. Dies hier ist meine neue Nummer [+491744642253](tel:+491744642253). Du kannst diese einspeichern und die alte löschen. Schickst du mir ein Nachricht auf Whatsapp? SMS geht nur mit Guthaben und das habe ich nicht.. Vielen dank!

WhatsApp- oder SMS-Betrug

Über WhatsApp oder SMS erhält das Opfer eine Nachricht des angeblichen Kindes, mit der Bitte eine Rechnung zu begleichen. Entsprechende Bankverbindungen für eine Transaktion werden mitgeteilt. In dem Glauben, das Kind in einer Notsituation zu unterstützen, überweisen die Geschädigten Geldbeträge in zumeist vierstelliger Höhe auf die Konten der Täterinnen und Täter.

Kampf gegen häusliche Gewalt: Bestehende Netzwerke sollen weiter gestärkt und ausgebaut werden

Steigende Fallzahlen im Bereich der häuslichen Gewalt wurden von Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten schon 2021 zum Anlass genommen, die Bekämpfung dieses Gewaltphänomens umfangreich auf vielen Ebenen zu verstärken. Seit November 2021 ist im Präventionsteam der Polizeiinspektion Göttingen eine Ansprechpartnerin zu diesem Thema tätig. Die Aufgabe von Corinna Klaus-Rosenthal besteht darin, die Strukturen im seit vielen Jahren bereits bestehenden Netzwerk zu stärken, weiter auszubauen, und präventive Maßnahmen durchzuführen.

Die Arbeit verteilt sich über das gesamte Gebiet der Polizeiinspektion Göttingen: Vom südlichen Bereich Hann. Münden bis in den Harz nach Osterode. Insgesamt bestehen vier Arbeitskreise mit verschiedenen Hilfsorganisationen sowie Staatsanwaltschaft und Polizei. Hierbei werden die auf die jeweiligen regionalen Bedürfnisse ausgerichteten



Aufgaben und Angebote der beteiligten Hilfsorganisationen berücksichtigt.

Im Vordergrund steht die Unterstützung von betroffenen Frauen, doch auch die Täterarbeit wird immer wieder durch das Mitwirken des Vereins „Wege ohne Gewalt“ („WoGe“) einbezogen. Das Zusammenwirken innerhalb dieses Netzwerks ermöglicht ein vertrauensvolles Arbeiten im Sinne des Schutzes und der Betreuung von betroffenen Frauen und deren Kindern. Letztere werden durch die Einbeziehung des Kinderschutzbundes unterstützt.

Das Netzwerk hat durch eine Kooperationsvereinbarung, die im Dezember 2022 von allen Partnerstellen des Arbeitskreises übergreifend unterzeichnet wurde, nun eine verbindliche Struktur. Ziel ist es, die Abläufe noch besser zu koordinieren. Dies wird durch eine neu eingerichtete Steuerungsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen von Stadt und Landkreis Göttingen, Beratungs- und Interventionsstellen (BISS) sowie der Ansprechpartnerin der Polizeiinspektion Göttingen, seit Anfang 2023 in Angriff genommen.

Eine hierfür neu installierte Geschäftsstelle unterstützt die Arbeit der Steuerungsgruppe und des gesamten Netzwerks.

Kompetenzgruppe HG

Corinna Klaus-Rosenthal ist Teil der „Kompetenzgruppe HG“ im Bereich der Polizeidirektion Göttingen und sorgt im Zusammenwirken mit dem 1. Fachkommissariat für die Koordination von Aus- und Fortbildungen im dienstlichen Bereich. Aber auch Informationsveranstaltungen für Externe werden kontinuierlich angeboten. Beratungsmöglichkeiten in Form von persönlichen Gesprächen, Telefonaten oder E-Mail-austausch für Bürgerinnen und Bürger wurden durch die Veröffentlichungen dieser neu eingerichteten Anlaufstelle innerhalb der Polizeiinspektion Göttingen mittels eines Plakates sowie der Öffentlichkeitsarbeit über mediale Kanäle bekanntgemacht. Die weitere Bekanntmachung des Phänomens der häuslichen Gewalt sowie der Hilfs- und Interventionsmöglichkeiten durch alle Netzwerkstellen ist ein Schwerpunkt im präventiven Bereich und wird 2023 intensiv fortgesetzt und ausgebaut.





Unsere Arbeit

Erneute Bombenfunde in Göttingen machten Sprengung erforderlich.

In der Folge von Sondierungen zu Bombenverdachtsfällen im Herbst 2020 in der Göttinger Weststadt kam es am 30. Juli 2022 zu einem groß angelegten Einsatz unter Beteiligung von mehr als 1.000 Einsatzkräften der Polizei sowie einer Vielzahl weiterer Kräfte der Stadt Göttingen und den Hilfsorganisationen.

Im Rahmen der Amts- und Vollzugshilfe unterstützte die Polizeiinspektion Göttingen die originär zuständige Stadt Göttingen bei den Maßnahmen.

Insgesamt mussten mehr als 9.000 Personen ihre Wohnungen verlassen, um den erforderlichen Sicherheitsradius von 1.000 Metern für die Entschärfungen zu gewährleisten. Es wurden Eva-

kuierungszentren eingerichtet, um die Unterbringung und Versorgung betroffener Menschen zu ermöglichen.

Nach erfolgreicher Evakuierung konnte der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) bereits ab dem späten Vormittag seine Arbeit aufnehmen und die verdächtigen Objekte freilegen. Bei allen fünf Gegenständen handelte es sich um 10-Zentner-Bomben mit Langzeitzündern aus dem Zweiten Weltkrieg. In den späten Abendstunden wurden die Bomben dann schließlich kontrolliert gesprengt. Es gab keine verletzten Personen oder größere Schäden zu verzeichnen. Nach Überprüfung und Freigabe des Sperrgebietes durften die Bewohnerinnen und Bewohner kurz

vor Mitternacht in ihre Wohnungen zurückkehren.

Weitere Verdachtspunkte

Nach Informationen des Landesamtes für Geoinformation und Landvermessung Niedersachsen haben sich im September 2021 weitere Verdachtspunkte zu Kampfmitteln aus dem Zweiten Weltkrieg in der Göttinger Weststadt ergeben. Mehr als 80 Sondierungspunkte werden seitdem westlich und östlich der Leine vom Kampfmittelbeseitigungsdienst untersucht. Im März dieses Jahres musste in diesem Zusammenhang dann eine weitere Bombe im Bereich des Schützenplatzes gesprengt werden.

Löschung von Telefonbucheinträgen entzieht Betrügerinnen und Betrügern die Grundlage.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen überregional agierender Täter (SäMüt) führen noch immer zu hohen Schäden und traumatisieren die Opfer im meist hohen Alter. Die Täterinnen und Täter erlangen dabei häufig sämtliche Ersparnisse und Notgroschen der älteren Menschen, die nur im Sinn haben, ihren vermeintlichen Angehörigen helfen zu wollen. Die Täterinnen und Täter nutzen diese Hilfsbereitschaft skrupellos aus. In der Polizeiinspektion Göttingen wurde ein Weg gefunden, den Betrügerinnen und Betrügern die Grundlage für ihre Taten zu entziehen.

Anhand welcher Daten wählen die Täterinnen und Täter die potenziellen Opfer aus? Es sind die alten deutschen Vornamen und sehr kurzen Telefonnummern aus den einschlägigen Telefonverzeichnissen. Diese Grundlage muss den Täterinnen und Tätern also nach Möglichkeit schnellstmöglich entzogen werden, so die Überlegung des Beauftragten für Kriminalprävention (BfK) der PI Göttingen, Polizeihaupt-



kommissar Marko Otte.

Löschung zu aufwendig

Da die Löschung von Telefonbucheinträgen für Seniorinnen und Senioren häufig zu um-

 POLIZEIINSPEKTION
GÖTTINGEN

Schützen Sie sich vor Trickbetrügern am Telefon!

Geben Sie den Änderungs-/Löschungsantrag bei Ihrer Polizeidienststelle ab oder senden Sie ihn an:

DTM Deutsche Telemedien GmbH
Wiesenhüttenstraße 18
60329 Frankfurt
kundenservice@dtme.de
Tel. 069/2682-0
(Das Telefonbuch, Das Örtliche, gelbe Seiten)

<p>Deutsche Telekom AG Kundenservice Festnetz Landgrabenweg 151 53227 Bonn</p> <p>Telefonica Germany GmbH (O2) Kundenservice Südwestpark 38 90449 Nürnberg</p>	<p>Unitymedia GmbH (Vodafone) Kundenservice Aachener Straße 746-750 50933 Köln</p> <p>1 & 1 Internet SE Kundenservice Elgendorfer Straße 57 56410 Montabaur</p>
--	---

ständig und mit zu hohem Aufwand verbunden ist, entwickelte Otte in Zusammenarbeit mit der Deutsche Telemedien GmbH (DTM), ein Formular, bei dem die potenziellen Opfer mit möglichst geringem Aufwand den mittlerweile zumeist überflüssigen Telefonbucheintrag unbürokratisch löschen oder ändern lassen können.

Das Formular kann mit wenigen Angaben ausgefüllt, bei der Polizei abgegeben oder auf anderem Wege der Polizei zugeleitet werden, die dann, vertreten durch Marko Otte, alle weiteren Maßnahmen zur Löschung oder Änderung in den einschlägigen Verzeichnissen in die Wege leitet.

Das Formular ist als Download-Link auf der Homepage der PI Göttingen und

Änderungs-/Löschungsantrag für den Eintrag im Telefonverzeichnis



Hiermit erkläre ich, (Anschlussinhaber)

Name, Vorname : _____

Geburtsdatum : _____

Wohnanschrift : _____

Festnetznummer : _____

Kundennummer : _____

Träger für Kriminalprävention der Polizeiinspektionen für die Änderung / Löschung meines Telefonbucheintrags. Ich bitte darum, meinen Eintrag zu löschen

ändern: _____

Netznummer:

Telekom

Netzbetreiber:

Netznummer:

bei zahlreichen Vortragsveranstaltungen erhältlich und wurde in den örtlichen Printmedien und den sozialen Medien veröffentlicht.

Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Göttingen leitete mittlerweile weit mehr als 2.000 Anträge an die Deutsche Telemedien GmbH weiter, die für die bekanntesten Telefonverzeichnisse „Das Telefonbuch“, „Das Örtliche“ und „gelbe Seiten“ zuständig ist.

Bundesweit in Gebrauch

Das Projekt stieß über die Grenzen Niedersachsens hinaus auf großes Interesse. Mittlerweile wurde das Antragsformular bundesweit von ProPK – Programm Polizeiliche Kriminalprävention – und dem Weissen Ring e.V. übernommen und verwendet.

Aufgrund der nun bundesweiten Nutzung kommt es leider zur verzögerten Bearbeitung bei der Deutsche Telemedien GmbH.



Prävention in der Polizeiinspektion Göttingen

Präventionsteam widmete sich 2022 bei mehr als 800 Aktionen verschiedenen Themen

Prävention ist neben der Strafverfolgung eine der Kernaufgaben der Polizei. Im Präventionsteam sind unterschiedliche Fachstränge gebündelt, um den Bürgerinnen und Bürgern die bestmögliche Beratung in Stadt und Landkreis Göttingen bieten zu können. Im Jahr 2022 hat das Präventionsteam der Polizeiinspektion Göttingen gleich mehrere Schwerpunktthemen bearbeitet und 804 Aktionen angeboten.

So befassten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter anderem mit der Vermittlung von Mediensicherheit. Ein verstärkter Fokus für Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern wurde hierbei auf sexualisierte Gewalt gelegt. Weitere Themen des Präventionsteams waren die Cannabisprävention, Straftaten zum Nachteil älterer Menschen, Häusliche Gewalt sowie die Verkehrsunfallprävention mit Fokus auf Radfahrende, E-Scooter und Schulwegsicherung.

Im Landkreis Göttingen wird das Team von gesonderten Kontaktbereichsbe-

amten unterstützt, die ihren täglichen Dienst an der Bürgerin bzw. am Bürger leisten und eigenständig mehr als 280 Projekte an Schulen und Einrichtungen angeboten und umgesetzt haben.

Neue Besetzung

Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Göttingen hat sich im vergangenen Jahr zudem personell verändert. Folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nun in der Prävention tätig:

Polizeihauptkommissarin

Jacqueline Emmermann

Leiterin des Präventionsteams und Beauftragte für Jugendsachen
Telefon: 0551/491-2008

Polizeihauptkommissar

Jörg Arnecke

Verkehrssicherheitsberater
Telefon: 0551/491-2308

Polizeihauptkommissar Marko Otte

Beauftragter für Kriminalprävention
Telefon: 0551/491-2007

Kriminalhauptkommissarin

Corinna Klaus-Rosenthal

Ansprechpartnerin Häusliche Gewalt
Telefon: 0551/491-2307

Polizeikommissarin Katharina Nolte

Sachbearbeiterin Prävention (Altkreis Osterode)

Telefon: 05524/963-172

Geschäftsstelle:

Silvia Bernhard

Telefon: 0551/491-2306

Zentrale E-Mail-Adresse des Präventionsteams: praevention@pi-goe.polizei.niedersachsen.de

Kontaktbereichsbeamte (KOB):

Polizeioberkommissar Karl-Heinz **Fischer**, Polizeioberkommissar Frank **Heger**, Polizeioberkommissar Christian **Janzen**, Polizeioberkommissar Christian **Robowski**

Zentrale telefonische Erreichbarkeit der KOB: 0551/491-2343

oder per E-Mail: kob@pi-goe.polizei.niedersachsen.de

„Kurve kriegen“: Neues Drogenpräventionsprojekt setzt auf echte Erfahrungen

Drogenprävention ist seit vielen Jahren fester Bestandteil in der polizeilichen Arbeit. Gerade in Schulen agiert die Polizei als verlässlicher Partner und setzt bei der Aufklärung früh an. Trotz etablierter Programme beläuft sich die Anzahl der jungen Tatverdächtigen im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität aber auf einem zu hohem Niveau.

Cannabis ist und bleibt die beliebteste Droge unter jungen Menschen, insbesondere, weil sie unter den Konsumentinnen und Konsumenten als harmlos gilt und nahezu jederzeit verfügbar ist. Eine zudem positive Haltung zur Legalisierungsdebatte wirkt hierbei als Verstärker. Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Göttingen hat deswegen ein Projekt ausgearbeitet, das ganz nahbar die Gefahren aufzeigt, die Cannabiskonsum haben kann.

Eindimensionalität greift bei allen Präventionsbemühungen zu kurz. Zu vielschichtig sind die Beweggründe, warum gerade junge Menschen Dinge

ausprobieren oder in eine Abhängigkeit geraten. In der Polizeiinspektion Göttingen entwickelte die Beauftragte für Jugendsachen, Polizeihauptkommissarin Jacqueline Emmermann, in Kooperation mit dem offenen Jugendvollzug – Außenstelle Göttingen – ein Programm, das auf mehreren Säulen fußt. Polizei und Inhaftierte treten hier-

Besonders eindrucksvoll sind die Schilderungen der jungen Inhaftierten, die bewusst wegen Verstößen nach dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) ausgewählt werden und eine mehrjährige Freiheitsstrafe verbüßen.

bei als Tandem auf und erzählen aus ihren jeweiligen Blickwinkeln über die mittel- und unmittelbaren Folgen im Kontext der Drogenkriminalität.

Besonders eindrucksvoll sind die Schilderungen der jungen Inhaftierten, die bewusst wegen Verstößen nach dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) ausgewählt werden und eine mehrjährige Freiheitsstrafe verbüßen. Alle haben bislang gemeinsam, dass der Einstieg

in die Kriminalität mit dem Konsum von Cannabis einherging. Durch die Abhängigkeit blieben Delikte im Bereich der Beschaffungskriminalität nicht aus. Oftmals von Schule und Elternhaus lange Zeit unentdeckt, zeigt es die Wichtigkeit des frühen Hinsehens und Handelns, wenn junge Menschen unsere Hilfe brauchen.

Ein vorgeschalteter Baustein des Projekts ist die eigenständige Bearbeitung

in den Schulen zum Thema „Sucht und Abhängigkeit“. Optional können diese auf zuvor vermittelte Akteurinnen und Akteure der Suchthilfe zurückgreifen. Das Projekt richtet sich mit Blick auf die Strafmündigkeit an Schülerinnen und Schüler des 8. Jahrgangs.

Im November 2022 wurde das Programm erstmals erprobt – der Zuspruch ist an den weiterführenden Schulen enorm.





Sicherheitspartnerschaften

Stadt und Polizei arbeiten zusammen: Behördenübergreifende Streifengänge haben sich etabliert und werden von den Bürgerinnen und Bürgern positiv aufgenommen.

Im Rahmen der bestehenden Sicherheitspartnerschaft zwischen der Polizeiinspektion Göttingen und der Stadt Göttingen hat das Team der Innenstadtwache und des Stadtordnungsdienstes (SOD) im Jahr 2022 insgesamt 74 gemeinsame Kontrollen im Bereich der Innenstadt vorgenommen. Die ge-

tingen, die im Jahr 2020 von Stadt und Polizei geschlossen worden ist.

Das Hauptaugenmerk der Kontrollen im vergangenen Jahr lag auf dem Fahrzeugverkehr in der Innenstadt innerhalb der Fußgängerzone. Im Zuge dieser Kontrollen wurden zahlreiche Verstöße

festgestellt und geahndet. Gleichzeitig wurden diese gemeinsamen Streifen öffent-

Die Mitarbeitenden des Stadtordnungsdienstes und der Innenstadtwache haben daneben zusammen auch im Jahr 2022 wieder diverse Einsatzanlässe erfolgreich gemeistert.

meinsamen Streifen gehen auf die Vereinbarung zur Stärkung der Zusammenarbeit und Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in der Stadt Göt-

tingen und von den Göttingerinnen und Göttingern als durchweg positiv begrüßt. Diese behördenübergreifenden Streifengänge

haben sich etabliert und finden nahezu täglich in der Göttinger Innenstadt statt. Die Mitarbeitenden des Stadtordnungsdienstes und der Innenstadtwache haben daneben zusammen auch im Jahr 2022 wieder diverse Einsatzanlässe erfolgreich gemeistert. Hierunter fallen unter anderem die Tour d'Énergie, der Altstadtlauf, die Nacht der Kulturen und der jährlich stattfindende Weihnachtsmarkt in der Göttinger Innenstadt.

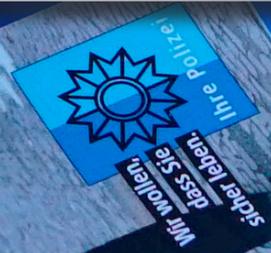
Neue gemeinsame Wache

Im Jahr 2023 wird der Umzug und das Betreiben einer gemeinschaftlichen Dienststelle von Polizei und Stadtordnungsdienst einen weiteren Meilenstein in der Zusammenarbeit der beiden Behörden bilden.



Prävention in der PD

Wir beraten und klären auf





Prävention

Präventionspuppenbühne erreichte mit ihren Stücken im vergangenen Jahr mehr als 2.000 Kinder

Die Präventionspuppenbühne der Polizeidirektion Göttingen unterstützt die Präventionsarbeit der Polizeiinspektionen, indem sie Präventionsbotschaften, hauptsächlich an Grundschulen und in Kindergärten, durch die Methode des Puppenspiels vermittelt. Die Einrichtungen werden von der Präventionspuppenbühne der Standorte Hildesheim und Göttingen bereist, um vor Ort zielgruppengerecht die Präventionsthemen mit den Kindern erarbeiten zu können.

Das Medienstück „Fit und fair im Netz: Auf Dich kommt es an!“ war auch im Jahr 2022 das vorrangige Präventionsprojekt und die Präventionspuppenbühne damit direktionsweit unterwegs.

Aufgrund der geltenden Corona-Bestimmungen von Polizei und Schulen konnten zu Beginn des Jahres 2022 zunächst keine Schulen besucht werden. Der erste Einsatz des Jahres fand dann in Hann. Münden statt. Hierfür wurde sogar ein Antrag für eine Ausnahmegenehmigung gestellt, den Spielbetrieb aufnehmen zu dürfen. Das Medienstück „Fit und fair im Netz! Auf Dich kommt es an“ konnte unter strengen Coronaauflagen mit den vierten Jahrgängen dann doch aufgeführt werden.

Für den Standort Hildesheim waren Schulbesuche bis April 2022 untersagt. Diese vorstellungsfreie Zeit wurde an beiden Standorten genutzt, um sich intensiv mit einer Beteiligung der Präventionspuppenbühne am Projekt „Demokratieschutz für die Polizei“ zu befassen. Zum Jahresende 2021 erhielt die Puppenbühne die Zusage für Fördergelder aus dem Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“. Als Gegenleistung sollte die Puppenbühne einen Beitrag mit Puppen zum Thema Demo-

kratieschutz, entweder digital oder als Bühnenstück, erstellen. Priorisierte Zielgruppe waren hierbei zunächst Kinder. So konnten zwei neue, professionelle Puppen in Auftrag gegeben werden. Diese wurden gemeinsam mit dem beauftragten Puppenbauer entwickelt. Im April 2022 wurden die Puppen fertiggestellt und den Standorten zugesandt.

Für beide Standorte ging es jetzt in die praktische Arbeit. Es wurden Interviews mit Kindern zweier Grundschulen geführt, um sich dem Thema Demokratieschutz zu nähern. Hier war es wichtig zu erkennen, wie Schülerinnen und Schüler die Institution Polizei sehen und welche Erfahrungen sie bereits mit Polizeibeamtinnen und -beamten gemacht haben. Auf Basis der sehr aufschlussreichen Ergebnisse wurden zunächst zwei Bausteine entwickelt, um die Thematik für Grundschulkindern anbieten zu können.

Der Schaffensprozess ist noch nicht abgeschlossen und wird fortwährend weiterentwickelt.

Für den 21. März, den Internationalen Tag des Puppenspiels, hat sich die Präventionspuppenbühne bereit erklärt, ein Video zu erstellen, das auf die Facebook-Seite der Polizei Göttingen gestellt werden sollte. Gemeinsam wurde ein Drehbuch erarbeitet, das inhaltlich die Arbeit der Puppenbühne vorstellen soll. Dreh und Schnitt des Videos fanden im Februar und März statt. Mit dem bereits erwähnten Medien-

stück hat die Präventionspuppenbühne am Standort Göttingen im vergangenen Jahr 1015 Schülerinnen und Schüler erreicht. Von Mai bis Dezember 2022 hat die Bühne am Standort Hildesheim mit dem Medienstück 63 Vorstellungen mit insgesamt 1198 Kindern gespielt. Zusammengefügt konnten im vergangenen Jahr so 2213 Kinder erreicht werden. In Göttingen werden zurzeit neun Handpuppen, zwei handgefertigte

Klappmaulpuppen, vier „Kumquats“-Puppen und fünf Tierpuppen vorgehalten, die für den Einsatz im Puppenspiel zur Verfügung stehen. Die Präventionspuppenbühne am Standort Hildesheim verfügt über neun herkömmliche, maschinengefertigte Klappmaulpuppen und seit 2022 im Rahmen des Projektes „Polizeischutz für die Demokratie“ zusätzlich über eine von einem Puppenbauer handgefertigte Knaufpuppe.



Prävention

Die Polizei reagiert mit vielfältigen Maßnahmen auf Kriminalitätsphänomene und Trends.

In jeder Polizeiinspektion der Polizeidirektion Göttingen gibt es Präventionsteams, die auf Grundlage der polizeilichen Lageentwicklung sowie bei Erkennen neuer Phänomene und Zielgruppen tätig sind bzw. werden. In Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Kommunen und Präventionsgremien sind diese im Laufe der Zeit zudem zu einem verlässlichen Teil der gesamtgesellschaftlichen Kriminal- und Verkehrsunfallprävention geworden. Sofern Kriminalitätsphänomene an Bedeutung verlieren oder sich neue entwickeln, erfordern dies polizeiliche Reaktionen.

Mit dem Ziel, personelle Ressourcen wirkungsorientiert dort einzusetzen, wo polizeiliche Kompetenz zur Verhinderung von Kriminalität und/oder Verkehrsunfällen erforderlich ist, gibt es ein laufendes Monitoring.

Prävention bei den Jüngsten

Die Polizei ist unabdingbarer Partner von Schulen. Präsenz, Beratung und Unterstützung sollen helfen, junge Menschen auf ein Leben ohne Kriminalität vorzubereiten und sie in ihrer Entwicklung zu demokratiebewussten Menschen zu begleiten. So werden Schulen bei der Entwicklung von Sicherheits- und Gewaltpräventionskonzepten von der Polizei unterstützt. Ziel ist es zudem, externe Institutionen und Präventionsprogramme gezielter in schulische Maßnahmen einzubinden. Um diese Zusammenarbeit zu stärken, wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung Braunschweig und Hannover sowie der Polizeidirektion Göttingen evaluiert und erneut geschlossen.



Einbruchskriminalität

Die technische und verhaltenorientierte Beratung behält im Bereich der Eigentums kriminalität einen hohen Stellenwert. Parallel zur Weiterentwicklung der technischen Standards und finanzieller Förderung zur Sicherung von Immobilien, wird die sicherheitstechnische Beratung der Polizei weiterhin mithilfe des Programms Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) beworben.

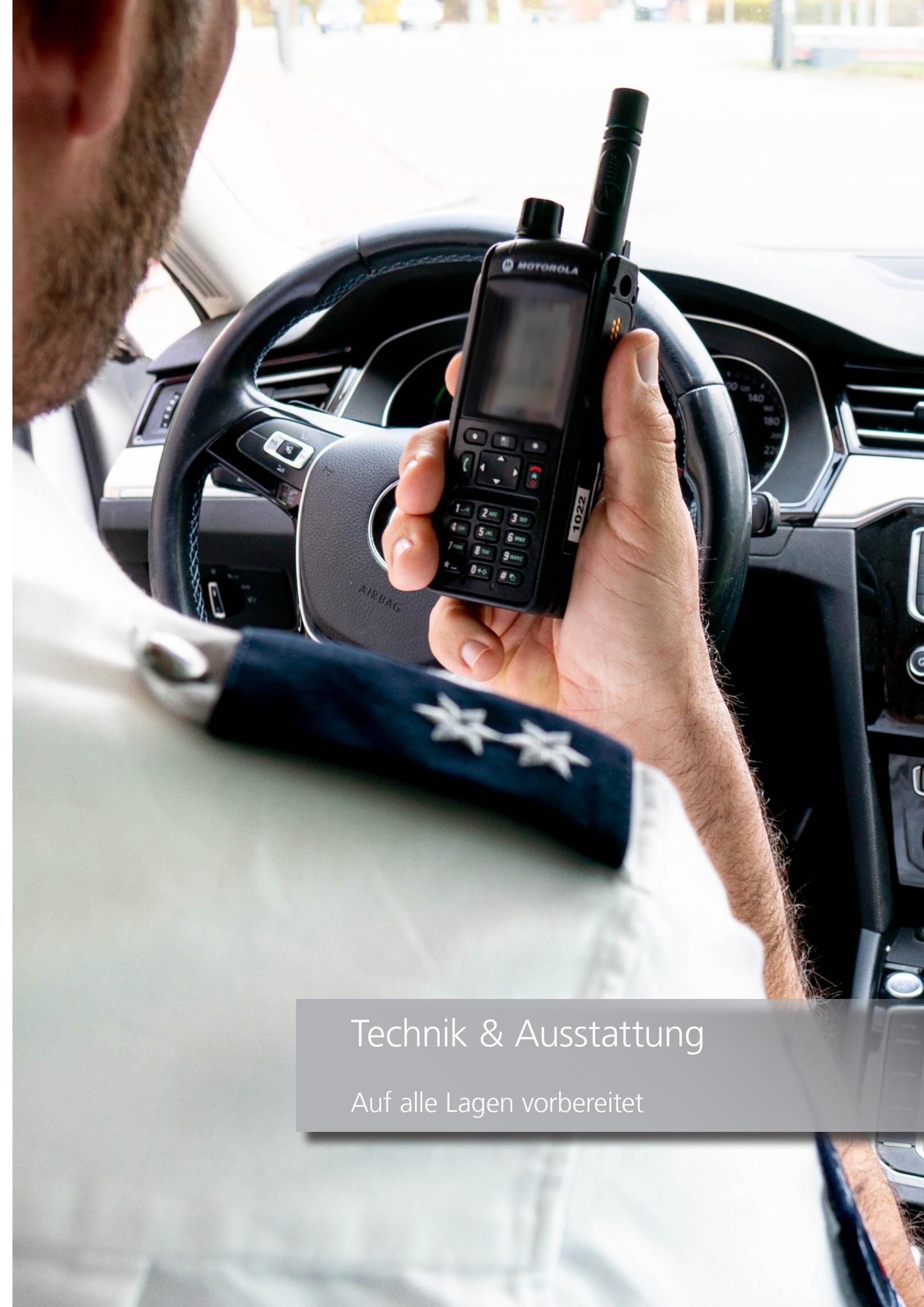
Die Polizeiinspektionen reagieren ihrerseits mit Kontrolltagen und Beratungs-offensiven auf die Entwicklung der Fallzahlen. Die Kooperation mit dem regionalen Handwerk sichert dabei eine professionelle Beratung.

Verkehrssicherheitsarbeit

Die Polizei bleibt aufgrund ihrer Fachkenntnisse Initiator verkehrsunfallpräventiver Maßnahmen. Entscheidend für die Nachhaltigkeit ist dabei die Vernetzung von Polizei, Verkehrswachten und weiteren Trägerinnen und Trägern sowie Vereinen der Verkehrssicherheitsarbeit.

Neues Konzept gegen Häusliche Gewalt

Mitte des Jahres 2022 wurde in der PD Göttingen eine neue Konzeption zur Optimierung der Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt umgesetzt. Die Konzeption enthielt die wesentlichen Grundlagen des entsprechenden Erlasses, der zum 20. Dezember 2022 inkraft getreten ist. Sie soll Betroffenen von häuslicher Gewalt größtmögliche Unterstützung gewährleisten. Die Polizeiinspektionen wurden mit der strukturellen Umsetzung – etwa der Einrichtung von Kompetenzgruppen – beauftragt. Darüber hinaus wurden Kooperationen angestrebt, Ersteinschreitende und Sachbearbeitende beschult sowie weitere Schritte mit den Kooperationspartnerinnen und -partnern eingeleitet, etwa die Einrichtung von Fallkonferenzen. Hilfreich war hierbei, dass in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden bereits 2021 im Rahmen der Fachtagung „Interdisziplinäre Zusammenarbeit bei häuslicher Gewalt in den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden“ ein Pilotprojekt in diesem Kontext gestartet worden ist.



Technik & Ausstattung

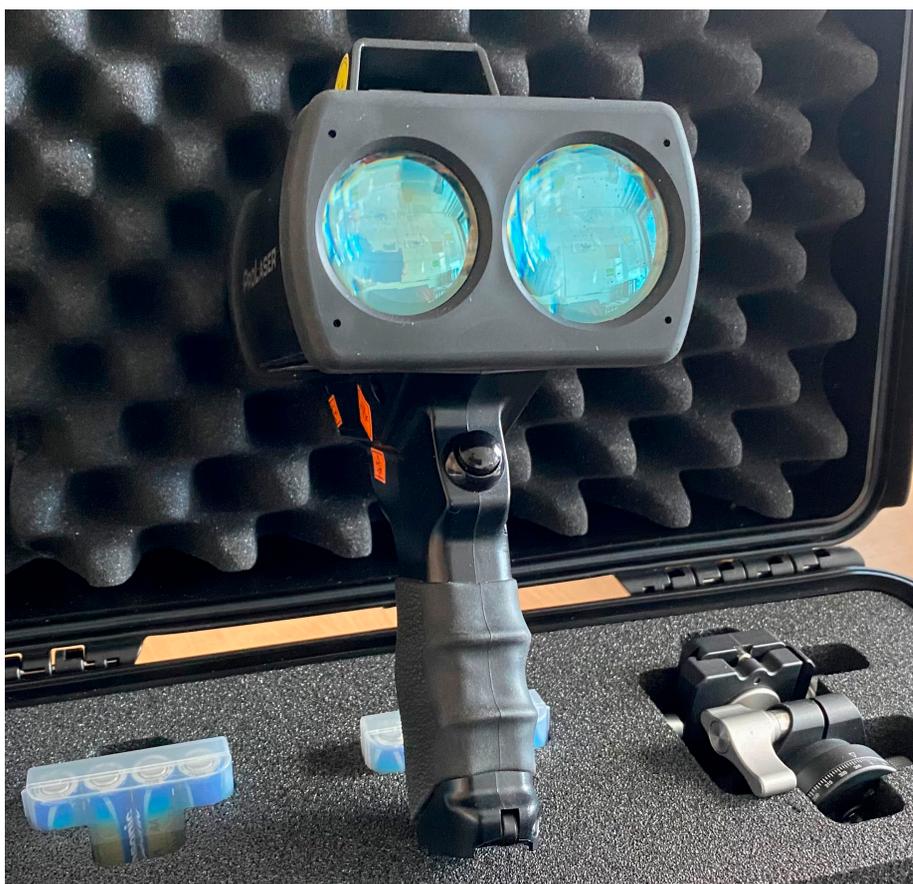
Auf alle Lagen vorbereitet

Moderne Technik im täglichen Einsatz

Die Mitarbeitenden des Dezernats für Führungs- und Einsatzmittel verfügen nicht nur über technisches Know-how, sondern sind mitunter Fachleute für Transport verschiedenster Güter.

Nicht nur Speditionen, auch die Polizei selbst transportiert Gefahrgüter. Um einen sicheren Transport zu gewährleisten, gibt es in der Polizeidirektion Göttingen spezielle Beauftragte, die von der Behördenleitung bestellt werden und über ein großes Fachwissen im Bereich von gefährlichen Stoffen verfügen. In der Polizeidirektion Göttingen sind ein Mitarbeiter aus dem Dezernat 14 - Führungs- und Einsatzmittel - sowie ein weiterer Mitarbeiter aus der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzwinden mit dieser Aufgabe betraut.

Aufgabe der beiden Beauftragten ist unter anderem die gefahrgutrechtliche Beratung der Behördenleitung. Die Behördenleitung bleibt dabei grundsätzlich in der Gesamtverantwortung. Die Größe des Zuständigkeitsbereiches der Polizeidirektion Göttingen erfordert zwangsläufig, diese Verantwortung entsprechend zu delegieren. Zur Gewährleistung einer sach- und fachgerechten Umsetzung wurden dazu im Vorfeld relevante Schlüsselstellen identifiziert. Mitarbeitende an diesen Stellen – etwa bei der Bearbeitung und dem Versand von Asservaten – werden entsprechend beschult. In diesem Zusammenhang wird auch die genannte Verantwortlichkeit übertragen. Zurzeit verfügt die Polizeidirektion Göt-



tingen über insgesamt 71 gefahrgutrechtlich beschulte Mitarbeitende.

Beispielhaft für die Beförderung gefährlicher Güter sind Ver- und Entsorgung mit Druckgaspackungen – etwa Reizstoffe, Farbmarkierungssprays –, die Sammlung oder Beförderung von Lithium-Ionen-Batterien (in Geräten verbaut, außerhalb von Geräten sowie defekte oder in kritischem Zustand befindliche Batterien), die Beförderung von Pulverlöschern im Rahmen von Wartungsintervallen, die Beförderung von Blutproben sowie Munitionstransporte – aber auch alles, was gefahrgutrechtlich bei der Sicherstellung oder Beschlagnahme von Asservaten anfällt, beispielsweise chemische Lösungen.



Es gibt aber auch Ausnahmen: Die geltenden Vorschriften räumen beim Transport bestimmter Mengen von Gefahrgut allen, so auch der Polizei, Erleichterungen ein. Das hat in der Regel zur Folge, dass etwa ein Polizeifahrzeug von außen nicht wie ein „üblicher Gefahrguttransport“ gekennzeichnet sein muss. Weiterhin gibt es Ausnahmen für Mitarbeitende im Einsatz- und Streifen dienst beim Tragen ihrer Einsatzmunition und des Reizstoffsprühgerätes.

Neue Handlaser-Messgeräte

Im Rahmen einer ersten Teilauslieferung hat die Polizeidirektion Göttingen im vergangenen Jahr 18 neue Handlaser-Messgeräte erhalten. Die Geräte des Typs Pro Laser 4 ersetzen die Vorgängermodelle vom Hersteller Riegli. Über die bisher ausgelieferten Geräte hinaus erhält die Polizeidirektion Göttingen zeitnah weitere Handlaser messgeräte, die weiterhin einen hohen Standard bei der technisch unterstützten Verkehrsüberwachung gewährleisten. Die Auslieferung an die Polizeiinspekti-

onen erfolgt zeitnah nach entsprechender Fortbildung des Messpersonals. Überhöhte Geschwindigkeit zählt auch weiterhin zu den Hauptunfallursachen, denen mit Hilfe der neuen Technik entschieden begegnet werden kann. Der geringe Aufwand bei der Einrichtung von Messstellen ermöglicht beispielsweise flexible Wechsel von Kontrollstellen, wodurch auch das subjektive Entdeckungsrisiko der Verkehrsteilnehmenden erhöht wird. Diese werden im Rahmen der Geschwindigkeitsmessung vor Ort angehalten und direkt mit ihrem Fehlverhalten konfrontiert. Ziel ist es, ein nachhaltiges Lernverhalten zu erreichen. Zusätzlich werden im Rahmen der Kontrolle verkehrsaufklärende Gespräche geführt, die der Zielgruppe angepasst sind und für Gefahren sensibilisieren sollen.

Alle Handlasermessgeräte der Landespolizei Niedersachsen werden für den Einsatz geprüft und freigegeben. Zudem unterliegen sie einer jährlichen Eichpflicht und sind eichamtlich gesichert.

Ausbau der Ladeinfrastruktur

In Anbetracht der ressortübergreifenden Bedeutung innerhalb des Landes Niedersachsen übernimmt die Landesregierung beim Thema Ladeinfrastruktur

für E-Fahrzeuge eine Vorbildfunktion. Für deren Errichtung bzw. Ausbau wurde im Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung das „Team Elektromobilität“ gegründet. Gemeinsam mit dem Niedersächsischen Finanzministerium, der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und dem Niedersächsischen Landesamt für Bau und Liegenschaften werden Projekte geplant und umgesetzt.

Die Folgen der Pandemie, wie auch die des Ukraine-Krieges haben zu erheblichen Verzögerungen bei der Errichtung und dem Ausbau der Ladeinfrastruktur geführt. Zusätzlich wurden Arbeiten an der infrastrukturellen Anbindung einzelner polizeilicher Liegenschaften erforderlich.

Folgen dieser Umstände sind bisher nicht planbare Verzögerungen bei der Umsetzung gesteckter Zielvorhaben. Im zurückliegenden Jahr konnte in der Polizeidirektion Göttingen von den fünf geplanten Hauptstandorten nur einer mit 15 Ladepunkten und einer Schnellladesäule am Standort der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg fertiggestellt werden.

Angestrebtes Ziel in diesem Jahr bleibt die Errichtung bzw. der Ausbau der Ladeinfrastruktur an den noch verbleibenden vier Standorten innerhalb der PI

Northeim, Hameln-Pyrmont/Holzmin-den sowie jeweils zweimal im Bereich der PI Göttingen.

Aufstellung und Laufleistung des Fuhrparks

Der Fuhrpark der Polizeidirektion Göttingen konnte im Jahr 2022 durch weitere 27 Fahrzeuge verjüngt werden. Die Haushaltslage sowie die unterbrochenen Lieferketten, insbesondere für Elektrofahrzeuge, hatten dabei leider zur Folge, dass bei der Beschaffung auch auf herkömmliche Antriebsarten zurückzugreifen werden musste. Bei der zukünftigen Fahrzeugbeschaffung wird weiterhin das Ziel einer insgesamt emissionsarmen Mobilität verfolgt.

Der Fuhrpark der Polizeidirektion Göttingen umfasst aktuell 547 Einsatzfahrzeuge in unterschiedlichen Fahrzeugkategorien. Die Gesamtfahrleistung des Fuhrparks betrug im Jahr 2022 rund 9,65 Millionen Kilometer. Dabei hat die Kostenentwicklung den Haushalt der Polizei zusätzlich stark belastet: Die Kraftstoffkosten sind um ca. 30 Prozent gestiegen.

Die Kosten für Betriebsstoffe von ca. einer Million Euro im Jahr 2021 entwickelten sich auf 1,3 Millionen Euro im Jahr 2022 – und das trotz insgesamt leicht geringerer Gesamtfahrleistung.





POLIZEI
NIEDERSACHSEN



HÜTCHENSPIEL BEENDET,

EINBRUCH VERHINDERT.

unddeintag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Schlusswort

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

der Sicherheitsbericht 2022 hat Ihnen nun einen umfassenden Einblick in die Arbeit unserer Dienststellen gegeben. Wir haben uns wieder bemüht, Sie über all unsere Arbeitsbereiche zu informieren – von der Verkehrssicherheitsarbeit über die Kriminalitätsbekämpfung bis hin zur Prävention. Ich hoffe, wir konnten deutlich machen: Ihre Polizei ist am Puls der Zeit, reagiert auf neue Entwicklungen und passt ihre Arbeit dort an, wo es erforderlich ist.

Das vergangene Jahr hat uns alle vor Herausforderungen gestellt, die so nicht abzusehen waren. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine und den damit einhergehenden Folgen für uns alle, hat vermutlich kaum jemand gerechnet. Wir haben auch darauf reagiert und uns intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie wir Kritische Infrastrukturen im Ernstfall schützen und aufrecht erhalten können. Dazu haben wir auch die Kommunen in unserem Zuständigkeitsbereich ins Boot geholt, zu denen schon vorher gute Kontakte bestanden haben. Wir werden diese Kontakte und auch die Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Städten im laufenden Jahr weiter ausbauen, um gemeinsam gewappnet zu sein für alle Herausforderungen. Denn klar ist: Die Bewältigung von Krisen, ganz gleich wie diese geartet sind, ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Wir werden sie meistern – davon bin ich überzeugt, gerade weil wir zusammenarbeiten.

Parallel dazu arbeiten wir in unserer Polizeidirektion an Maßnahmen, die unsere Handlungsfähigkeit im Ernstfall sicherstellen. Im Rahmen einer Arbeitstagung zu Beginn des Jahres, an der alle Fachbereiche beteiligt waren, wurde ein Maßnahmenkatalog ausgearbei-



tet, der nun nach und nach umgesetzt wird.

Der Schutz der Kritischen Infrastruktur und die Handlungsfähigkeit der Polizei waren aber nicht die einzigen Themen, die uns im vergangenen Jahr bewegt haben. Zu Beginn des Jahres waren es noch die Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die unsere Einsatzkräfte stark gefordert haben. Sie wurden abgelöst von einer Vielzahl von Demonstrationen gegen den russischen Angriffskrieg sowie von Umweltschutzaktivistinnen und -aktivisten, die auf vielfältige Weise für mehr Klimaschutz demonstrierten.

Apropos Corona-Pandemie: Die sinkenden Infektionszahlen und die Lockerung der Schutzmaßnahmen haben dazu geführt, dass unsere Arbeit – insbesondere im Präventionsbereich – wieder verstärkt in Präsenz stattfinden konnte. Das war wichtig, denn gerade die Prävention lebt vom direkten Gespräch und dem persönlichen Kontakt. Wir konnten auch wieder direkt an junge Menschen herantreten und sie

bei vielfältigen Gelegenheiten für den Beruf der Polizistin und des Polizisten begeistern. Gleichzeitig hat die Lockerung der Corona-Maßnahmen aber auch wieder zu einem Anstieg der Fallzahlen in verschiedenen Kriminalitätsbereichen geführt, beispielsweise im Bereich der Eigentumskriminalität oder bei den Körperverletzungsdelikten. Das zeigt: Die Menschen sind wieder mehr unterwegs, sie treffen wieder häufiger aufeinander – das ist positiv, es schlägt sich aber auch in der Kriminalitätsstatistik nieder.

Wir werden auf diese Entwicklungen im laufenden Jahr reagieren und unsere Arbeit an die aktuellen Erfordernisse anpassen. So wie wir es immer getan haben und auch in Zukunft tun werden. Das ist unser Anspruch, dem wir gerecht werden wollen und werden – darauf können Sie vertrauen.

Tanja Wulff-Bruhn
Polizeipräsidentin

Impressionen





Impressionen



Impressum

Herausgeberin
Polizeidirektion Göttingen
Polizeipräsidentin Tanja Wulff-Bruhn

Groner Landstraße 51
37081 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 / 491-0
www.pd-goe.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination
Natalia Bornemann-Zarczynska
SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dezernat 01

Layout
Natalia Bornemann-Zarczynska
SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Dezernat 01

Bildnachweis

Die abgebildeten Fotos wurden von den Urheber/innen

Polizeiakademie Niedersachsen,
iStock/yanphoto (Seite 17)
iStock/Giuda90 (Seite 23)
iStock/Cyano66 (Seite 24)
iStock/MachineHeadz (Seite 35)
iStock/tommaso79 (Seite 51)
pixabay (Seite 56)
Lea Lang/Göttinger Tageblatt (Seite 61)
Polizeidirektion Göttingen sowie
nachgeordneten Polizeiinspektionen

freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.



**POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN**